Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 205 26. NOVEMBER 77
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 1602

frankfurter informationsdienst
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTRE

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 — 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel," außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

BANANENREPUBLIK ?

WAS ALLES LIEGENBLIEB

FRANKFURT 23.November *Es sind mal wieder mehr Nachrichten reingekommen als wir bearbeiten und auf 32 Seiten unterbringen konnten.*

Liegengeblieben sind:
Hamburg: Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Kuhn hat den Haftbefehl gegen Rosemarie Prieß nach mündlicher Haftprüfung bestätigt. **Hamburg:** Der Arbeitskreis Ökologie ist gegen jegliche Wahlbeteiligung der Bürgerinitiativen. **Neu-Isenburg:** Die CDU-Schülerorganisation "Schülerunion" liefert Schüler an Polizei aus.**Essen:** Gefangene haben ein Solidaritätskomitee für Rechtssuchende im Gefängnis gegründet. **Schwetzingen:** Die Polizei hat einen Menschenauflauf gegen KBW'ler aufgehetzt: "Haut denen doch ein paar auf die Schnauze". **Düsseldorf:** In der Düsseldorfer linken Kneipe "Zum alten Fährhaus" machte die Polizei eine Durchsuchung. Tage später mußte sie die Kneipe gegen aufgebrachten "Volkszorn" schützen. **Hamburg:** Die Hamburger Fachhochschule hat wegen der jüngsten Ereignisse Auslands-Studienreisen abgesagt. **Köln:** Die Kölner Stadtrevue hat gegen die Bild-Zeitung Strafanzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede erstattet. **Osnabrück:** Gegen die Ärztin Hildegard Geißler läuft ein Verfahren zum Ausschluß aus der ÖTV wegen Beteiligung an der 1.Mai Demonstration 77 in Osnabrück. **Hamburg:** Zivildienstleistende wehren sich gegen Militarisierung. **Köln:** Ein Kinder- und Jugendtheater sucht Mitarbeiter für große Auslandstournee. **Wiesbaden:** Fünf Schauspieler gründen das alternative "Mobile Rhein Main Theater GmbH". **Besancon:** Bei Lip haben in geheimer Wahl 370 von 450 Arbeiter für die autonome Wiederaufnahme der Produktion gestimmt. **London:** Zwei Mitglieder des "Komitees gegen Repression in Westdeutschland" sind auf dem Londoner Flughafen festgenommen worden - sie wollten Rechtsanwalt Funke zu einer Veranstaltung über die Repression in der BRD abholen. **Aachen:** "Grüne Listen " all over Europe? Die Umweltgruppe Aachen zu den Europawahlen.

ALTERNATIVZEITUNGSADRESSEN

FRANKFURT November 77 *Wir haben im ID 201 die Adressen von Alternativzeitungen veröffentlich. Hier einige Ergänzungen und Berichtigungen (zum Ausschneiden und Überkleben):*

AZ – Die Andere Zeitung 6.000

Große Freiheit – Stadtzeitung für Hamburg & Umg. 5.000
Glashüttenstr. 114
2000 Hamburg Tel.: 040 / 430 06 80
monatlich zum 15. ; Rs Monatsanfang Sol.bez

Löwenzahn – Zeitung für altern. Lebens & Produktionsformen
c/o Klaus Strobel, BauratGeber-Str. 7 1.200
3400 Göttingen kein Telefon
zweimonatlich Sol. ja

Spot – Stadtmagazin für Südwestdeutschland 6.000
Box 35 65
5500 Trier 1 Tel.: 0651 / 33 44 1
monatlich zur Monatsmitte, Rs Ende des vorigen ?

s'Schorndorfer Blättle – Stadtzeitung für Schorndorf 1.000
c/0 Tilmann Bornefeld, Streicher Str. 25
7060 Schorndorf Tel.: 07181 / 68408
meist alle vier Wochen oder -/ 602-378 ab 20 Uhr

POLIZEILICHE ENTFERNUNG EINES AUSHANGS

HEIDELBERG 23.November In der politischen Buchhandlung Jörg Burkhard in Heidelberg wurden zwei Erklärungen von einem zivilen Polizeibeamten, der sich mit seiner Marke auswies, entfernt: es handelte sich um die Erklärung von Gisela Pohl zu den Haftbedingungen von Helmut Pohl und um eine Presseerklärung des Verteidigers von Verena Becker. Eine offizielle Stellungnahme der Polizei zu der Beschlagnahme war nicht zu erhalten.

MALAYSIA–BROSCHÜRE ERSCHIENEN

München 20.11.77 Anfang November ist eine Broschüre über Malaysia und Singapur erschienen. Sie wird herausgegeben von ehemaligen Entwicklungshelfern, die dort gearbeitet haben. Die Broschüre enthält sehr ausführliche Berichte zur wirtschaftlichen Situation Malayas, besonders zu Bedeutung der imperialistischen Durchdringung und den Interessen der BRD in diesem Gebiet, außerdem Analysen über die Entstehung und die innere Struktur Malaysias und den Widerstand(Streiks, Kämpfe der Bauern, Hungermärsche usw).
Die Broschüre ist gegen Einzahlung von DM 4.- auf das Konto der Herausgeberinitiative Malaya bei der Bayerischen Vereinsbank Konto-Nr. 31 82 82 10 zu erhalten. Zuschriften und Bestellungen an:
A.Rau,c/o Helene Mayer Ring 7 B 1552, 8000 München 40

NEUE BLÄTTER DES Iz3W ERSCHIENEN

FREIBURG 10. November Eine neue Ausgabe der Blätter des Informationszentrums Dritte Welt (Nr. 65) ist herausgekommen. Sie enthält einen Beitrag des im September in einem südafrikanischen Knast ermordeten Studentenführers Steve Biko, über schwarzes Bewußtsein und Humanität, außerdem Artikel über großtechnologische Projekte in Ägypten, über die Folgen der Industrialisierung in Malaysia, Zwangssterilisation von Indianern, zur Funktion des Internationalen Weltwährungsfonds und Einschätzungen der Entwicklungshilfe in Dänemark und der DDR.

Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg Tel. 0761/74003

DER VERHASSTE 1. MAI

REGENSBURG 16. November Eine Dokumentation über die Vorfälle bei der 1. Mai-Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Regensburg. Dort waren Feldjäger in Zivil, verstärkt durch grüne Polizei gegen Soldaten vorgegangen, die in Uniform an der Demonstration teilgenommen hatten. Die Soldaten wurden festgenommen.

"Der verhaßte 1. Mai" kann bezogen werden über:

AMAK
Postfach 1222, 7420 Münsingen

DOKUMENTATION ZU SCHLEYER-HYSTERIE IN WETZLAR

WETZLAR 10.November Eine Berufschullehrerin will zusammen mit anderen Texten auch einen Artikel zu Schleyer aus dem Extradienst im Unterricht behandeln. Lokalpresse,politische Parteien, Schulbehörde, Arbeitgeberverband reagieren und fordern Entlassung dieser "Terror-Lehrerin".

Eine Dokumentation berichtet: (Selbstkostenpreis DM 2,--)

Dokumentation über die Presseberichterstattung über die Vorgänge an der Theodor-Heuß-Schule zu beziehen über:

Horst Jakob, Weidigstr. 6, 6300 Lahn-Wieseck 1, 0641-51354.

BROSCHÜRE ÜBER KONTAKTBEREICHSBEAMTE

WESTBERLIN
18. November

Es gibt eine Broschüre über die Kontaktbereichsbeamten (KOB-s), die ja nicht nur in Westberlin ihr Unwesen treiben; sie ist von einer Reihe von Westberliner autonomen Gruppen und Individuen zusammen gemacht worden, und es steht 'ne Menge wissenswerter Sachen über die KOB's und die Polizei und Kriminalität drin.

Zu beziehen ist sie über den "Maulwurf-Buchvertrieb GmbH, 1 Berlin 36, Waldemarstr. 24", und in Westberlin kriegt man sie auch in den einschlägigen Buchhandlungen.

ZELTLAGER DER WÜRTTEMBERGISCHEN JUGENDZENTREN

SINDELFINGEN
23.November

Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Jugenzentren soll im April 1978 ein Zeltlager in der Nähe von Stuttgart stattfinden. Anmeldeschluß bis 31.12.1977 bei:

Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim.



HUNGERSTREIK DER CISNU

AACHEN
November 77

Am Freitag, den 18.11. wurde in der Mensa der Uni Aachen nach 100-stündiger Dauer der Hungerstreik der CISNU beendet.

Seit Donnerstag wird er in Rom fortgesetzt. In Aachen trafen über 100 Gruß- und Solidaritäts-Telegramme ein, des weiteren wurden über 4500 Unterschriften gesammelt. Es hat sich eine 10-köpfige Delegation gebildet, bestehend aus Medizinern und Juristen aus England und der Schweiz, die sich momentan um eine Einreisegenehmigung in den Iran bemühen.

DEMONSTRATION GEGEN DAYAN-BESUCH IN BONN

[illegible]n
2[illegible].11.77

Zu einer Protestdemonstration gegen den Besuch des israelischen Außenministers Dayan in der Bundesrepublik am 28.11.77 rufen 18 Palästina- und Nahost-Komitees aus der ganzen Bundesrepublik und Berlins auf. Die Initiatoren wenden sich insbesondere gegen die Unterstützung des "zionistischen Aggressorenstaates" durch die BRD-Regierung und setzen sich für die Anerkennung der PLO als "einzig legitimer Vertretung des palästinensisches Volkes" durch die Bundesregierung ein.
Die Demonstration beginnt am 28.November um 12 Uhr im Bonner Hofgarten.

PRESSEFREIHEIT, WIE WIR SIE KENNEN

HAMBURG
23. November

Das Hamburger Kino „Abaton" hatte sein neues Programm in der Zeitung angekündigt. Es lief ein Film mit dem Titel „Informationen aus dem Hinterland". Ein Leser, der sich telefonisch nach dem Inhalt erkundigte, erfuhr, daß es sich um den Wallraff-bei-Bild-Film" handele. Der Springer Verlag habe sich geweigert, den Orginaltitel in der Anzeige zu drucken; deshalb der Phantasie-Titel. Eine Besprechung sei ohnehin nicht erschienen.

LIEBE PRESSEKOLLEGEN

Folgender Brief kam bei uns an:

HAMBURG
18. November

"Beim Durchblättern des Verfassungsschutzberichtes 1976 stießen wir auf den Abdruck ihres Blattes unter der Rubrik "Schriften anarchistischer Gruppen". Da wir eine sehr kleine Schülerzeitung sind und keine Informationsbasis für unterbliebene Nachrichten besitzen und uns gerne überzeugen lassen wollen, ob ihre Zeitschrift wirklich anarchistisch ist, bitten wir um die Übersendung eines Probeexemplares. (Wenn möglich, mit Bestellschein.)"
Vielen Dank im Voraus!

NACHTRAG

WUPPERTAL
14. November

Die Wuppertaler Stadtzeitung "Wat löppt" (Luisenstr. 100):

Wir haben leider vergessen, unsere Kontonummer anzugeben, als wir euch den Artikel über den Prozeßverlauf geschickt haben. Ich gebe sie euch nun bekannt und wir bedanken uns für die Unterstützung des Solidaritätsfonds und die Veröffentlichungen.

Kontonummer:
Sparkasse Wuppertal, 103 325

MÜNDLICHE VERHANDLUNG GEGEN DAS AKW ESENSHAMM

OLDENBURG
14. November

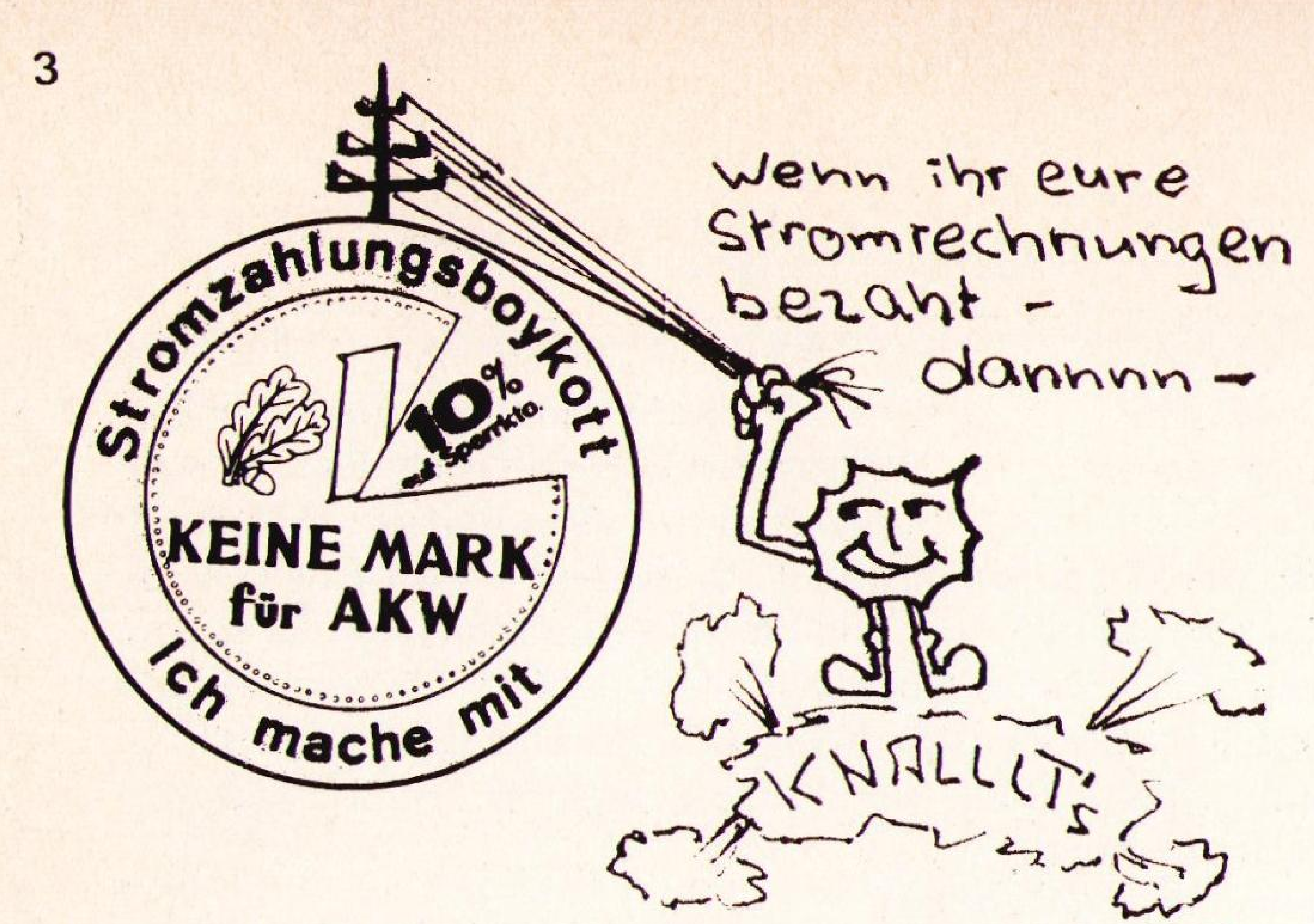
Die Klage gegen das AKW Esenshamm— Unterweser wird am 12. und 13. Dezember in Oldenburg (Weser-Ems-Halle, Europaplatz 20 - 26) verhandelt. Die Verhandlung beginnt am 12. Dezember um 9 Uhr 30. Jeder kann mtiklagen. Näheres bei:
Walter Soyka, Wendtstr. 22, 28 Bremen 1, Tel. 0421/7 69 76

WICHTIGE NACHRICHTEN ZU AKW—SACHEN

FRANKFURT
23. November

findet ihr in Atom-Express und Anti-AKW-Telegramm.
Der Göttinger Atom-Express Nr.5 Nov./Dez. ist letzte Woche erschienen. Er kostet 1 DM und ist zu beziehen über:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
— Redaktion —
Postfach 45
34 Göttingen
Tel. 0551/54077, Konto: 101022275 Städt. Sparkasse Göttingen.

Ebenfalls neu erschienen ist das Anti-AKW-Telegramm Nr. 9, herausgegeben vom
Arbeitskreis Politische Ökologie
Lutterothstr. 33
2 Hamburg 19
Tel. 040/402782, Postscheck Hamburg 202322-208



DER STROMPREISBOYKOTT IN HAMBURG HAT BEGONNEN!

HAMBURG
11. November

Von der Hamburger Initiative hier ein neuer Zwischenbericht zur Lage auf dem Boykott-Sektor (vgl. auch ID 203)

Als erste einer ganzen Reihe von Stromzahlungsboykott-gruppen haben wir am 1. Oktober damit begonnen, von jeder HEW-Rechnung bzw. Zweimonatspauschale 10% abzuziehen und sie auf einem Treuhandkonto bei unseren Rechtsanwälten "einzufrieren".

Im Juli hatten wir beschlossen, von der Mindest(schutz)zahl von 1.000 boykottbereiten Haushalten abzugehen und bereits mit den bisher 366 Bereitschaftserklärungen anzufangen. Da es sich um WG's, "bürgerliche Haushalte", Kneipen usw. handelt, stehen mehr als 1.000 AKW-Gegner hinter unserer Idee und täglich kommen neue hinzu.
Am 1. Oktober bildete eine Demonstration in der Fußgängerzone mit Musik, Straßenreden und dem gemeinsamen Einzahlen der "gestutzten" Stromrechnungen den Auftakt. Von Journalisten der Tagespresse erfuhren wir, daß von oben (den Redaktionschefs) keine Berichte über den Boykott erwünscht sind, so "ernteten" wir nur winzige Meldungen.

Dennoch können wir einen Aufschwung der Aktion seit ihrem effektiven Beginn feststellen.
Die HEW hat bislang nur schwach reagiert (nur vereinzelte Mahnungen), zuverlässige Quellen berichten von einer Beschwichtigungstaktik. Man fürchtet offenbar, daß harte Reaktionen nur einen der HEW unangenehmen Solidarisierungseffekt hervorrufen würden.
Alle Boykotteure erhielten einen Standardbrief ((siehe ID 203), in dem mit sattsam bekannten "Argumenten" zur Aufgabe des Widerstands appeliert wird (wie naiv muß man eigentlich sein, um überzeugten AKW-Gegnern heute noch die "66 Fragen" zuzumuten?), mit einer Bundestagsdrucksache auf die "denkbar breiteste demokratische Basis" für die "sachgerechte Investitionspolitik der deutschen Elektrizitätswirtschaft" hingewiesen und mit "Vollstreckungsorganen" gedroht wird.

Bei unserer vierten Vollversammlung der Hamburger Boykotteure am 16.11. um 19 Uhr im Martin-Luther-King-Haus haben wir weitere Schritte der Öffentlichkeitsarbeit und zum gemeinsamen Vorgehen besprochen.
Unsere Tonbildschau wird rege genutzt und auch Initiativen außerhalb Hamburgs können sie bei uns bestellen. Weit verbreitet sind auch schon unsere Brief- und Autoaufkleber zum Boykott .

Im Dezember führen wir eine Pressekonferenz durch, bei der auch über gleichartige Initiativen im Bundesgebiet und im Ausland berichtet werden soll. Dazu benötigen wir dringend Erfahrungsberichte von allen laufenden und anlaufenden Initiativen.

Kontakt: Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 21 Hamburg 90, Tel.: 77 79 57.

Initiativen, die einen Strompreisboykott organisieren wollen, gibt es im ganzen Bundesgebiet. Hier noch einmal die uns bekannten Kontaktadressen:

Göttingen: AG Gewaltfreier Widerstand c/o Klaus Marquardt, Postfach 45, 34 Göttingen

Marburg: Bernd Meyerholz, Heskener Srt. 2, 3557 Eppsdorfergrund

Stuttgart: Gewaltfreie Bürgerinitiative, c/o Gutschmidt-Deichmann, im Weinbergweg 7, 7015 Korntal

Freiburg: Gerd Süssbier, Universitätsstr. 9, 78 Freiburg

Frankfurt: Klaus Haas, Bornheimer Landstr. 64, 6 Frankfurt, Tel. 49 30 54

Kassel: Jochen Wulfhorst, Hardenbergstr. 2, 35 Kassel

Wetzlar: Helge Mertl, Turmstr. 2, 6330 Wetzlar

Gießen: Dieter Arndt, Wilhelmstr. 10, 63 Gießen

SELBSTVERBRENNUNG IN HAMBURG

HAMBURG
23. Nov. 77

"Für die Unwahrheit aber sind auf die Dauer immer zwei verantwortlich: derjenige, der sie in die Welt setzt, und derjenige, der sie hinnimmt" (Gründler)

"Hamburg, 16. Nov. 1977, Buß- und Bettag, 12 Uhr 20. Im Kongreßzentrum vereinigen sich die Leithammel des SPD-Parteitages zu einem historischen Kompromiß, der den Weg in den Atomstaat ebnen soll. In der St. Petri-Kirche wird ein Gottesdienst gefeiert. Vor der Kirche übergießt sich ein Mensch mit Benzin und zündet sich an. Fünf Tage später, am 21. November, etwas um 2 Uhr stirbt er in einer Hamburger Klinik. In diesen fünf Tagen erleben wir, zu welcher Verschlossenheit das öffentliche Informations-System in der 'offenen Gesellschaft' der BRD fähig ist. Die Selbstverbrennungen des Jan Pallach in der CSSR und des Pastor Brüsewitz in der DDR waren Schlagzeilen und viele Monate lang Diskussionen wert. Die Tat des Hartmut Gründler wirt totgeschwiegen oder (mit wenigen Ausnahmen) als Bagatelle mitgeteilt. Das ZDF-Heute-Studio lügt, indem es schweigt. Die Tagesschau bringt eine Meldung um 20 Uhr, in der Spätausgabe ist die Nachricht schon wieder unter den alltäglichen Albernheiten begraben. In den Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen finden absonderliche Diskussionen statt: Ob dieser Gründler einer 'von uns' ist. Ob er die falschen Freunde hat. Ob Selbstverbrennungen falsch sind. Ob wir uns überhaupt mit diesem Fall befassen sollen. Nur wenige Leute verteilen auf kleinen Handzetteln den letzten Text von Hartmut Gründler, in dem er seine Aktion begründet. Was können wir gegen diesen Skandal der Informationsverweigerung tun? Informieren. Und: Gründler selber sprechen lassen. Deshalb diese Sammlung von Auszügen aus hinterlassenen Texten.

"Hartmut Gründler

47 Jahre, Lehrer aus Tübingen. Seit etwa 1971 tätig in der damals entstandenen Bewegung gegen die Gefahr der 'friedlichen 'atomaren Aufrüstung. Als skeptischer Schüler Gandhis' gründete er in Tübingen einen 'Arbeitskreis Lebensschutz – gewaltfreie Aktion im Umweltschutz'. Erarbeitete sich ein außergewöhnliches Detailwissen zu den Fragen der Atomenergie, damit aber auch ein Wissen über die öffentlichen Lügen,

Verschleierungen, Unterdrückung der Kenntnis von der Atomgefahr. In 20 Prozessen gegen Atomanlagen (u.a. Esenshamm) tritt er als Kläger auf. Um der Forderung nach wirklicher Information über die Probleme Nachdruck zu verleihen, greift er mehrmals zum Mittel des Hungerstreiks. Im Dezember 1976 unterbricht er einen Hungerstreik, nachdem er telefonisch aus dem Bundeskanzleramt beschwichtigt wird. Nachträglich erkennt er, daß er getäuscht worden ist. Enttäuscht wird auch seine Hoffnung, die Kirchen werden ein Moratorium fordern. Die Tendenzwende im Herbst 77 in FDP, DGB und SPD macht ihn betroffener als viele andere:

Er möchte niemals akzeptieren, daß die Verschnaufpause nach Brokdorf nur politisches Kalkül war, um 1978 besser vorbereitet das Atomprogramm durchsetzen zu können. Und: Er meinte, wir haben nicht mehr viel Zeit. Deshalb plante er für Anfang November einen Hungerstreik auf Leben und Tod, und als der an mangelnder Unterstützung scheitert, die Selbstverbrennung. Damit man das endlich anhören werde, was er zu sagen hat."

Im folgenden drucken wir Auszüge aus Hartmut Gründlers hinterlassenen Schriften ab:

Aus: So oder so: Das Ende des Experimentes ist in Sicht (23.5.77)

"Um das vorläufige Endergebnis von nunmehr beinahe sieben Jahren schubweise vorangetriebener experimenteller Forschung vorwegzunehmen: Für die erdrückende Mehrzeit unserer Zeitgenossen, bis tief in die Umweltgruppen hinein, ist die Wahrheit nahezu bedeutungslos. Die Folgen können wir uns wohl kaum entsetzlich genug vorstellen. Immanuel Kant hat bekanntlich die Summe seines Lebens in die vier Fragen zusammengezogen:

Was können wir wissen!
Was sollen wir tun?
Was dürfen wir hoffen?
Was ist der Mensch?

Nicht zufällig steht das Wissen obenan. Ist das Wissen verfälscht, so sind Tun und Hoffen, ja das Sein des Menschen, seine Existenz, seine Identität verfälscht. Eben dies ist unsere Lage — und nahezu niemanden scheint das zu erregen oder auch auch nur zu verwundern. Staat und Gesellschaft (einschließlich der Kirchen) sind die Fleisch gewordene Unwahrheit. Für Unwahrheit aber sind auf die Dauer immer zwei verantwortlich: derjenige, der sie in die Welt setzt, und derjenige, der sie hinnimmt.

Es folgen Kritik und Anklagen wegen der Nachlässigkeit, mit der führende Vertreter der Umweltschützer das Problem behandeln u.a.:

"Pfarrer Kurt Oeser, Umweltbeauftragter des Rates der Ev. Kirche in Deutschland, schwieg diesmal. Im Mai 1976, nach Bad Boll, hatte er durch seine Unterschrift einem von mir entworfenen 'Arnoldsheimer Manifest' zugestimmt, in dem es u.a. hieß, es sei unsere Aufgabe, 'den Verantwortlichen der Atompolitik herauszuhelfen aus ihrer Seblstverstrickung in grob fahrlässige Körperverletzung mit vermutlich millionenfacher Todesfolge'. Bei dieser Unterschrift war es geblieben. Er hat dieses Manifest meines Wissens nie öffentlich mitvertreten, geschweige denn den Rat der EKD für eine entsprechende Äußerung gewonnen, etwa für eine Abkündigung von allen Kanzeln (Millionen von vermutlichen Todesopfern sind ja schließlich kein Pappenstiel); er ist auch nicht zum Zeichen des Protestes gegen das konstantinische Erbe* der Kirche, die auch diesmal wieder zum Massenmord schweigt, zurückgetreten. Er kennt meinen Zorn, nimmt ihn mir nicht übel, ist bei persönlicher Begegnung unvermindert freundlich — das ist aber auch alles."

* Die christliche Kirche seit Konstantin, die seit dem 4. Jahrhundert als Staatskirche besteht.

Kritik an Sprechern des Weltbundes zum Schutz des Lebens:

"Und was haben wir derzeit von ihnen zu erhoffen, unsere Widersacher zu befürchten? Nettigkeiten. Am 19.3.1977 sah ich, wie tausende auf tausende junger Menschen unter roten Fahnen die 'gewaltfreie' Kundgebung in Kirchohsen bei Grohnde rechts liegen ließen und im Wasserwerfer- und Tränengasbeschuß den von tausenden anderen jungen Menschen verteidigten Zaun von Grohnde einrissen. Bleibt uns denn nur noch diese Wahl: Nettigkeiten hier, rote Fahnen dort? Dann sind mir die roten Fahnen fast noch lieber."

"27.5. Warum hat uns die Bundesregierung ihren Rentenschwindel zugemutet? 'So heftig hatten wir die Ablehnung nicht erwartet' (H. Schmidt, 16.12.1976). Ach so. Warum mutet uns die Bundesregierung noch immer ihren Atomschwindel zu? Wir müssen vermuten: weil sie keine ausreichend heftige Ablehnung erwartet. Im Falle des Deutschen Rates hat sich diese Erwartung bisher erfüllt. Es bestätigt sich wieder einmal: was wir hinnehmen, haben wir verdient. 'Artige Kinder fordern nichts. Artige Kinder kriegen nichts.' (Bismarck)"

Aus einem Brief an verschiedene SPD-Bundesabgeordnete. "Helfen Sie den Atomexport nach Brasilien stoppen!" 22.8.1977

"Die Atompolitik in der Bundesrepublik verliert — endlich! — mit jedem Tage deutlicher den Boden unter den Füßen. Das bietet die Gelegenheit, die ganze Fragwürdigkeit des Brasiliengeschäftes für eine breite Öffentlichkeit begreifbar zu machen und diese Geschäftsbeziehung abzubrechen. Was bei uns als Fluch erkannt wird, können wir einem anderen Land wohl kaum als Segen andrehen."

Aus einem Brief an Ratthofen vom 9.8.77, dem Tag von Nagasaki.

Angesichts der Europawahlen von 1978 muß auch der Bürgerdialog Kernenergie (besser: Bürgerdialog Energiepolitik) endlich einen europäischen Zuschnitt gewinnen. Der aktuellste Anlaß dazu ist ebenso beklemmend wie unausweichlich: Malville. Helfen Sie uns zu einer umfassenden authentischen Dokumentation der Vorgeschichte wie der Auswirkungen des Zusammenstoßes; lassen Sie die Widersprüche unverkürzt zu Worte kommen, gönnen Sie den Augenzeugen unter den Demonstranten wie unter der Polizei gleichen Raum! Gehörte Vital Michalon zu den (wenigen) Demonstranten, die in dem wiederholt und beschwörend als gewaltfrei angekündigten Zuge (rassemblement von-violent) Knüppel und Stahlstangen trugen? Und selbst wenn es so wäre: was läßt junge Menschen so tiefgehend an der Lernfähigkeit und Regenerationsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie verzweifeln, daß sie zu Knüppeln und Stahlstangen greifen? Die Monarchie Dänemark fördert sämtliche Erwachsenenarbeit — auch die kommunistische. Beteiligen Sie am Bürgerdialog Energiepolitik über alle klar ausgetragenen Grundsätze hinweg gleichberechtigt unsere marxistischen Mitbürger! Wir haben die marxistische Analyse aufzuarbeiten, nicht zu verdrängen."

Aus einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt am 3.9.77, der Forderungen nach Offenlegung aller verschwiegenen Fakten enthält:

"Einladung, das Gesicht zu verlieren

'Solange ein Mensch von einer großen Idee erfüllt ist, kann er sich auch wandeln.' (Heinz Brandt, Ein Traum, S. 321)

Man wird sagen: brächten Sie dergleichen über sich, so verlören Sie Ihr Gesicht. Genau das aber ist dringend notwendig. Das Gesicht nämlich, das Sie seit dem 29.9.1971 in dem von Ihnen

mitverantworteten Umweltprogramm zeigen, ist das der Wahrheitsverachtung. Wahrheitsverachtung ist stets auch Menschenverachtung. Und auf solcher Grundlage sind Milliarden DM Steuergelder investiert, Baugenehmigungen erteilt, Alternativen blockiert und totgeschwiegen, ungezählte Gutgläubige auf eigene Kosten hinters elektrische Licht geführt worden!"

Brief an Freunde, worin er den geplanten Hungerstreik auf Leben und Tod begründet (13.10.77):

"Argumente also zählen in unserer derzeitigen Form der Politik nicht. Es zählen vollendete Tatsachen. Argumente gegen Atomenergie gab es von allem Anfang an, und spätestens seit dem 2. und 9.6.1976 mit dem Offenbarungseid der Atomlobby vor zwei Bundestagsausschüssen sollten zumindest einige der wichtigsten allen Politikern hierzulande bekannt sein. Keines dieser Argumente vermag etwas gegen die Verstocktheit des betont christlichen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und der betont christlichen Führungsgruppe der CDU/CSU: nach wie vor wollen sie vollendete Tatsachen, nämlich vollendete Atomkraftwerke schaffen. Es bleibt uns also einzig noch dies: ebenfalls vollendete Tatsachen zu schaffen. Eine solche Tatsache, die in der Macht von uns Machthabern liegt, ist der Beginn eines Hungerstreiks. Eine weitere, eine endgültige Tatsache wäre das biologische Ende dieses Hungerstreiks. Er würde der Verstocktheit vielleicht wenig anhaben, aber er würde sie zunächst einmal mit wissenschaftlicher Genauigkeit verdeutlichen. Das wäre wenig? Gewiß. Es wäre aber besser als nichts. Falls wir es manches deutet daraus hin, seit spätestens dem 29.9.1971 dokumentarisch nachweisbar mit einem Verbrechen zu tun haben, gegen das kein Kraut auf Erden gewachsen ist und vor dem die irrsinnigsten Verbrechen des Zweiten Weltkrieges naiv und harmlos erscheinen, so dient das Scheitern doch zumindest der Spurensicherung — solange wir noch nicht in einem Weltbrand verglüht sind, der selbst die Fußspuren eines Bundeskanzlers und seines Vorgängers verblassen läßt wie die Schattenspuren der Strahlenopfer auf den Mauerresten von Hiroshima und Nagasaki."

Brief an Hellmut Schmidt, Bundeskanzler, vom 28.10.77

Es ist die Zeit gekommen, Sie vor die Frage zu stellen: Ist Ihr Christentum Spielwiese für den Sonntagvormittag - oder ein Stück Realpolitik? Eines von beiden werden Sie noch vollends preisgeben müssen: den Rest Ihres guten Gewissens - oder den Rest ihrer fadenscheinig gewordenen Atompolitik. Mitbürger in großer Zahl sprechen Ihnen von vornherein das Gewissen ab. Das ist mir unmöglich. Im Gegenteil, ich bin sicher: auch wenn sie durch Atompropaganda (oder „Kernenergiewerbung", wie Minister Matthöfer sich ausdrückt) die leise Stimme Ihres Gewissens übertönen sollten - es ist Ihnen nicht gelungen, und es wird Ihnen nimmermehr gelingen.

Aus der heillosen Verfahrenheit der Lüge kann uns nur noch ein Wunder der Wahrheit retten. Aber leben wir denn nicht inmitten von Wundern - Bruder Sonne, Schwester Mond, Mutter Erde und wie die Wunder sonst noch heißen? Und ist nicht dies das Wunder aller Wunder: daß wir Wörter haben, Wörter wie Sonne, Mond und Erde und darüber hinaus Wörter wie Ehre, Gewissen, Verantwortung? Als Realisten dürfen wir auf die Realität hinter so unfaßbar wunderreichen, nie zu Ende gedachten, nie zu Ende gefühlten Wörter vertrauen. Beugen Sie sich, Herr Bundeskanzler! Beugen Sie sich nicht etwa dem ziemlich fragwürdigen Hartmut Gründler (der ist weniger als ein Prediger in der Wüste, weniger noch als die Stimme dieses Predigers, er ist ein mattes Echo der Stimme eines Predigers in der Wüste), nein, beugen Sie sich Ihrer eigenen besseren Einsicht und nennen Sie die, wie Sie wollen, Vernunft, Verstand, das von Gott in jedem Menschen, das innere Licht, den Christus in uns, was liegt daran. Gehen Sie den Weg der Ehre, des Gewissens, der Verantwortung! Sie werden dort nicht allein bleiben. Nicht zu Lüge, Angst und Terror sind wir Menschen bestimmt, sondern zu Wahrheit, Freiheit und Heiterkeit

SELBSTVERFASSTE ERKLÄRUNG VON GRÜNDLER:

Bitte weiterreichen!
Bitte verständigen Sie rasch einen Publizisten aus Presse, Funk, Fernsehen!

Selbstverbrennung eines Lebensschützers
Appell gegen atomare Lüge
Eine Fortsetzung des Bürgerdialogs mit anderen Mitteln

Am 15.November, kurz vor dem Hamburger Energie-Parteitag der SPD, hat der 47-jährige Tübinger Lehrer Hartmut Gründler sich in Hamburg zur lebenden Fackel des Protestes gemacht.

Gründler nennt in hinterlassenen Texten folgende Beweggründe:

1. Die Bundesregierung verbreitet seit dem 29.9.1971 grobe Irreführung in der Atompolitik. Bundeskanzler Schmidt verweigert seit dem Oktober 1976 jede Richtigstellung.

2. Bundeskanzler Schmidt verweigert den kritischen Bürgern jenen Dialog, zu dem er sie im Sommer 1976 mit seinem Buche „Als Christ in der politischen Entscheidung" ausdrücklich und nachdrücklich aufgerufen hat.

3. Die Bundesregierung, aus triftigen Gründen zeitweise zutiefst verunsichert, steuert seit einigen Wochen Hals über Kopf einen verschärften Kurs der vollendeten Tatsachen. Die für Hamburg deutlich programmierten weiteren Fehlentscheidungen drohen, Bürgerinitiativen wie Gerichte wie auch Gewissenhafte in den Bonner Parteien noch vollends einzuschüchtern.

Darum appelliert Gründler:
Das Entsorgungs-Gutachten vom 20.10. gibt nach aller bisherigen Erfahrung Anlaß zu TIEFSTER SKEPSIS.

1. an Bundeskanzler Schmidt, die von den Bundesregierungen Brandt un d Schmidt, sei es wissentlich und willentlich, sei es „nur" aus mangelnder Sachkunde, verbreiteten Lügen der Atomlobby öffentlich richtigzustellen, die Verantwortlichen öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen, eine wahrheitsgemäße Information der Öffentlichkeit zu erwirken, für eine gewissenhafte Überprüfung der durch jahrelangen Lügen vergifteten Energiepolitik einzutreten (Genehmigungs-, Bau-, Betriebs-, Ausfuhrstopp für Atomenergieanlagen) — oder aber aus Gewissensgründen zurückzutreten.

2. an die Gerichte, den von der Atomlobby aufgepeitschten Emotionen zu widerstehen und in peinlicher Sorgfalt dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Grundgesetz Geltung zu verschaffen, (wofür ermutigende Ansätze bereits vorliegen).

3. an die Gewerkschaften, neben jenen Arbeitsplätzen, die in der Tat durch Atomenergie geschaffen wurden, auch jene öffentlich zu erörtern, die durch Atomenergie vernichtet oder uns bislang vorenthalten wurden und die Haltung der irischen und der australischen Gewerkschaften zu diskutieren.

4. an die Kirchen, das Versagen des evangelischen Christen Helmut Schmidt im Rahmen des Gesamtversagens der konstan tinischen Kirchen zum Gegenstand der Gewissenserforschung, der Meditation, des Gebetes, der Ermahnung und der Fürbitte zu machen, damit die in Franziskus von Assisi verkörperten Kräft Kräfte der Solidarität mit allem Lebendigen unter anderem zur Solidarität der Religionen innerhalb der Familie Mensch führen — als erstes im Falle der bundesdeutschen Atomexporte in die Dritte Welt.

5. an die Bürgerinitiativen, allen z.T. selbstverschuldeten, Rückschlägen zum Trotz unbeugsam an den Wyhler Grunsätzen der Gewaltfreiheit, der Überparteilichkeit, der Redlichkeit festzuhalten, die Verantwortlichen immer wieder bei ihren eigenen Worten zu fassen, ihnen in Mut und Bescheidenheit öffentlich die Selbstwidersprüche der Atompolitik vorzuhalten, der Kraft des Argumentes zu vertrauen, im Gegner von heute bei allem Zorn stets den Verbündeten von Morgen zu sehen und anzusprechen.

6. an die Mitbürger in der Polizei, voran die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und meine Freunde in der Polizei, ihre Gewissensnot noch weit klarer als bisher öffentlich zu bekunden und sich öffentlich mit den Kräften des Gewissens in Regierenden wie Regierten zu verbünden.

7. an die Verbraucherorganisationen und den Bund der Steuerzahler, sich öffentlich mit dem Schuldendienst der Atomenergie und den wahren Kosten des Atomstroms zu befassen.

8. an die Ärzte, das Vermächtnis Dr.med. Bodo Mansteins aufzugreifen und ihr Wissen als Verpflichtung des Gewissens zu beherzigen, wie eine wachsende Anzahl es bereits tut..

9. an die Frauen und Mütter, gemeinsam mit den Kindern an das Herz der Atomgewaltigen zu rühren, so wie sie vorzeiten in Naumburg an das Herz des Hussitenfeldherrn Tisza rührten, damit um der Kinder willen Plünderung, Vergiftung und Zerstörung des Planeten ein Ende haben – um der Kinder auch der 40 000 Dortmunder Demonstranten vom 10.11. willen.

10. an die Publizisten, den Verantwortlichen der Atompolitik zu helfen, daß sie im öffentlichen Dialog herausfinden aus der „Selbstverstrickung in grobfahrlässiger Körperverletzung mit vermutlich millionenfacher Todesfolge" (Arnoldshainer Mani-[illegible]t vom Mai 1976).

11. an alle Unterrichtenden, von den Grundschulen bis zu den Hochschulen, daß sie Sprachbildung als das Herzstück der Menschenbildung und damit auch der Umwelterziehung erkennen und anwenden: Sprachbildung, recht verstanden, lehrt dem Wertkern in jedem Menschen gerecht zu werden und führt zum „Wagnis der Mitte" nach Felix Weltsch.

12. an die Behörden von Niedersachsen, die unwürdige Terrorpolitik gegen nach Art. 20,4 GG demonstrierende Bürger zu beenden und die Kostenbescheide für Polizeiaktionen über 5000 DM (für den einzelnen Betroffenen im Falle Brokdorf, ähnlich im Falle Grohnde, ein blutiger Hohn) zurückzunehmen – gemäß dem Verursacherprinzip müßten sie von Rechts wegen dem Deutschen Atomforum, der Bundesregierung und der Landesregierung zugestellt werden.

13. an die Bremer Behörden, um des Rechtsstaates und um des weltweiten Ansehens der Bundesrepublik willen Prof.Dr. Jens Scheer, KPD-Mitglied, einen Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, endlich wieder in sein Lehramt einzusetzen.

[illegible] an alle Mitbürger, die überaus sorgfältige, sachkundige,un-[illegible]ennützige, zähe und zunehmend erfolgreiche Arbeit des Instituts für biologische Sicherheit, 2800 Bremen, Wendtstr.22, Tel. 0421–76 9 76 dadurch zu fördern, daß sie dem Institut Klägervollmacht erteilen und so dem Rechtsstaat gegen den atomaren Lügen- und Terrorstaat den Rücken stärken.

Gründler nennt seine Aktion eine Tat nicht der Verzweiflung, sondern des Widerstandes und der Entschlossenheit. Er will den Sachzwängen der Profitgier, des Dummenfanges, der Überrumpelung hier, der Trägheit und Feigheit dort einen Sachzwang des Gewissens entgegensetzen. Er hofft auf die ansteckenden Kräfte der Vernunft, des Realitäts- und Verantwortungssinnes.

Er bekräftigt seine für manchen Bundesgenossen schockierende Aussage, daß er nicht ‚grundsätzlich' gegen Atomenergie ist, sondern einzig für redliche Information und redliche öffentliche Diskussion. Vor diesen beiden Maßstäben allerdings schmilzt die bisherige und vermutlich auch jede künftige Atompolitik wie Butter an der Sonne.

Er hat zu Erben seiner persönlichen Habe vier der moralisch Hauptverantwortlichen des Bürgerdialoges Kernenergie eingesetzt: Bundespräsident Walter Scheel, Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundesminister Hans Matthöfer, Pfarrer Kurt Oeser, Mörfelden, Umweltbeauftragter des Rates der Ev.Kirche in Deutschland und Mitunterzeichner des von der Ev.Kirche totgeschwiegenen Arnoldshainer Manifestes.

Er ist sicher, daß zumindest Minister Matthöfer ritterliches Verständnis für diese Geste der Mahnung haben und öffentlich bekunden wird, wie er es ähnlich schon wiederholt getan hat.

Er dankt seinen Freunden im Tübinger Arbeitskreis Lebensschutz e.V.(Herrenberger Str. 16, Wolfgang Wettlaufer), daß sie die Tätigkeit der Gruppe fortsetzen wollen.

Ergänzende Informationen, zunächst vorwiegend für Publizisten bestimmt, bei:
– Arbeitskreis Lebensschutz, s.o.
– Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), Landesverband Hamburg, z.Hd. von Heinz Böhmecke, Brückwiesens 28, 2000 Hamburg 61, Tel.58 45 60/69 (Achtung! Ich habe diesen Hinweis gänzlich eigenmächtig gewagt – sind die Hamburger Freunde nicht einverstanden, so trifft mich allein die Schuld)
–Prof.Dr.Robert Jungk, Steinstr. 31, Salzburg,Tel.0043 – 6222– 7 51 27 (ebenfalls eigenmächtiger Hinweis).

14.11.1977 Hartmut Gründler

Auf Anfrage: Fotos von meiner Ankettung im Kölner Dom erhältlich bei Herrn Kl. Hartmann, Eppenhauser Str. 14, 5800 Hagen.

Aus dem Anhang zu diesem letzten Dokument!
An den Kanzler, 14.11.1977:

An den Kanzler, 14.11.77

Sie haben am 2.11.1964 gesagt und zu Ostern 1976 wiederholt: „Die Pflicht jedes einzelnen von uns ist, laut zu rufen, wenn Ungerechtigkeit sich ausbreiten sollte und spätestens jedenfalls dann handelnd einzugreifen, wenn die Regierenden Gebot und Gesetz verletzen sollten." Als Christ in der politischen Entscheidung. Erschienen Sommer 1976, S. 59. Hier stehe ich, Herr Bundeskanzler, und rufe, so laut und so deutlich ich kann, etwa in der Mitte zwischen Bundeskanzleramt und Bundestag, dort also, wo der Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Abgeordnete Helmut Schmidt unter dem Vorzeichen der Gewaltenteilung einander auf halbem Wege begegnen.

„In nie endender Freude haben alle Dinge ihren Ursprung" (Novalis). Alle Dinge? Auch Plutonium? Gesamtvorrat des Erdballs um 1940 nach sorgfältig begründeter wissenschaftlicher Schätzung: weniger als 1 Gramm.

„Wir wissen aber, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen." Alle Dinge? Auch Plutonium? Gesamtvorrat, allein an Pu 239, allein in der Bundesrepublik, und dort wiederum allein den Brennstäben, allein bis zum 9.6.1976, allein von den Fachleuten der Atomlobby selber damals vor dem Bundestags-Innenausschuß eingestanden: 14 Tonnen, gleich 14 000 Kilogramm, gleich 14 000 000 Gramm, davon nach Eingeständnis der gleichen Fachleute 1% = 140 000 Gramm unkontrollierbar. Haben Sie, Herr Bundeskanzler, auf Pflicht und Gewissen vereidigt, veranlaßt, daß die 40 000 Demonstranten von Dortmund von der Bundesregierung beizeiten pflichtgemäß und gewissenhaft unterrichtet wurden, was es mit Plutonium auf sicht hat?

An Freunde:

In Mogadischu ist zwar eine Erpressung abgewehrt worden was wir alle begrüßen müssen. Der Preis jedoch war hoch: es war die Lüge, die den Sieg ermöglichte, die also als die eigentliche Siegerin gelten muß. Bundesminister Wischnewski hat nämlich die vier Terroristen durch knüppeldicke Lügen so lange hingehalten und eingelullt, bis die Techniker des Gegenterrors mit Schneid, Können und viel, viel Glück dem deutschen Namen endlich einmal wieder militärische Weltgeltung verschafften. So etwas nennen wir: jemanden aufs Kreuz legen. Nie-

mand im christlichen Abendland, das ja unter dem Zeichen des Kreuzes steht, hat sich darüber gewundert. Ein lügender Bundesminister scheint für uns längst zum Selbstverständlichsten auf der Welt zu gehören. Den vier Terroristen hingegen war diese Erfahrung offensichtlich neu. Daraus allein schon war zu entnehmen, daß es sich nicht um Bundesbürger handeln konnte. Die Selbstverständlichkeit der bei uns von Amts wegen betriebenen Lüge ging damals klar über das von Terroristen aus den Heimatländern von 1001 Nacht gewöhnte Maß weit hinaus.

Inzwischen haben die Terroristen natürlich begriffen, was von den Worten eines Bundesministers zu halten ist; sie werden durch den Schaden ihrer Kameraden klug geworden sein. Wie hoch wird der Preis sein, den wir zu zahlen haben, in welchen Raten wird er fällig werden, bis wir selber so klug geworden sind, wie es die Worte unserer Regierung erfordern? Woher sollen wir wissen, daß sie uns besser behandelt als jene anderen von ihr so saftig Angeschmierten? Daß sie zwischen uns und Terroristen einen Unterschied zu unseren Gunsten macht? Nichts seit dem 29.9.1971 deutet darauf hin – ganz und gar im Gegenteil. Wieviele unter uns werden den Preis überleben, den wir Leichtgläubigen der Lüge zu zahlen haben? Und werden die Überlebenden, die seelisch, geistig, körperlich Verkrüppelten, nicht die Toten glücklich preisen? Warum lassen wir der Regierung so etwas durchgehen? Was wir hinnehmen, haben wir verdient. Die Terroristen nehmen es nicht hin. Sie haben mehr Ehre im Leibe als wir.

1. Rechtsprechung hierzulande ist bei Atomenergie Lotteriespiel. Man kann an sachkundige Richter geraten, und mit dem Sachverstand der Richter steigen erfahrungsgemäß die Erfolgsaussichten für Lebensschützer. Man kann aber auch Pech haben. Helga Vowinckel kann ein Lied davon singen.

2. Die 40 000 Gewerkschafter in Dortmund halten von den Gerichten fast noch weniger als von den Bürgerinitiativen. Wieviel Stehvermögen werden die Richter dagegen aufbringen?

3. Oberste Instanzen bei einigen, wenn nicht allen unseren Verfahren sind das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht. Zumindest das Bundesverfassungsgericht ist stark parteipolitisch beeinflußt worden. Die Unbefangenheit des Gerichtes gegenüber der Bonner Drei-Parteien-Atomkoalition erscheint zumindest fraglich.

4. Auch aufgrund eigener Erahrung bin ich beim Bundesverfassungsgericht skeptisch. Ich wollte im Frühjahr 1977 dort lediglich erreichen, daß der Bundeskanzler das Petitionsrecht nach Art. 17 GG respektiert und zu Eingaben Stellung nehmen läßt. Das Gericht verwies mich auf den Rechtsweg: drei Instanzen, jede etwa 2 Jahre Laufzeit, jede mit Kosten, die dritte obendrein mit Anwaltzwang verbunden – und damit ist das Petititionsrecht praktisch außer Kraft gesetzt.

5. Der für mich wesentlichste Punkt, das Bürgerrecht auf Wahrheit, ist bei unseren Gerichten nach ihrem derzeitigen Stand nicht einklagbar.

Was nun folgt, ist ein unumwundenes Schwächeeingeständnis. Sie werden fragen, wie, hat denn Hartmut Gründler so etwas nötig, mit einem schmeichelhaften Zeugnis in die Öffentlichkeit zu gehen? Ja, das hat er. Ich habe einen zigeunerhaften Lebenslauf hinter mir, einen buntscheckigen Flickenteppich, u.a. 20 Monate Arbeitslosigkeit. Da der Atomlobby ein Jan Pallach schlecht in die Landschaft passen würde, wird sie alles tun, um die Affäre totzuschweigen, das wäre das Beste oder aber sie menschlich wie gesellschaftlich ins Abseitige zu ziehen.
Da mag es von Bedeutung sein, weniger für mich selbst als für meine Freunde und, nicht zu vergessen, meine Verwandten, besonders die mit dem Namen Gründler, zeigen zu können, daß ich dort, wo ich Verständnis fand, zu guten Leistungen fähig war, daß ich eine erträgliche, ja angenehme private Zukunft vor mit hatte und keinen Grund hatte, allzu unzufrieden mit meinem persönlichen Los zu sein.

Schlußabsatz aus einem Brief an einen Freund:

„Wieder haben wir eine Schlacht verloren. Niemand, so hat es hier den Anschein, niemand ist auf den Gedanken verfallen, im möglichst großen Stil den SPD-Parteitag (insbesondere die Pressekonferenz) zu einer Gegenoffensive zu nutzen, unseren schwer bedrängten Bundesgenossen in der SPD zu Hilfe zu eilen, nahezu kampflos überlassen wir dem Gegner das Feld. (Es sollte mich freuen, wenn das Bild nicht ganz so düster ist, wie ich es hier erlebe.) Nun gut, liebe Freunde, dann sammelt Euch eben, so gut und so schnell Ihr könnt, bereitet aus dem Rückzug heraus den nächsten Angriff vor – wenn Ihr wollt, nutzt die Bresche, die ich zu sprengen versuche. Und erscheint sie Euch nutzlos – warum, so fragt Tschuangtse, warum soll es ein Grund zum Kummer sein,daß etwas keinen Nutzen bringt? "

Zitat aus dem letzten Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt:

„Ich wünsche niemandem etwas Böses, ich weiß gar nicht, wie man das macht, durfte Janusz Korezak im Warschauer Ghetto in sein Tagebuch eintragen. Wenn ich bitte, mir auf meinen Sarg Ihr Buch "Als Christ in der politischen Entscheidung" aufzunageln, wenn ich Sie und drei andere Hauptverantwortliche der Atompolitik als Erben meiner persönlichen Habe einsetze, so ist das zwar polemisch gemeint, aber nicht böse. Polemos ist der Streit. Ja, wir streiten,Herr Bundeskanzler. Wir streiten um Worte. Ich falle in diesem Streit.

Sie und ich, auch jeder andere in seiner Weise, wir stehen im Wort.

Ich wünsche jedem Menschen, allen Freunden, allen Gegnern, und so auch mir selber Freude, im Streit, zum Streit, dem Streit zum Trotz, dem Streit enthoben – und nach dem Streit „einen milden Spruch aus des Totenrichters Munde."

Hartmut Gründler

LA HAGUE: DIE FRANZÖSICHE GEWERKSCHAFT CFDT VERÖFFENTLICHT UNTERSUCHUNGSBERICHT ÜBER „SICHERHEIT" UND „LEISTUNGSFÄHRIGKEIT" DER WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

LA HAGUE
November 1977

Am 10. November fand in Dortmund (parallel zur DGB-Kundgebung pro Kernenergie) eine Pressekonferenz mit Vertretern der französischen sozialistischen Gewerkschaft CFDT statt. Die CFDT-Vertreter stellten dabei ihren bisher unveröffentlichten Untersuchungsbericht über die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague vor. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung vorweg:

In La Hague ist man nicht in der Lage, deutsche und andere ausländische Brennelemente wiederaufzubereiten, weil die Kapazitäten schon jetzt nicht ausreichen. Die Arbeitsplätze innerhalb der Wiederaufbereitungsanlage sind in einem weit größeren Maß als bisher angenommen strahlengefährdet.

Konsequenz: Wegen dieser Tatsache ist die **Entsorgung der bundesdeutschen Kernkraftwerke grundsätzlich infrage gestellt**. *Seit 1975 sind bisher ca. 220 Tonnen Kernbrennstoffe*

aus der BRD nach La Hague transportiert worden (aus Gundremmingen 30, Stade71, Obrigheim 19, Biblis 2 Tonnen) und zwar mit Sechzig-Tonnen-LKWs. Der radioaktive Müll ist meist verpackt in fünf Meter langen Behältern mit einem Durchmesser von 1,80 Metern: aus Biblis kommt er in Behältern von 3 m Durchmesser. Die französischen Arbeiter nennen diese Behälter GTR (gros truc rond = großes rundes Ding).

Wir können im folgenden nur Auszüge aus dem Untersuchungsbericht der französischen Gewerkschafter abdrucken, das gesamte Material ist zu beziehen über die Initiative
"Kein Atommüll nach La Hague"
c/o Delphine Brox, Zwickauerstr. 17, 28 Bremen 1.
Es kostet 3,50 DM, die auf das Konto der Gruppe (Ulrike Jenkins, Ktonr. 392-61-501, Postscheckamt Köln) zu überweisen sind.

Einige Vorweg-Informationen

Die gegenwärtige Situation in der Fabrik von La Hague ist das Produkt der Politik, die seit Inbetriebnahme 1967 verfolgt wurde. Schon 1970 stellten sich ernste Probleme: atmosphärische Verseuchungen, mechanische Blockagen, spontane Uranbrände in den Lagerbecken zur Abnahme der Hüllen. Die Arbeitsbedingungen wurden sehr schlimm. Unter dem Druck von Streiks akzeptierte die Unternehmensleitung 1972 eine Generalinspektion. Aber abgesehen von einigen oberflächlichen Änderungen verschlechterte sich die Lage weiter. 1974 und 1975 waren die Schichtarbeiter wieder zum Streik gezwungen. Gestreikt wurde 4 1/2 Monate lang jedes Wochenende. 1976 entstand dann ein lange dauernder Konflikt. Der breiten Öffentlichkeit wurden die Arbeits- und Sicherheitsbedingungen der Wiederaufbereitungsfabriken vor Augen geführt. Der Konflikt führte auch zur Einsetzung eines erweiterten Komitees für Hygiene und Sicherheit, eine Untersuchungskommission, die die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit der Anlage von La Hague gründlich untersuchen sollte, und an der CFDT-Vertreter beteiligt waren.

In La Hague sind von den über 800 Arbeitern 300 in der CFDT organisiert. Die CFDT stellt 5 Betriebsräte, die kommunistische CGT einen.

Wiederaufbereitung deutscher Brennelemente in La Hague: unverantwortlich und technisch unmöglich ...

(...) Die Anlagen von La Hague gehören der Gesellschaft COGEMA, einer Privatgesellschaft, die zu 100% der CEA gehört. Die Schaffung dieser Gesellschaft und die Übertragung der Belegschaft von der CEA an die COGEMA wurde von den Arbeitern bekämpft (Streiks von 1976). Die Geschäftsführung der COGEMA verhandelt mit zahlreichen fremden Ländern (Deutschland, Schweden, Japan) über Verträge zur Aufbereitung bestrahlter Brennstoffe. Um diese Verhandlungen zu erleichtern, betreibt sie eine intensive Werbungsarbeit und versteift sich zu der Behauptung, die Fabrik von La Hague funktioniere im industriellen Maßstab; die Kapazität belaufe sich auf 400 Tonnen (oder je nach Verlautbarung auch 800 Tonnen) jährlich.

Angesichts der Tatsache, daß zur Zeit auf der ganzen Welt nicht e i n e Wiederaufbereitungsanlage funktioniert, und daß die Zusage, solche Arbeiten durchführen zu können, in mehreren Ländern (Schweden, Deutschland) als notwendige Voraussetzung für Betriebsgenehmigungen von Reaktoren verlangt wird, konnte die COGEMA einige Erfolge verbuchen: deren erstes Ergebnis zeigt sich in der Ansammlung bestrahlter Brennstoffe der verschiedensten Herkunft in den Lagerbecken von La Hague. Das scheint die Geschäftsführung der COGEMA und der CEA nicht sehr zu beunruhigen, die in diesen Verträgen vor allem eine Einnahmequelle und eine Rechtfertigung ihrer Politik sehen. So sehr man die Verarbeitung der Brennstoffe aus den französischen Reaktoren auch als notwendige Aufgabe der öffentlichen Versorgung ansehen mag, die Behandlung ausländischer Brennstoffe ist eine rein kommerzielle Angelegenheit. Ihr Zweck muß in jedem Fall einer öffentlichen politischen Diskussion ausgesetzt werden. Dabei stellen sich im wesentlichen zwei Probleme:

Erstens: Die Ansammlung radioaktiver Abfälle, deren Rückführung in das jeweilige Ursprungsland trotz der Versicherung der COGEMA mehr als ungewiß ist. Fest steht jedenfalls, daß weder die flüssigen Abfälle noch die Abfälle schwacher und mittlerer Aktivität zurückgeschickt werden sollen. Außerdem ist die Verglasung der hochaktiven festen Abfälle erst im Prototyp-Stadium.

Zweitens: Die internationale Zirkulation von Plutonium (gleich ob es ins Ursprungsland zurückgeführt wird oder nicht) ist weit von einer befriedigenden Regelung entfernt (Risiko der Kritikalität, Entwendung).
(...)

Es herrscht ein totaler Widerspruch zwischen dem Programm zur Errichtung von Kernkraftwerken in Frankreich und der Wiederaufbereitungskapazität. Das Ausbauprogramm für Kernenergie erscheint schon jetzt als zu groß. Diese kritische Situation wird verschärft durch folgende Umstände:

Die Unterzeichnung von Aufbereitungsverträgen mit dem Ausland

Die Notwendigkeit, die bestrahlten Brennstoffe der französischen Reaktoren in Marcoule und La Hague so schnell wie möglich zu verarbeiten, da sie sich in den Lagerbecken ansammeln

Die Unsicherheiten über das industrielle Funktionieren neuer Wiederaufbereitungsverfahren, die weit davon entfernt sind, sich bewährt zu haben und deren Kapazität auf jeden Fall weit unterhalb der angegebenen Ziffern liegen wird.

Die gegenwärtige Verzögerung bedeutet, daß man eine langjährige Lagerung in Vorratsbecken zugibt. Wenn man sicher ist, die Brennstoffe verarbeiten zu können, sind Lagerzeiten von fünf bis sechs Jahren vielleicht akzeptabel, wenn auch die verseuchten Lagerbecken und sich häufende Unfälle nicht übersehen werden sollten. Aber gegenwärtig ist die Situation so, daß man die Wiederaufbereitung im industriellen Maßstab technisch nicht sicher beherrscht. (...)

Arbeitsbedingungen in La Hague

(...) Im allgemeinen sind die Arbeitsplätze folgendermaßen charakterisiert:

Häufiges Vorkommen klassischer Belästigungen (Temperatur, Lärm, Helligkeit);

eine Anhebung des Radioaktivitätsniveaus, damit eine Verschärfung der Risiken und eine Zunahme von Zwängen (Tragen des Spezialanzugs);

die Vermehrung technischer Schwierigkeiten, die oft eine Verminderung des Sicherheitsniveaus mit sich bringen;

der ungenügende Personalbestand, der zu einer Überbelastung bei der Arbeit besonders in den Fällen führt, wo mühsame Aufgaben durch einen einzigen Arbeiter wahrgenommen werden.

Es folgen die besonderen Eigenschaften für jeden Typ von Arbeitsplatz:

Der Planer berücksichtigt nicht genügend die Tatsache, daß die Ausführenden (Arbeiter) permanent in der Anlage leben. Zum Beispiel wurden in der neuen Anlage für Oxyde die Fenster sowie die sanitären Anlagen vergessen ...

Das Personal zur Instandhaltung ist mit Arbeit überlastet und weit verstreut; weiter werden ihre Beobachtungen und Erfahrungen nicht genügend berücksichtigt, eine Auswertung vergangener Fehler geschieht nicht. Die Folge sind vermehrte Wiederholungen von Operationen (insbesondere Dekontaminierung = Abwaschen), die von den Arbeitern nur als unnütze Arbeit angesehen werden können. Schließlich müßten die Arbeiten zur Instandhaltung, die ausgesprochen mühsam sind, in der normalen Arbeitszeit abgewickelt werden und nicht in Überstunden.

Das viel zu gering besetzte Strahlenschutzpersonal ist ebenfalls weit verstreut, ständig werden sie von nicht dringlich erscheinenden Arbeiten weggeholt. Sie haben kaum die Möglichkeit, zusammenzukommen oder sich weiterzubilden.

Im Bereich der allgemeinen Arbeitsbedingungen findet man dieselbe Kritik wie bei den anderen Gruppen: das Fehlen einer Zusammenarbeit bei der Planung der Gebäude und Installationen, die ungenügende Belüftung, die Kontamination der Lagerbecken (sekundäre Radioaktivität durch Bestrahlung), die Risiken der Kontamination der Atemwege oder der Haut. (...)

„Sicherheit" und „Leistungsfähigkeit" der Wiederaufbereitungsanlage

Ein Beispiel dafür, wie der Zwang, die Produktion nicht zu unterbrechen, Arbeiter in La Hague in lebensgefährliche Situationen bringt, zeigt der Vorfall vom 15./16. Juni 1977:

„Während an den Lagerbecken von La Hague aus Gründen der Kontamination des Wassers die Arbeit heimlich fortlaufen sollte, bemerkte man einen anormalen Anstieg der Kontamination (die 15-fache zulässige Konzentration im Gas und den radioaktiven Aerosolen = Staub u.ä.). Durch die Meßapparaturen wurde Alarm gegeben. Dieser Alarm bedeutet, daß das Gebäude sofort verlassen werden muß. Der Verantwortliche für den Betriebsablauf gab sich damit zufrieden, **die Alarmsignale zu löschen, wobei er den Arbeitern auftrug, ihre Arbeit fortzusetzen.**

(...) Die tägliche Beobachtung einer Einrichtung gibt sehr genaue Hinweise auf die Leistungsfähigkeit des Werkes und über die Arbeitsbedingungen. Im Verlauf von vier Wochen (zwischen dem 23. Januar und 20. Februar 1977) wurden in einer einzigen Abteilung (Ende der Plutoniumkette) folgende Vorfälle registriert: 42 Reparaturen mit ganzen Reparaturtagen; 9 vollständige Stillegungen der ganzen Einheit (insgesamt 11 Tage); 5 Evakuierungen, davon 3 allein am 25. Januar; 7 Tage ununterbrochene Dekontamination (Entseuchung), gleichzeitig 10 Reparaturen. In den vier Wochen gab es nur einen einzigen Tag ohne Reparaturen: den 17. Februar 1977.
Das erübrigt wirklich jeden Kommentar.

Forderungen der CFDT

„Die Situation der Fabrik von La Hague ist heute immer noch - und ohne Zweifel mehr als vor einem Jahr - gekennzeichnet durch eine alarmierende Entwicklung der Sicherheit für die Arbeiter und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wir können heute, nachdem wir die Einrichtungen gesehen und die Meinung der Arbeiter der Fabrik gehört haben - Arbeiter, Techniker und Ingenieure - nur wiederholen, was wir schon früher gesagt haben:

Die Fabrik muß, bevor eine neue Arbeitskampagne startet, vollständig überholt werden, wie hoch auch die Unkosten sein mögen für Material, Arbeitskraft oder Produktionsverzögerung. Die Wiederaufarbeitung kann nur gesehen werden als öffentliche Aufgabe. Solange sich die Sicherheitsprobleme stellen, hat jede Sorge um die Rentabilität hintenan zu stehen.
Für diese Wiederherstellung kann man sich nicht mit den Versicherungen der Verantwortlichen zufriedengeben, die erklären, alles liefe bestens, während man haltlos dekontaminiert, während man die Risse verkleistert und die Einrichtungen dauernd repariert werden müssen.

Um bessere Arbeitsbeziehungen und eine höhere Sicherheit zu erreichen, ist es notwendig, daß alle, die in der Fabrik arbeiten oder Reparaturen durchführen, offen ihre Meinung sagen können. Viele wissen darüber mehr als die Abteilungsleiter. Man hat sich in La Hague leider daran gewöhnt, hierarchische Verantwortlichkeit und technische Kompetenz zu verwechseln. Bei der Erstellung der Arbeitsberichte der Gruppen dagegen blieb nichts anderes übrig, als die Informationen da zu beschaffen, wo sie sind: bei denen, die die Reparaturen ausführen, besser gesagt, die die Fabrik am Laufen halten. Das richtet sich nicht gegen die, deren Aufgabe es ist, allgemeine Vorschriften in konkrete Anweisungen für jede Einheit umzusetzen.

Die Arbeiter müssen korrekt für die Arbeit im nuklearen Bereich ausgebildet sein. Sie müssen die Möglichkeit haben, die Sicherheitsvorschriften zu befolgen. Es ist zu einfach, Fehler auf die Ausführenden abzuwälzen, wo es in Wirklichkeit um eine schlechte Gesamtkonzeption geht, wo tatsächlich außergewöhnliche Arbeiten zur tagtäglichen Gewohnheit geraten. Weiter ist es unnormal und gefährlich, neben den Angestellten im Öffentlichen Dienst, die sich im allgemeinen Kompetenz und feste Reaktionsweisen aneignen konnten, mehr als tausend Arbeiter aus auswärtigen Unternehmen anzustellen.. Diese sind gewöhnlich schlecht ausgebildet und die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt hält sie davon ab, unnötige Risiken zurückzuweisen.

Die Schutzeinrichtungen sind zu verstärken, alle müssen ihre Bedeutung erkennen und zugestehen, auch die Verantwortlichen für die Produktion. Es ist schon vorgekommen, daß man die Abfahrt der verantwortlichen Sicherheitskommission abgewartet hat. Als sie weg waren, wurde die Fabrik wieder in Betrieb genommen. So umgeht man ein mögliches Verbot.
Solche Verhaltensweisen müßten streng bestraft werden, ganz gleich, wie hoch gestellte Interessen dahinterstecken. Es ist schon merkwürdig zu sehen, wie die Verantwortlichen sich schockiert zeigen von den Angriffen, denen bestimmte Aktivitäten der Fabrik ausgesetzt sind - jeder kennt doch die Hintergründe - während sie gleichzeitig zehnmal gefährlichere Operationen zulassen oder veranlassen. Dafür ist dann alles recht: heuchlerisches Verschweigen, Mißachtung der allgemeinen Vorschriften,ja Lügen.

Unter diesem Preis kann die Wiederaufbereitungsanlage, die für die Sicherheit des Brennstoffkreislaufs eine unaufgebbare Aktivität bleibt, von den Arbeitern und der Bevölkerung nicht mehr hingenommen werden.

Es genügt nicht, verächtlich auf die Gegner der Atomindustrie herabzusehen. Noch steht der Beweis aus, daß ihre Bedenken unbegründet sind. Nach dem, was wir gesehen haben, ist er noch nicht geliefert, weit davon entfernt. Die Arbeiter, die in erster Linie an dieser Demonstration interessiert sind, können sich mit nichtgehaltenen Versprechen und ausweichenden Schlußfolgerungen nicht zufriedengeben."

Die Initiative „KEIN ATOMMÜLL NACH LA HAGUE" schreibt uns dazu: „Es wäre schön, wenn ihr Gewerkschafter dazu bewegen könntet, die Forderungen der CFDT zu unterstützen. Die Adresse:

SNPEA (Syndicat national du personnel de l'energie atomique) , CFDT, B.P. n. 2, F - 29 11 90 Gif-sur-Yvette."

KINDERSPIELPLATZ UMWELTGEFÄHRDEND?

FRANKFURT
22. November

Wie ihr wohl schon alle wißt, ist Gorleben der geplante Standort der WAA (Wiederaufbereitungsanlage), die die Regierung unbedingt braucht, um ihr Atomenergieprogramm auf Dauer durchziehen zu können.

Jetzt hat Oberkreisdirektor Paasche aus Lüchow der BI Umweltschutz aus Lüchow-Dannenberg angedroht, den Kinderspielplatz auf einem Stück abgebrannten Waldgelände an der B 493 zwischen Trebel und Gartow kostenpflichtig (das wären ca. DM 2.000,--) abzureißen, wenn sie's bis zum 30.11.77 nicht selber gemacht hat. Die weitere Nutzung der "baulichen Anlagen" wird untersagt. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gibt's ein Zwangsgeld von DM 150.--. Jedes Zuwiderhandeln gegen eine "vollziehbare schriftliche Anordnung der Bauaufsichtsbehörde" ist "ordnungswidrig" und kann "mit einer Geldbuße bis zu DM 50.000,-- geahndet werden".

Zur Vorgeschichte

Bei den "baulichen Anlagen" handelt es sich hauptsächlich um den Kinderspielplatz auf dem Gelände der geplanten WAA sowie um ein kleines Freundschaftshaus, ein Klohäuschen und mehrere große Stellwände. All dies wurde von Atomkraftgegnern während 3 großer Aktionen gegen die geplante WAA zu Ostern, Pfingsten und im Sommer dieses Jahres geschaffen, um den Willen zum Leben — vor allem auch durch den Beginn der Wiederaufforstung des abgebrannten Waldes zu demonstrieren.

Dies soll nun nach OKD Paasche alles zerstört werden! Die "baulichen Anlagen" sind "illegal" errichtet worden, d.h. es ist keine Baugenehmigung beantragt worden. Nachträglich genehmigt können sie nicht werden, weil dadurch "öffentliche Belange" beeinträchtigt werden, die da u.a. sind:

- "das Landschaftsbild wird verunstaltet"
- "die natürliche Eigenart der Landschaft oder ihre Aufgabe als Erholungsbiet (wird) beeinträchtigt"
- "die Entstehung einer Splittersiedlung" (!) wird befürchtet.

Pflichtbewußt und ganz Verfechter des "öffentlichen Interesses" begründet Paasche: "Wenn der Landkreis es unterließe ... die Beseitigung der illegal errichteten baulichen Anlagen anzuordnen, begünstigte er denjenigen, der sich über die Rechtsordnung hinwegsetzt, gegenüber dem rechtstreuen Bürger."(!)

Als Protest gegen diese Maßnahme hat die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ein Kinderfest auf dem Gelände geplant. Außerdem werden weiter Bäume gepflanzt sowie ein Fackelzug durchgeführt!

GORLEBEN SOLL LEBEN – WIR AUCH!

Kontaktdresse:
Freundschaftskreis Rhein-Main der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, c/o BDP, Hamburger Allee 49, 6 Ffm., Tel.: 77 70 10

HINWEIS AUF GROHNDE-PROZESS: LUFTBALLONS IM HAUPTBAHNHOF

HANNOVER
5. November

Wer am Samstag, dem 5. November, nachmittags durch die Innenstadt Hannovers wandelte, konnte kaum umhin, sich mit der Problematik der von der Justiz verfolgten AKW-Gegnern konfrontieren zu lassen.

Unter der Decke der Bahnhofs-Vorhalle hingen etwa 8o bunte Luftballons — wharscheinlich gas-getrieben — in allen möglichen bunten, fröhlichen Farben — die farbliche Eintönigkeit des Hauptbahnhofs war für kurze Zeit durchbrochen. Unter diesem Haufen von Luftballons hing ein etwa 3 X 3 Meter großer Zettel, auf dem zu lesen war: "Prozeß gegen Grohnde ... 22.11.". Es ist zu vermuten, daß der Text noch weiter ging, z.B. " ... AKW-Gegener" oder ähnlich.

In der Innenstadt waren viele kleine Zettelchen (Postkartengröße etwa) in verschiedenen Farben auf dem Boden zu finden. Nach Lage der Dinge hatte es den Anschein, daß diese Zettel von hohen Stellen geflogen worden waren. Zufällig hob ich einen auf und entdeckte, daß auch diese mit dem ersten Prozeß am 22.11. gegen aktive AKW-Gegner in Hameln zu tun hatten. Ich freute mich, war dies doch der praktische Beweis dafür, daß es für die Unterstützung von AKW-Gegenern noch andere Ideen gibt als die üblichen Groß-Demonstrationen, Flugblätter (in diesem Fall sind sie ja wohl mal tatsächlich dem Inhalt ihres Wortes zugeführt worden), und Kundgebungen, auf denen sich wohl auch nur noch die jeweilige "Scene" zuhört.

Leider mußte ich hören, daß bei der Aktion im Bahnhof einige Leute festgehalten wurden, ohne daß sie von den anderen Beteiligten unterstützt wurden. Passanten beteiligten sich dabei zum Teil als "Jäger". Diese Leute haben Bahnhofs-Verbot bekommen, sie werden wohl die Kosten für die Entfernung des Transparentes tragen müssen (leider war das abends schon wieder ab), vielleicht bekommen sie noch eine Anzeige (wegen groben Unfugs o.ä.). Wir müssen uns für künftige Aktionen überlegen, uns gegenseitig zu schützen.

In diesem Fall bleibt uns wohl leider nur die finanzielle Unterstützung, die aber zumindest gesichert sein sollte!!!

Wir sollten uns aber nicht durch derartige Unterdrückungs-Maßnahmen abschrecken lassen, künftig weiter solche netten Aktiönchen zu machen, uns aber dabei möglichst wirkungsvoll schützen!!!

Phantasie an die Macht — gegen die Macht
und auf die Straße!

ERSTER GROHNDE-PROZESS VERTAGT

HAMELN
22.November

Über die Vorbereitungen und den Verlauf des ersten „Verhandlungs"-Tags zum ersten Prozeß im Zusammenhang mit der großen Demonstration gegen den Bau des AKWs Grohnde am 19.März 1977 informiert der folgende Bericht aus Hameln, der uns telefonisch zuging. Angeklagt ist Linda aus Bremen wegen einfachem Landfriedensbruch (die anderen ursprünglichen Anklagepunkte wie Widerstand gegen die Staatsgewalt und Angriff auf Polizisten sind wegen Mangels an Beweisen schon zurückgenommen worden). Verhandelt werden soll in Hameln vor dem Jugendschöffengericht. (Zu diesem Prozeß auch ID 203 und 204)

Samstag, 19.November: Aktionstag zur Prozeßvorbereitung: „Auf einer Kundgebung sprachen verschiedene Leute: Heinz Brandt, Vertreter der Hamelner Wählergemeinschaft und der Ermittlungsausschüsse sowie Linda, die Angeklagte. Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, am kommenden Dienstag zum Prozeß gegen Linda aus Bremen zu gehen. Anschliessend sollte eine große Diskussion in der Weserberghalle in Hameln stattfinden, wo ungefähr 600 Leute hinwollten. Die Halle ist den AKW-Gegnern jedoch mit der Begründung verweigert worden, sie müsse zu irgendeinem Anlaß noch dekoriert werden (!). Da die Kundgebungsteilnehmer schon 2 und mehr Stunden in der Kälte bei diesem Sauwetter gestanden und auch gewartet hatten, löste sich die Versammlung bröckelnd auf. Es blieben noch etwa 50 Leute zurück, die in einer Kneipe weiter über die Möglichkeiten diskutierten, für den Prozeß zu mobilisieren und Öffentlichkeit herzustellen.

Die geplanten Aktionen in den umliegenden Dörfern, die auf den Prozeß gegen Linda hinweisen sollten, liefen nur teilweise und bestanden im wesentlichen aus Flugblätter-Verteilen.

Die Auswärtigen sind teilweise einfach an den Dörfern vorbeigefahren, wohl auch, weil die Bedingungen (Saukälte und Sauwetter) nicht gerade günstig waren.

Dienstag, 22.November: Geplatzter erster Verhandlungstag:

Es war vereinbart worden, daß möglichst viele Leute mit Linda zu ihrem Prozeß gehen und auch mit ihr zusammen bleiben sollten. Treffpunkt: Fußgängerzone in Hameln. Der Prozeß sollte um 11 Uhr 30 beginnen.
Linda kam erst mit Verspätung (gegen 12 Uhr); sie war aufgehalten worden durch eine Polizeikontrolle in Minden. Als sie eintraf, sind dann alle versammelten Leute (etwa 350 - 400) gemeinsam von der Fußgängerzone zum Gerichtsgebäude gezogen.
Polizei war nicht da, patroullierte aber mit Maschinenpistolen und eine Hundertschaft war wohl in Bereitschaft. Die AKW-Gegner warteten und sangen Anti-AKW-Lieder. Nach einer halben Stunde wurde aus dem Gerichtsgebäude per Megaphon durchgegeben, daß die Angeklagte, die Anwälte und die Zeugen das Gebäude betreten sollten. Da jedoch die versammelten AKW-Gegner davon ausgingen, daß Linda stellvertretend für alle angeklagt werden sollte, wurde diese Aufforderung dann so beantwortet, daß entweder alle oder keine ins Gerichtgebäude käme. Die Antwort war, daß zuerst die Angeklagte, Zeugen und Anwälte hineingehen sollten, dann könnten ja die anderen Interessierten nachkommen.
Dazu ist es wichtig zu wissen, daß der Verhandlungssaal nur etwa 20 Plätze hat. Deshalb wurde auch der Aufforderung nicht Folge geleistet, niemand ist hineingegangen. Nachdem die etwa 400 Leute etwa eine Stunde vor dem Gerichtsgebäude gestanden hatten, wurde — wieder per Megaphon — der Beschluß verkündet, der Prozeß sei vertagt worden, was die Versammlung mit Jubel aufnahm.
Das war im Prinzip das, was die AKW-Gegner erreichen wollten: Zeit gewinnen, um die Prozesse besser vorbereiten zu können und um eine Einstellung zu erreichen.

Nach Informationen aus dem Gerichtsgebäude wollte der Polizeieinsatzleiter die Angeklagte Linda ursprünglich von Polizeikräften aus der Menge herausgreifen lassen, damit alles seinen ordentlichen (Prozeß)-Verlauf nehmen könnte. Dieses Ansinnen wurde jedoch von dem zuständigen Richter Ellerbrock abgelehnt.

Nach der Verkündung des Vertagungs-Beschlusses zogen die Versammelten wieder in die Innenstadt. Reaktionen der Hamelner Bürger zeigen, wie das Umfallen von FDP,SPD und DGB sich schon auf die Einstellung der Bevölkerung der Atomenergie und den AKW-Gegnern gegenüber auszuwirken.
Trotz teilweiser Resignation und offener Ablehnung blieben beim Umzug durch die Hamelner Innenstadt der friedlich, ohne 'Zwischenfälle' verlief (Leute ohne 'Ausrüstung' wie Helme etc.) doch relativ viele Leute stehen, hörten sich die Lieder an und nahmen Flugblätter entgegen."

KLAGE GEGEN DIE RÄUMUNG DES ANTI–ATOM-DORFES GROHNDE ÖFFENTLICH ZUGESTELLT

EMMERTHAL/GROHNDE 11. November

Die 203 Geräumten des Anti-Atom-Dorfes Grohnde hatten die Möglichkeit, im Nachhinein "Widerspruch gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Räumung" des Platzes einzulegen. 37 der ehemaligen Bewohner des Dorfes wollten Sammelklage einreichen. Als die Kläger jedoch vereinzelt werden sollten, beschlossen sie, eine Person für alle klagen zu lassen. Die Klage wurde inzwischen eingeleitet.

Da die Klageschrift den Beklagten — Gemeindedirektor Delker, Emmerthal — noch nicht erreicht hatte, beschlossen einige der Kläger, den Verwaltungsweg zu verkürzen und die Klage selbst zu überreichen. Dies geschah am 11. November, also am 11.11. Für 16 Uhr war die Überreichung der Klageschrift angesetzt. Anschließend sollte am Platz des ehemaligen Anti-Atom-Dorfes eine Pressekonferenz stattfinden.

So trafen sich etwa 30 der Kläger vor dem Sitz des Beklagten, dem Gemeindehaus in Emmerthal-Kirchohsen. Außer den Klägern waren noch einige Bewohner des Ortes sowie die Besatzungen von 4 Mannschaftswagen dabei, die wohl auf irgendwelche "terrorristische" Aktionen warteten. Der Einsatzleiter der Beamten mußte erst einmal die „Bewaffnung" — ein Spielzeuggewehr — des " Gemeindedieners der Exilregierung des Anti-Atom-Dorfes " untersuchen. Nachdem diese Überprüfung durch einen Probeschuß abgeschlossen war, durfte der "Gemeindediener" seine Moritat verlesen:

"Leute, Leute, laßt Euch sagen,
was sich einst hat zugetragen:
Bonzen, Banken, Industrie,
woll'n noch mehr Atomenergie.
Darum bauen sie in Grohnde ein AKW;
doch die Leute ringsum sagten: NEE!
Ein zweites Grohnde hat's gegeben;
die Leute dort, die wollten leben!
Dem Albrecht hat das nicht gefallen —
drum schickte er flugs seine Versallen;
die sind über uns hergefallen —
und das sollen wir nun noch bezahlen!
Uns ist das nicht einerlei,
wir spielen selber Polizei;
das haben sie uns oft verboten,
doch wir (sc)hauen ihnen trotzdem auf
die schmutz'gen Pfoten;
deshalb sind wir aber noch keine Chaoten.
Denn wir sind Menschen, so wie Ihr
und wollen gefahrlos leben hier!
Doch eines können wir euch sagen:
mit Gesetzen kriegt Ihr uns nicht so
leicht an den Kragen!
Und wollt ihr uns mit Geldforderungen
(darauf gibt es keinen Reim) —
deshalb zahlen wir nicht
N E I N !"

Anschließend wurde der Gemeindedirektor stellvertretend für zig-Tausende AKW-Gegner von einigen aufgefordert, innerhalb von 10 Minuten vor dem Haus zu erscheinen und die Klageschrift in Empfang zu nehmen — die Minuten verstrichen, der Herr erschien natürlich nicht. Vor der Öffentlichkeit wurde die Klage noch einmal begründet; alle Anwesenden bekamen noch das Lied "Wo die Reaktor'n steh'n, da kannst Du nachts noch die Sterne seh'n" vorgetragen — die Kläger verabschiedeten sich von den beobachtenden Dorfbewohnern und "Freunden und Helfern". Gegen 16 Uhr informierten sich noch mehr als die anwesenden Bürger an einem Informationsstand. Wohl weil die Aktion nicht pünktlich beginnen konnte, waren von diesen nicht mehr so viele da.

Die ganze Aktion hatte etwa eine Viertelstunde gedauert, es gab dabei weder Verletzte noch Verhaftete —
Aber: Wir müssen uns bemühen, pünktlicher zu werden!

Eine Dokumentation über dieses Klageverfahren ist für 2 DM erhältlich bei:
Thea Winter, Stolzestr. 6, 3 Hannover 1

BERUFSVERBOT FÜR KKW-GEGNER

BIELEFELD 21. November *Aus Bielefeld erhielten wir eine dicke Dokumentation zu einem Fall von "Berufsverbot" für einen Dozenten der Rechtswissenschaften. Hier einige Informationen aus dem Flugblatt.*

Einem Bielefelder Amtsrichter und Atomkraft-Gegner droht ein Berufsverbot!

Helmut Ostermeyer ist der Familienrichter am Amtsgericht Bielefeld. Seit einigen Jahren hält er an der juristischen Fakultät der Universität Bielefeld zusätzlich Seminare (durch Lehraufträge finanziert) ab. In diesen Seminaren versucht er als einer der wenigen Juristen, Probleme des Strafrechts und der Kriminalität in Verbindung mit psychologischen und sozialwissenschaftlichen Inhalten zu verbinden.

Im Oktober 1977 hat Herr Ostermeyer einen Artikel mit dem Titel "Zur Rechtslage im Kernkraftwerksbau" im "Paragraphenreiter" (Zeitung der Jurastudenten) und in den "Bielefelder Nachrichten" (Zeitung der Bielefelder Studentenschaft) veröffentlicht. In dem Artikel diskutiert er das Recht auf Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken. Er führt dabei aus, daß die Betreiber von KKW's die Sozialpflichtigkeit des Eigentums mißachten, da KKW's ein Gefährdungspotential für die Bevölkerung darstellen. Damit würden sie das im GG, Artikel 2, verankerte Recht auf Unversehrtheit des Lebens mißachten, woraus Ostermeyer ein Notwehrrecht ableitet.

Nach seinen Veröffentlichungen zweifeln plötzlich Lehrende der Fakultät für Rechtswissenschaft seine "fachliche Kompetenz" an. Am 2.11. beschloß die Fakultätskonferenz Jura (mit Stimmenverhältnis 17:13), Helmut Ostermeyer seinen Lehrauftrag (Obwohl dessen Problematik mit seinem Artikel wenig zu tun hat!) fristlos zu kündigen, obgleich das Semester schon angelaufen ist. Eine offizielle Begründung für diese Entscheidung wurde zunächst nicht gegeben. In den Bielefelder Tageszeitungen erschienen jedoch einige Berichte, in denen Helmut Ostermeyer Billigung von Gewalt vorgeworfen wird.

Laut "Neue Westfälische" vom 10.11.77 hat inzwischen auch der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Dieter Posser gegen Ostermeyer ein Verfahren bezüglich dessen Tätigkeit am Amtsgericht eingeleitet.

In einem Fernschreiben des Dekans an den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen heißt es:

"Grundlage einer Entscheidung sollten vielmehr allein sein der Beitrag im Paragraphenreiter und die Stellungnahme von Herrn Ostermeyer in der Sitzung der Fakultätskonferenz. ...

Die Fakultätskonferenz hat dann in geheimer Abstimmung mehrheitlich entschieden, ihren früheren Beschluß aufzuheben, wonach Herr Ostermeyer im Wintersemester 1977/78 einen Lehrauftrag erhalten und der Dekan verpflichtet werden sollte, beim Rektorat einen Lehrauftrag zu beantragen. Damit ist Herr Ostermeyer ab sofort nicht mehr berechtigt, Lehrveranstaltungen der Fakultät abzuhalten und Grundlagenscheine auszustellen, welche die Studenten benötigen. ...

Ostermeyer selbst bezeichnete in einem Gespräch mit der "Neuen Westfälischen" die fristlose Kündigung eines Lehrbeauftragten aus verwaltungsrechtlichen Gründen als nicht zulässig. Es handele sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der Rechtspositionen schaffe – 'nicht nur für mich als den Beauftragten, sondern auch für die Studenten, die im Vertrauen auf den Lehrauftrag an der Lehrveranstaltung teilnehmen.' "

Eine ausführliche Dokumentation über die Vorfälle an der Jura-Fakultät kann bestellt werden bei:

Fachschaft Jura, Uni Bielefeld
Universitätsstr. 48, Bielefeld 1



IN WELCHEM LAND LEBT EIGENTLICH HERR MAIHOFER?

BONN 22. November Auf die Bundestagsanfragen der CDU/CSU in Sachen Russell-Tribunal (s. ID-Nr. 198) hat am 18. November Innenminister Maihofer geantwortet. Wir bringen daraus Auszüge:

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung:

In der Bundesrepublik Deutschland gilt die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte. Sie verpflichtet alle staatliche Gewalt auf die Achtung und den Schutz der Menschenwürde, gewährleistet jedem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und verbürgt ihm die ins Grundgesetz aufgenommenen Menschenrecht. Diese Verfassung bestimmt die rechtsstaatliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in der jedem Bürger ein Höchstmaß auch an gerichtlichem Schutz gewährt wird.

Die Bundesregierung sieht zwar keinen Anlaß, die mit dem Tribunal offenkundig angestrebte Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland überzubewerten, sie hält jedoch die Veranstaltung eines solchen Scheinverfahrens gegen unser Land, ausgerechnet durch Kräfte, die seine Grundordnung ablehnen, für eine Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates und des politischen Willens der ganz überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung, wie er in Wahlen immer wieder zum Ausdruck kommt.

Das gestörte Verhältnis der das Tribunal tragenden Personen zur politischen Wirklichkeit zeigt sich schon in dem eklatanten Widerspruch, daß hier einerseits die angebliche politische Unterdrückung und Unfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert, andererseits aber die in unserem Land bestehende Freiheit selbst für extremistische Aktivitäten genutzt wird, ein solches Tribunal hier durchzuführen.

(...)

Die zur Begründung angeblicher Menschenrechtsverletzungen und der vorgeschlagenen Themen zirkulierenden Unterlagen sind zum Teil mit Kampfschriften und Parolen aus dem Bereich von Unterstützern des Terrorismus identisch (z.Bsp. die von zwölf Russell-Initiativ-Gruppen herausgegebene Schrift "Klassenkrieg in der BRD - Interview aus Stammheim")

Wie sich überhaupt zeigt, daß terroristische Gewalttäter und sie unterstützende Gruppen das Tribunal nutzen, um ihre kriminellen Ziele zu fördern. Auch andere das Tribunal unterstützende Gruppen, die sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in unserem Land dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewalttaten Vorschub leistet.

(...)

Die Bundesregierung hat wiederholt auf die verfassungsfeindliche Zielsetzung der das Tribunal initiierenden Gruppen der "Neuen Linken", auf ihre Agitation mit den immer wiederkehrenden, nunmehr auch zur Behandlung durch das Tribunal vorgesehenen Themen sowie auf die Strategie der Aktionseinheit und die damit für die Demokratie grundsätzlich verbundenen Gefährdungen u.a. in den jährlich vorgelegenen Verfassungsschutzberichten hingewiesen. Sie hat darüber hinaus in dem vom Bundesminister des Innern herausgegebenen Informationsdienst Innere Sicherheit die Öffentlichkeit bereits am 8. August 1977 mit einem ersten Bericht über die Planungen für ein drittes Russell-Tribunal sowie seine Hintergründe informiert.

Die Bundesregierung nimmt auch die ihr durch diese Anfrage gegebene Gelegenheit wahr, öffentlich darauf hinzuweisen,

welche Ziele die das Tribunal vorbereitenden linksextremistischen Gruppen verfolgen.

Ihr weiteres Vorgehen im einzelnen macht die Bundesregierung von der künftigen Entwicklung abhängig.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß nicht zuletzt dank ihrer Aufklärungsarbeit das Tribunal von der Bevölkerung als ein von mangelnder Tatsachenkenntnis oder von bewußter Falschdarstellung getragener Versuch durchschaut wird, die Bundesrepublik Deutschland herabzusetzen."

DIE ENTRECHTUNG WIRD VERRECHTLICHT
GESPRÄCH ÜBER DAS RUSSELL-TRIBUNAL

FRANKFURT
23. November

In der Woche nach Ostern 1978 tagt in der Bundesrepublik das Russell-Tribunal. Eines der Mitglieder des Sekretariats, das das dritte Russell-Tribunal vorbereitet, ist Sebastian Cobler. Wir haben mit ihm gesprochen

— über die Kampagne von Regierung und Opposition gegen das Tribunal:

Cobler: „Es ist auffällig, daß die SPD/FDP in der Öffentlichkeit und die CDU/CSU über eine Anfrage im Bundestag dieses Tribunal als 'Diffamierungs- und Verleumdungsunternehmen' attackiert haben, bevor es überhaupt eröffnet war, bevor überhaupt die Jury und die zu untersuchenden Fragebereiche feststanden. Jetzt, nachdem beides in der Öffentlichkeit bekannt ist, hat die Bundesregierung über Innenminister Maihofer die bekannte Erklärung über das Russell-Tribunal abgegeben.

Wir schätzen das so ein, daß die Attacken von Willy Brandt — und wir glauben, es ist kein Zufall, daß man gerade auf Willy Brandt zurückgegriffen hat, solche Erklärungen abzugeben, weil er im Ausland einen Namen hat —, daß also diese Attacken Brandts in erster Linie darauf gerichtet waren, die für die Jury von der Stiftung angesprochenen Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland davon abzuhalten, dieses Tribunal durch ihre Teilnahme zu unterstützen. Brandt arbeitete insbesondere mit der Unterstellung, die Stiftung und die Unterstützer und die Sympathisanten des Tribunals beabsichtigten, die Bundesrepublik Deutschland auf eine Stufe oder in eine Reihe zu stellen mit Chile und mit Vietnam zur Zeit des amerikanischen Völkermordens dort, deren gesellschaftliche Verhältnisse ja Gegenstand der beiden vorausgegangenen Tribunale war.

Als man jetzt gemerkt hat nach der Erklärung der Jury, daß die Unterstützung des Tribunals ganz und gar nicht abbröckelt, daß Sozialdemokraten ihre Unterschrift entgegen dem Parteibeschluß nicht zurückgezogen haben, daß die Jungsozialisten weiterhin das Tribunal unterstützen, was wir für sehr couragiert und für sehr wichtig halten, daß die Jungdemokraten ihre Unterschrift, verbunden mit der Erklärung, daß sie dies unter dem Druck ihrer Partei machen (siehe ID 201), zurückgezogen haben; nachdem das alles klar ist, versucht jetzt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der CDU/CSU zum Russell-Tribunal (siehe ID 198) die leidige Terrorismuskiste zu mobilisieren: das Russell-Tribunal hätte letztlich kriminelle Ziele, so Maihofer für die Bundesregierung. Es würde 'terroristischen Gewalttätern', heißt es in der Erklärung, 'Vorschub leisten'. Wir haben dazu im Auftrag der Jury erklärt, daß es sich hierbei erstens um eine Verleumdung und zweitens — wie ich ergänzen will — auch um eine groteske Verkehrung von Tatsachen handelt, denn zum einen hat die Jury in ihrem Aufruf deutlich gemacht, daß es ihr auch darum geht, den Zusammenhang zwischen der zu untersuchenden staatlichen Repression und den aktuellen Ereignissen zu untersuchen, zu prüfen, ob es da vielleicht eine innere Beziehung, eine Dialektik, gibt, daß durch eine solche Untersuchung der Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik möglicherweise eine weitere Eskalation der Ereignisse aufgehalten werden kann. Zum anderen meine ich, daß diese Bundesregierung allen Grund hat, sich mit derartigen Behauptungen, das Tribunal 'leiste terroristischen Gewalttätern Vorschub', zurückzuhalten, denn die Russell-Stiftung jedenfalls hat im Gegensatz zur Bundesregierung und zu den Parteien der Opposition keine Kontakte zu terroristischen Gewalttätern wie den Herrschenden im Iran, in Südafrika, in Chile. Ich vermute, daß hier Projektionen Werner Maihofers und der Bundesregierung zu diesem Angriff auf das Russell-Tribunal geführt haben.

— über die Bereiche, die untersucht werden sollen:

„Die Jury hat auf ihrer Sitzung in Darmstadt (siehe ID 202) beschlossen, daß insbesondere drei Fragenkomplexe Gegenstand der Untersuchung sein sollen. Dies ist einmal die Frage, ob in der Bundesrepublik Bürger aufgrund ihrer politischen Anschauung daran gehindert werden, ihren Beruf auszuüben, dann, ob auf der Grundlage von rechtlichen Maßnahmen — etwa Straf-/Zivilrecht und über außerrechtliche Maßnahmen — Zensur geübt wird. Mit außerrechtlichen Maßnahmen ist zum Beispiel die Sympathisanten- und Distanzierungskampagne gemeint, wo also Rechtsfolgen an rechtlich nicht normierte Begriffe geknüpft werden. Und der dritte Bereich behandelt die Frage, ob im Zusammenhang mit Strafprozessen Grund- und Menschenrechte unterlaufen oder gar eleminiert werden.

Wir werden vom Sekretariat aus das uns eingereichte Material im Hinblick auf diese drei Fragestellungen und Fragebereiche strukturieren, weil das Tribunal sonst zeitlich und inhaltlich nicht durchführbar wäre.

Wir sehen in allen drei Fragebereichen einen diese drei Komplexe zusammenhaltenden und durchziehenden roten

Faden, nämlich das Problem der Verrechtlichung der Entrechtung hier in der Bundesrepublik, daß also die politische Repression justizförmig praktiziert wird, was ja gerade einen Unterschied darstellt zu den anderen Staaten, die Gegenstand der Untersuchung vorausgegangener Russell-Tribunale waren. Zweitens kann man hier feststellen eine Vorverlagerung der politischen Verfolgung bereits in den Bereich von Äußerung, Ansichten, Absichten, Gesinnung und drittens, daß zunehmend eine Verpflichtung politischer Äußerungen und Handlungen auf die bestehende Staatsform gefordert wird, also Bekenntnisse erwartet werden und eine bestimmte Sprachregelung, was feststellbar ist, sowohl bei den Berufsverboten als auch im Zensurbereich, bei der Anwaltsverfolgung etc. Uns geht es jetzt darum, in den drei Fragenbereichen Menschenrechtsverstöße und deren politischen Hintergrund aufzuzeigen, die durch diese Besonderheit, auf die ich gerade hinwies, gekennzeichnet sind, dazu das Ausmaß, den Anlaß und die Techniken solcher Maßnahmen.

Was den ersten Bereich betrifft, die Verhinderung der Berufsausübung, da geht es sowohl um Berufsverbote im öffentlichen Dienst als auch in sogenannten nichtöffentlichen Bereichen, also in freien Berufen und auch um Berufsverbote, die im Zusammenhang stehen mit vorausgegangenen Gewerkschaftsausschlüssen. Um allen Spekulationen entgegenzuwirken: die Gewerkschaftsausschluß-Problematik wird von uns — so ist das auch in der Jury-Sitzung in Darmstadt vertreten worden — ausschließlich in diesem Rahmen untersucht. Die Problematik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse darüber hinaus, also als eigenständigen Bereich, zu untersuchen, halten wir vor dem Hintergrund der zentralen Fragestellung dieses Tribunals: „Menschenrechtsverletzung" für unangemessen.

Im Bereich der Zensur sollen, wie ich bereits sagte, sowohl Maßnahmen strafrechtlicher Natur als auch deren Anlässe untersucht werden. Um ein Beispiel zu nennen: es sollen nicht nur Verfahren untersucht werden, die Leuten gemacht worden sind unter Berufung auf diesen § 90 a des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole), weil sie Todesschüsse von Polizeibeamten als Mord bezeichnet haben (Beispiel: Ohnesorg, Georg von Rauch und andere); es soll damit gleichzeitig der Anlaß solcher Zensurmaßnahmen gezeigt werden, also welche Äußerungen strafrechtlich verfolgt werden und warum.

Der Unterschied der Bundesrepublik zu anderen Staaten liegt, um bei dem Beispiel zu bleiben, doch nicht darin, daß hier von der Polizei Menschen erschossen werden, das gibt es auch in anderen Staaten; der Unterschied besteht auch nicht darin, daß die Polizeischützen in der Regel straflos ausgehen. Der Unterschied besteht soweit ich sehe darin, daß anschliessend auch noch die öffentliche Kritik an dieser Polizei- und Justizpraxis verfolgt und damit unterdrückt wird.

Was schließlich den Prozeßbereich betrifft, die Einschränkung bzw. die Eliminierung von Menschen- und Grundrechten im Zusammenhang mit Strafprozessen, so wird es darum gehen, sowohl die straf- und ehrengerichtliche Verfolgung von Rechtsanwälten aufgrund ihrer Verteidigung in politischen Strafprozessen zu untersuchen, also insbesondere die Behandlung der politischen Verteidigung als ein ungeschriebenes aber verfolgtes Delikt. Dann die Einschränkung der Verteidigung selbst als eine Einschränkung der Rechte von Verteidigten, also der Beschuldigten und Angeklagten im Strafprozeß.

Mein Vorschlag ist, dies an dem seit 1975 vollzogenen, im Zusammenhang mit dem Stammheimer Prozeß betriebenen Gesetzesänderungen und in Bezug auf die Haftbedingungen zu untersuchen, damit natürlich auch die Problematik des Kontaktsperrengesetzes, mit dem erstmals ja die — wie der Bundesgerichtshof es nennt — „isolierenden Haftbedingungen", also die Isolationshaft, legalisiert worden und über das bislang bekannte Maß ausgedehnt worden ist. Hier wären sowohl zu untersuchen die juristischen Konsequenzen, das heißt die Vereinbarkeit dieses sogenannten Kontaktsperrengesetzes oder richtiger wohl Isolationshaftgesetzes mit den Garantien aus der Menschenrechtskonvention, der Verfassung und dem einfachen Recht, und es müßten Sachverständige befragt werden zu den medizinischen Folgen dieser Haftform, das heißt zur Vereinbarkeit eben dieser Haftform mit dem Mißhandlungs- und Folterverbot, wie sie in den genannten Vereinbarungen und Gesetzen festgelegt sind.

— über die Vorwürfe bestimmter antifaschistischer Gruppen:

„Falsch ist, daß die Untersuchung der Haftbedingungen unterschlagen werden soll, ich habe das bereits gesagt. Richtig, und das möchte ich betonen, ist allein, daß wir auf keinen Fall zusammen mit diesen Gruppen, die sich "Anti-Fa-Gruppen" nennen oder "Folterkommitees" diesen Bereich organisieren werden. Erstens haben sich diese Gruppen im Sommer dieses Jahres sehr entschieden gegen die Durchführung des Russell—Tribunals mit der grotesken Behauptung ausgesprochen, es handele sich bei dem Russell-Tribunal um eine Unternehmung der counter insurgency (siehe ID 185); im übrigen wurde auch einem Mitglied des Sekretariats unterstellt, Kontakte zur Bundesanwaltschaft und zum Bundeskriminalamt zu haben.

Eine Zusammenarbeit ist von diesen Gruppen also selbst von Anfang an nicht gewünscht worden. Nicht wir haben sie isoliert, wie sie behaupten, sondern sie isolieren sich permanent selbst. Wenn sie sich jetzt an das Tribunal anhängen, so meine ich, ist dies ein glatter Mißbrauch des Namens der Russell-Peace-Foundation, weil natürlich gerade die Haftbedingungen, die anderen Bereiche natürlich auch, aber gerade eben dieser so heftig diskutierte Punkt eine seriöse, und damit meine ich ernsthafte und belegte, Untersuchung voraussetzt; das heißt eben eine Untersuchungsform, die bei diesen Gruppen, wenn man ihre Veröffentlichungen und Erklärungen liest, nicht gegeben ist. Wir haben ein Interesse daran und die Jury hat ein Interesse daran — und eine andere Funktion kann das Tribunal doch gar nicht haben — über die Untersuchung bestimmter Fragestellungen Aufklärungen zu betreiben und nicht Parolen zu klopfen, wie diese Gruppen es tun. Das zeigt sich auch jetzt wieder an ihren Sprüchen zu den Vorgängen in Stammheim: durch Sprüche können die Umstände dieser Todesfälle nicht aufgeklärt werden (vergleiche die Sprüche der Regierung), sondern allenfalls durch eine internationale Untersuchungskommission, für die ich mich auch im Rahmen des Russell-Tribunals einsetze. Die von den "Anti-Fa-Gruppen" einberufene, wie sie es nennen, "Russell-Notkonferenz", ist hierfür kein Beitrag. Sie haben mit dem Tribunal der Russell-Peace-Foundation nichts zu tun.

— über Termin und Ablauf des Tribunals

Cobler: Das Tribunal soll in der Woche nach Ostern 1978 stattfinden, wo, das ist noch nicht ganz klar, auf jeden Fall aber in der Bundesrepublik.

Das Tribunal selbst soll nach unserer Vorstellung so ablaufen, daß zunächst Berichte erstattet werden, die der Jury Hintergrundinformationen geben werden über die Geschichte der Menschenrechte in der Bundesrepublik und damit über die Geschichte dieses Landes selbst, die Geschichte der politischen Institutionen und der Justiz dieses Landes, weil wir meinen, daß die Untersuchung der gegenwärtigen Entwicklung nur angemessen erfolgen kann, wenn man die Tradition und Geschichte der politischen Repression in diesem Lande kennt.

Anschließend daran sollen die drei Bereiche untersucht werden, sollen Berichte und Gutachten hierzu abgegeben werden, Zeugen und Sachverständige zu einzelnen Fällen sprechen und sich befragen lassen. Die Auswahl dieser Fälle muß sehr gründlich getroffen werden, es müssen Fälle sein, die exemplarisch sind, die Schlüsselfälle darstellen. Der Jury selbst werden sämtliche Unterlagen, die bis dahin an das Sekretatiat eingegangen sind, zumindest in Zusammenfassungen vorgelegt, so daß sie einen Gesamtüberblick gewinnt.

— über das internationale Echo

Cobler: Es haben zur Eröffnung des Tribunals Pressekonferenzen in Bonn, Paris und London stattgefunden. Das Interesse in der internationalen Öffentlichkeit ist, soweit wir von den Vertretern der Stiftung im Ausland informiert sind, größer als das in der Bundesrepublik und, was wichtiger ist, auch wesentlich — um diesen Begriff mal zu nehmen — objektiver. Im Ausland läßt sich wohl niemand zu derart törichten Bemerkungen hinreißen, wie sie von Brandt, Maihofer, der Bundesregierung zu hören sind. Im Ausland ist klar, daß niemand beabsichtigt, die Bundesrepublik Deutschland zu „verunglimpfen" — wie soll das eigentlich vor sich gehen?, sondern daß es darum geht zu untersuchen, ob es Verletzungen von Menschenrechten in diesem Staat gibt, und wenn ja, welche Bedeutung diese Entwicklung aufgrund der dominanten Rolle, die die Bundesrepublik in Europa spielt, dann auch für die anderen europäischen Länder haben muß. Mit anderen Worten: die Unterstützung durch die ausländische Öffentlichkeit ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. Aber die ausländische Öffentlichkeit selbst muß auch wissen, daß es in ihrem eigenen Interesse ist, diese Untersuchung durchzuführen, weil die Entwicklung, wie sie sich hier abzeichnet, über kurz oder lang auch auf die anderen europäischen Länder übergreifen wird, sollte sie hier nicht aufgehalten werden können.

— über dies und das

Cobler: Das Tribunal kostet ein Heidengeld, spendet, was der Beutel hält. Informationen, Rundbriefe und dergleichen kann man beim Sekretariat anfordern, das auch Auskunft erteilt. Und jetzt das Konto (für Spenden) und die Adresse des Sekretariats:

Bankkonto: Nr. 02 54 58 53 00, Thomas Dieckmann — Sonderkonto Russelltribunal bei der Berliner Bank

Postscheckkonto: Nr. 41 59 09 — 100, Thomas Dieckmann, beim Postscheckamt Berlin-W.

Sekretariat zur Vorbereitung des
Dritten Internationalen Russell-Tribunals
Ahornstraße 5
D-1000 Berlin 30
Tel.: (030) 211 91 38

Berichtigung
Im letzten ID beginnt ein Absatz aus einem Interview mit Staatsanwalt Hermann auf der Seite 6 mit: "Heldmann hält auf...."
Das ist natürlich ein Mißgeschick gewesen. Es ist Herrmann der die Todeszeitfeststellung neuerdings (vgl. ID 202) für selbstverständlich hält.

ZU STAMMHEIM UND MOGADISCHOU

STAMMHEIM
24. November

Die folgenden Informationen haben wir aus Quellen, die gewöhnlich "aus gut unterrichteten Kreisen" heißen.

In der Nacht vom 17. zum 18.10.1977 hatte im 7. Stock in Stammheim ein noch in Ausbildung stehender Angestellter Dienst. Dieser Angestellte scheint seitdem verschwunden. Dies gilt als Erkenntnis des Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtages. Eppler hat in einer Rede vor dem Landtag der Regierung grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen, weil ein noch in Ausbildung Befindlicher Dienst gemacht hätte. Staatsanwalt Herrmann bestreitet diese Aussage und läßt durchblicken, daß sie einem politischen Kalkül entspringt.
Der Hintergrund: neben der Vollzugsanstalt in Stammheim gibt es eine Vollzugschule, in der zwischen 60 und 80 Anwärter in Ausbildung stehen. Über diese Vollzugdienstschule gelangen über das normale Dienst/Wachpersonal hinaus eine Menge Leute mit Teilfunktionen im Rahmen ihrer Ausbildung in die Vollzugsanstalt. Das verursacht zunächst eine starke Fluktuation und damit verbunden eine Unübersichtlichkeit bzw. Deskontrolle über das Personal.

Der Hinweis auf die Vollzugsdienstschule ist schon deshalb von Bedeutung, weil er zu Klagen paßt, die mehrere Bedienstete der JVA schon Monate vor dem Oktober erhoben haben. Sie beklagten einen "ungreifbaren Einfluß" von außen (was sich nicht notwendig auf die Schule bezogen haben muß!), der noch am deutlichsten in der Abhöraffäre im Frühjahr 77 geworden ist.

Übrigens Abhöraffäre: *es ist bisher noch niemand auf die Idee gekommen zu fragen, ob nicht diejenigen, die Wanzen pflanzen konnten, nicht auch eine bessere Möglichkeit hatten, die "Zufallsfunde" von heute einzubauen, als es den Gefangenen je möglich gewesen wäre.*

Es scheint, daß diese Abhöranlage von Leuten eingebaut wurde, die über die "niemals benutzte" Geheimtür von außerhalb des Gebäudes in den siebten Stock kamen. Man sollte sich daran erinnern, daß, als ein ID-Journalist im Mai 76 nach dem Tod von Ulrike Meinhof versuchte, über diese Tür in den staatstragenden Medien zu berichten, ihm scharf gesagt wurde, er sollte seine Phantasie in Zügel halten.

Todes- und Verletzungszeit

Inzwischen gibt es offizielle Angaben zur Todeszeit von Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Der frühest mögliche Zeitpunkt von Andreas Baaders Tod wird mit 0.15 Uhr überraschend genau fixiert. Um 0.12 Uhr hatte Wischnewski aus Mogadischu durchgegeben: "Die Arbeit ist erledigt". Der früheste Zeitpunkt von Gudrun Ensslins Tod wird mit 1.15 Uhr angegeben.

Von da an reicht der mögliche Todeszeitpunkt allerdings bis 11 Uhr vormittags. Prof. Mallach erklärte, die Todeszeit sei lediglich auf plus - minus 5 Stunden festlegbar. Damit widerspricht er seiner eigenen Aussage vom 26.10.77, in der er sagte, aufgrund der bereits ermittelten Parameter könne er die Todeszeit auf 1, maximal 2 Stunden genau ermitteln. Der zweite Anstaltsarzt, Dr. Majerowicz, hatte letzte Woche die Todeszeit zwischen 6 und 7 Uhr angesiedelt. Für Staatsanwalt Herrmann ist Herr Majerowicz allerdings nur "der Pillenarzt".

Die Verletzungszeit von Jan-Carl Raspe steht noch immer nicht fest. Prof. Tszounos, der J.C. Raspe am Morgen des 18.10. behandelte, verweigert jede Auskunft mit dem Hinweis auf ärztliche Schweigepflicht. Außerdem seien die Untersuchungsergebnisse Geheimnis des Toten (womit er Recht hat) und des-

sen Familie. Die Familie jedoch hat bisher keine andere Auskunft als die, daß alles menschenmögliche getan worden sei. Untersuchungsergebnisse liegen weder ihr noch ihrem Prozeßbevollmächtigtem, Rechtsanwalt Weidenhammer, vor. Staatsanwalt Herrmann will mit Ergebnissen, zumindest gegenüber der Familie und RA Weidenhammer, erst nach Abschluß der Untersuchungen rausrücken. Das hindert ihn jedoch nicht daran, anderen gegenüber Obduktionsergebnisse mitzuteilen (s.unten).

Prof. Mallach erklärte auf die Frage nach Raspes Verletzungszeit, er könne sie nicht feststellen, weil Raspe operiert wurde. Herr Tschonos sagt nichts. Staatsanwalt Herrmann sagt, Raspe wurde nicht operiert. Herr Herrmann scheint mit den Aussagen seiner Ärzte auf Kriegsfuß zu stehen.

Äußerungen von Staatsanwalt Herrmann zum oben angesprochenen Fragekomplex:

Der Vollzugsbeamte, der in der Nacht vom 17. zum 18.10. im Stammheimer 7.Stock Dienst tat, sei nicht Angehöriger der Vollzugsschule. Es spreche auch nichts dagegen, daß dieser Beamte weiterhin Dienst tut. Herrmann befindet sich damit im Widerspruch zu den Ermittlungen des Untersuchungsausschusses. Er schränkt denn auch seine Angaben gleich wieder mit dem Hinweis ein, er habe ein "Todesermittlungsverfahren" zu führen, und da sei es für ihn unwichtig, ob der Beamte Vollzugschüler sei, jetzt noch in Stammheim arbeite oder in einer anderen Vollzugsanstalt.

In Stammheim sei am 22.11.77 eine weitere Pistole in der Wand eingemauert gefunden worden. Für die Ermittlungen dieser "Zufallsfunde" sei allerdings nicht mehr die Staatsanwaltschaft zuständig. Begründung: man müsse davon ausgehen, daß den Gefangenen die Gegenstände wie Pistole und Sprengstoff nicht zum Zwecke der Selbsttötung gegeben wurden, sondern aus anderen Gründen. Damit wäre das aber eine Angelegenheit nach § 129 a, und deshalb die Bundesanwaltschaft zuständig.

Diese von Staatsanwalt Herrmann gegebene Begründung impliziert folgendes: diejenigen, die die Gegenstände in den Knast brachten, stehen zu den Gefangenen in einem Verhältnis, das den Begriff "terroristische Vereinigung" nahelegt, also in Absprache mit den Gefangenen in gleicher Zielsetzung handeln. Das bedeutet aber, daß die Ermittlungen schon nur unter dieser Voraussetzung aufgenommen werden. Im Klartext: daß die Ermittlungen an die Bundesanwaltschaft abgegeben wurden, setzt voraus, daß andere Möglichkeiten, z.B. Mord, bereits ausgeschlossen werden. Es wird überhaupt nicht mehr in anderer Richtung ermittelt.

Wann, wo und wie die neue Pistole entdeckt wurde, interessiert Staatsanwalt Herrmann bereits nicht mehr, weil das mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem Todesermittlungsverfahren nichts zu tun hat. Staatsanwalt Herrmann bestätigt die Meldungen über die Ungenauigkeit der Todeszeit. Erläuternd fügt er hinzu, daß die Feststellung einer Zeitspanne von 10 Stunden lediglich theoretischer Natur sei. Die Toten seien schließlich bereits um 8 Uhr gefunden, und zu diesem Zeitpunkt seien sie schon stundenlang tot gewesen. Zu fragen ist dann allerdings: wenn schon mit dem bloßen Augenschein feststellbar ist, daß die Toten bereits stundenlang tot sind, wie kommt man dann "wissenschaftlich" zu einer Zeitspanne von 10 Stunden? Herrmann sagt, wenn er eine Zeitspanne für den Todeszeitpunkt gemeldet bekomme, sei es für ihn nicht mehr interessant, wann der Todeszeitpunkt denn nun präzise sei. Das bringe ihm nichts.

Auf die Frage, ob denn nicht erst mit einer möglichst präzisen Todeszeitangabe genauere Ermittlungen über die Umstände und Todesursachen, also auch über Fremdeinwirkung, zu führen sind, sagt Herrmann, das wäre für ihn nur dann interessant, wenn er für Fremdeinwirkung irgendwelche Anhaltspunkte sonstiger Art hätte. Die hat er aber nicht. Deshalb ist für ihn der diensttuende Beamte nicht interessant, war noch vor 14 Tagen die Todeszeit für ihn überhaupt nicht interessant (s. ID 202), ist ihm heute noch die Verletzungszeit von Jan Carl Raspe nicht interessant und sind auch die "Zufallsfunde" in den Zellen nicht interessant.

Herr Herrmann betont immer dann, daß er lediglich ein Todesermittlungsverfahren zu führen habe, wenn die Möglichkeit einer "Fremdeinwirkung" zumindest erwägt werden müßte. Was geführt wird, ist kein Todesermittlungsverfahren, sondern ein Selbstmordbestätigungsverfahren. Herr Herrmann ist auch auf Irmgard Möller böse, weil sie ihm gegenüber keine Angaben gemacht hat. Deshalb interessieren ihn ihre Aussagen die sie Frau Bahr-Jendges gegenüber macht, nicht.

"Frau Möller hat keine Angaben gemacht".

ID: Ich erinnere mich aber an Angaben, die sie Frau Bahr-Jendges gegenüber gemacht hat.

"Das geht mich nichts an ."

Staatsanwalt Herrmann widerspricht auch der Aussage von Prof. Mallach, der gesagt hatte, er habe keinen Auftrag, die Todeszeit festzustellen. Herrmann sagt heute, daß es nach seiner Auffassung dazu überhaupt keines Auftrages bedürfe. Ansonsten will er aber zu den Äußerungen Mallachs (Todeszeit könne er auf eine Stunde genau feststellen) keinen Kommentar geben.

Staatsanwalt Herrmann hat den Befundbericht von Prof. Tszounos, der J.C. Raspe behandelte, bereits seit 14 Tagen. Aber das seien Sachen, die über sein Interesse innerhalb des Todesermittlungsverfahrens hinausgehen. Wenn sich keine anderen Anhaltspunkte für Fremdeinwirkung ergeben, dann interessiert ihn das nicht weiter. Allerdings hält er auch die Feststellung der Verletzungszeit für selbstverständlich. Daran wird gearbeitet. Wann mit abschließenden Obduktionsergebnissen zu rechnen ist, kann Herrmann nicht beantworten.

Details gibt er immerhin preis. Laut Obduktionsbefund stehe eindeutig fest, daß bei keinem Gefangenen Spuren eines Betäubungsmittels gefunden seien. Die Blut- und Urinuntersuchungen daraufhin seien negativ verlaufen.

Frage: was sind es eigentlich für Medikamente gewesen, die Andreas Baader und Jan-Carl Raspe um 23 Uhr bekommen haben sollen?

Bei Andreas Baader und Gudrun Ensslin sei der Tod unmittelbar eingetreten. Bei Andreas Baader sei das Stammhirn verletzt worden. Der Schußkanal verlaufe von Nacken zu Stirnmitte.

Zwei Kurzmeldungen zu Stammheim

1. Irmgard Möller hat berichtet, daß die Gefangenen während der Kontaktsperre im Hungerstreik waren. Der Hungerstreik wurde vor dem 18.10. nur kurz unterbrochen. Grund für den Hungerstreik: die Gefangenen befürchteten Vergiftungen durch das Essen.
2. In den bisherigen Meldungen über den Fund der Rasierklingen in der Zelle von Klaus Croissant wurde unterschlagen, daß nach Angaben von Croissant der Beamte, der einen schriftlichen Bericht über den Fund angefertigt hat, die Klingen als Anstaltsklingen identifiziert hat.

copyright Max Watts/ID

DIE TÜREN DER "LANDSHUT" WURDEN NICHT GESPRENGT

24.11.77 Augenzeugen berichten, daß die Türen der "Landshut" nicht gesprengt wurden, wie noch in ersten Versionen unter anderem von Innenminister Maihofer behauptet wurde. An den Türen sind keinerlei Beschädigungen zu entdecken, die auf Sprengung oder ähnliche Arten des Öffnens hinweisen. Die vordere Tür kann von außen über ein Notsystem geöffnet werden, allerdings umständlich. Dazu sind mehrere Leute nötig, die noch dazu eine feste Unterlage brauchen. Nottreppen reichen nicht. Wenn die vordere Tür von innen verschlossen ist und sie dann von außen geöffnet wird, fährt automatisch eine Notrutsche aus. Das Anbringen von Notleitern dürfte damit auf Schwierigkeiten stoßen.

Im 1.-Klasse-Abteil ist ein Sitz von einer Granate vollständig zerstört. Merkwürdigerweise gibt es darüberhinaus keinerlei Splitterspuren, außer einem fußgroßen Loch im Boden. Die linke hintere Tür kann von außen nicht aufgemacht werden. Insofern kann auch die Darstellung des "Stern" nicht stimmen. Möglich ist allerdings, die hintere rechte Tür von außen aufzumachen. Der gesamte Passagierraum der Economy-Klasse ist ohne Beschädigungen.

Diese Hinweise zeigen zumindest die Unhaltbarkeit der offiziellen Version "Feuerzauber". Darüberhinaus: Wenn die vordere Tür nicht geöffnet wurde, wie ist das schnelle Ausschalten der Entführer in Cockpit und Vordertoilette und 1.Klasse zu erklären? Das Eindringen lediglich über die Notausgänge dürfte genügend Lärm gemacht haben, alle zu warnen. Von da blieb dann immer noch der Weg nach vorne zurückzulegen, durch einen engen Gang... Es erscheint unwahrscheinlich, daß die im vorderen Teil des Flugzeuges befindlichen Entführer überrascht werden konnten, ohne die vordere Tür zu öffnen. Auf eine gewaltsame Öffnung deutet aber nichts hin.



DIENSTAUFSICHTSBESCHWERDE GEGEN VORGEHEN DER POLIZEI IN STUTTGART

BOCHUM 30.10.77 Bochumer Genossen/innen haben sich nach Rücksprache mit Rechtsanwälten entschlossen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den zuständigen Einsatzleiter während der Beerdigung in Stuttgart am 27.10.77 zu erheben.
Die Beschwerde könnte nach Meinung der Bochumer vielleicht eine Schutzfunktion haben für diejenigen, gegen die wegen der Demo in Stuttgart Strafverfahren anhängig sind.

An den Polizeipräsidenten
Postfach
7000 Stuttgart

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter und alle anderen, die die Personalienaufnahme vor und nach der Beerdigung auf dem Friedhof Stuttgart Dornhalden am 27.10.1977 angeordnet haben.

Hiermit erhebe ich Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter und alle anderen, die am 27.10.1977 den Polizeieinsatz auf dem Dornhaldenfriedhof, beim Abzug der Trauergäste und am Nachmittag in der Stuttgarter Innenstadt leiteten.
(es folgt nun die persönliche Begründung) z.b.:

1. unzuläßlicher Eingriff in das Versammlungs- und Religionsausübungsrecht, da Beerdigungen besonders geschützt und priviligiert sind.

2. durch die Personalienfeststellung erfolgt eine Kriminalisierung meiner Person durch die Polizei, denn die Überprüfung und Feststellung der Personalien ist nur legitim, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung oder eine strafbare Handlung vorliegt. Da dies nicht zutraf, bleibt nur der Verdacht der Zugehörigkeit einer kriminellen Vereinigung.

Ich verlange dienstaufsichtliche Maßnahmen gegen.... s. oben..

INTERNATIONALE LISTE GEGEN SYMPATHISANTEN

MÜNCHEN/GENT 22. November „Vom 16.11. zum 17.11. übernachtete ich mit einer Freundin in einem Genter Hotel (Belgien). Am 17.11. wurde ich um sechs Uhr morgens von der belgischen Polizei aus dem Bett geholt und auf die Wache gebracht. Meine Freundin wurde getrennt von mir ebenfalls mitgenommen. Auf der Wache verhörte uns der Polizeioffizier Hertogen, stellte Fragen woher wir kämen und was wir in Gent machten. Nach etwa einer halben Stunde führte man mich mit Handschellen in ein anderes Kommissariat, ohne mich bis dahin über das polizeiliche Eingreifen aufzuklären: Erst von dem Kommissar Vos erhielt ich Auskunft:

1. In Gent gab es zur Zeit einen Staatsbesuch von zwei Königen, dem belgischen und dem spanischen.
2. Ich stünde auf einer Liste von Terrorismus verdächtigen Personen.

Auf meine Frage, ob es sich um eine deutsche Liste handele, antwortete er :„Nein, um eine belgische" und außerdem: „Seien Sie doch froh daß sie hier sind, denn wenn was passiert, dann haben Sie das beste Alibi!" Mehrmals wurde ich aus dem Zimmer geführt, da Vos offensichtlich mit deutschen Stellen telefonischen Kontakt aufnahm. Etwa nach einer halben Stunde: „Sie müssen verstehen, daß wir Sie hierhalten, bis unser König die Stadt verlassen hat". Das hieß bis 4.30 Uhr nachmittags.

Facit und Erkenntnis: Es gibt internationale Listen von Sympathisanten, die von den ausländischen Polizeibehörden nicht überprüft werden. Damit machen sich die Behörden des Auslandes zu Kollaborateuren des deutschen Staatsapparates und sind dabei, die hiesige Hexenjagd auf die deutschen Nachbarländer auszudehnen. Ein Schritt weiter zur Germanizatione? "

Herbert Röttgen, Trikont-Verlag, München

"WENN EINER MAL EIN FEST MACHT" – POLIZEIAKTION GEGEN ABBRUCHFEST IN NEUMÜHL

DUISBURG 16. November „Wir, d. h. 150 junge Leute aus allen Teilen Duisburgs, feierten am 15. November in Duisburg-Neumühl ein Fest. Das Fest fand in einem mittlerweile leerstehenden Haus, das uns ausdrücklich vom Besitzer zur Verfügung gestellt war, statt. Gastgeber waren die beiden Söhne des Hausbesitzers.

Gegen 22.30 Uhr drangen zwei Polizisten in das Haus ein und forderten uns auf, die Musik leiser zu stellen, sie drohten, „sonst mit einer Hundertschaft wiederzukommen". 20 bis 30

Minuten später stürmten etwa 40 teilweise mit MPs bewaffnete Polizisten unser Haus. Ein Festteilnehmer fragte nach dem Grund des Eindringens und wurde ohne Kommentar, aber mit Prügeln, zur Seite gedrängt. Obwohl zu diesem Zeitpunkt — aufgrund eines Stromausfalls — überhaupt keine Musik mehr lief!
Danach wurde mit ungeheurer Brutalität das gesamte Haus „geräumt". Dabei wurden wir mit MPs bedroht, teilweise an den Haaren gerissen, geschlagen und die Treppen hinuntergeworfen. Außerdem wurden völlig grundlos von den Polizisten mehrere Türen eingetreten. Schließlich wurden wir alle auf den Hof getrieben. Wir verlangten schon zum wiederholten Mal den Sinn und Zweck dieser Polizeiaktion sowie den Namen des Einsatzleiters zu erfahren. Die Reaktion der Polizei war höhnisches Lächeln und zynische Bemerkungen: u.a. „Meine Dienstnummer ist 4711!". Unter uns herrschte große Verwirrung. Viele mußten lange in leichter Kleidung in der Kälte stehen, da wir bei der „Räumung" noch nicht einmal unsere Sachen zusammensuchen durften. Nachdem wir unsere Sachen dann aus einem großen Haufen heraussuchen konnten, befahl uns der Einsatzleiter, wir sollten uns „jetzt endlich verpissen". Als einer von uns ein weiteres Mal eine Erklärung für dieses ungeheuerliche Vorgehen verlangte, wurde er festgenommen und in ein Polizeifahrzeug geschleppt. Die Polizei machte für seine Freilassung zur Bedingung, daß sich ein „Verantwortlicher" für das Fest melden solle, obwohl sich der Gastgeber schon des öfteren gemeldet hatte. Die Polizei ging aber nicht darauf ein, drängte uns vom Hof auf den Gehweg und nahm weitere zwei Personen fest, die wahllos herausgegriffen worden waren. Wir waren nicht bereit, ohne unsere festgenommenen Freunde nach Hause zu gehen und taten dies in Sprechchören kund. Dann plötzlich, und ohne jede Vorwarnung, griff uns die Polizei mit Tränengas und Schlägen an. Einige von uns wurden von der „ChemischenKeule" aus nächster Nähe (50 cm) absichtlich mitten im Gesicht getroffen.
Wir rannten kopflos auseinander und versuchten immer wieder zusammenzukommen, um nicht vereinzelt der Polizeiaktion hilflos ausgeliefert zu sein. Immer wieder und auf immer brutalere Weise wurden wir angegriffen und gejagt. „Chemische Keule" - Festnahmen - Menschenjagd - beherrschte das Bild. Hilfreiche Anwohner gaben uns auf unsere Bitten hin Wasser, womit wir die Augenverletzungen durch das Kampfgas CN halbwegs lindern konnten.

Als wir glaubten, daß sich die Polizei zurückzieht, und als wir überlegten, wie wir nach Hause kommen, bzw. was mit den Festgenommenen wird, wurden wir - jetzt höchstens noch 40 Leute und schon weit über 300 Meter vom Haus entfernt - von einem neuen Einsatz überrumpelt. Aus verschiedenen Richtungen preschten Polizeifahrzeuge mit aufgeblendetem Licht auf uns zu, Polizeibeamte sprangen heraus, rissen Einzelne zu Boden und stzten wieder die „Chemische Keule" teils aus nächster Entfernung ein. Mit der Jagd nach einzelnen Personen war die Menschenjagd perfekt, einige konnten sich nur durch Sprünge in Vorgärten vor den umherjagenden Polizeifahrzeugen retten. Noch eine Stunde danach wurde das Viertel von Polizeifahrzeugen nach „Menschenansammlungen" durchkämmt.

Soweit wir wissen, wurden acht Verletzte mit privaten Autos zu Krankenhäusern transportiert - ein herbeigerufener Krankenwagen wurde von der Polizei zurückgewiesen.
Soweit wir wissen, wurden 10 Leute festgenommen. Sie wurden ohne Angabe von Gründen mit Fußtritten, Schlägen, zum Teil mit Knebelfesseln und an den Haaren in die Polizeifahrzeuge befördert, während der Fahrt angepöbelt und auf gleiche Art in die Wache (Alt-Hamborn) gezerrt. Anrufe bei Anwälten wurden nicht zugelassen, einem inzwischen von anderen herbeigerufenen Anwalt wurde der Zutritt verwehrt: „Er störe nur die Ermittlungen". Den Festgenommenen wurde Wasser zum Augenauswaschen verweigert, ebenso die ärztliche Untersuchung.

Soweit uns bekannt ist, wurden die Festgenommenen bis auf zwei Leute nach Aufnahme und Kontrolle der Personalien freigelassen. Die beiden Nichtfreigelassenen wurden bis am nächsten Tag 15 Uhr festgehalten und verhört. Der Grund dafür: Sie hatten keine Ausweispapiere auf dem Fest dabei.

Allen Festgenommenen wurde „Landfriedensbruch", „Widerstand gegen die Staatsgewalt", ... vorgeworfen.

Wir möchten den Anwohnern auf der Lehrerstraße für ihre Hilfe danken - - und nicht nur wir fragen uns: „drei Stunden Polizeistaat in Neumühl - WARUM ? "

WER SICH NICHT WEHRT,
LEBT VERKEHRT — WIR FEIERN WEITER ! ! ! "

Kontaktadresse: Herbert Stockhecke, Rügenstr. 2, 41 Duisbg.

WER NICHT STUDIERT,DER TERRORISIERT!

ELBENBERG
22. November

„Am Freitag, dem 18. November 1977, kam morgens um halb sieben die Polizei (ca. 30 Beamte) zu einer Landwohngemeinschaft in Elbenberg bei Naumburg im Landkreis Kassel. Sie umstellte maschinenpistolenbewaffnet den alten Bauernhof, leuchtete den Garten mit Scheinwerfern aus und durchsuchten die Zimmer der sieben Hofbewohner. Sie nahmen nichts mit, weil sie nichts für sie Bemerkenswertes fanden. Nach einer Stunde war die Durchsuchung beendet.
Eine Staatsanwaltschaft war zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeschaltet; die Aktion erfolgte wahrscheinlich auf unmittelbare Veranlassung des Bundeskriminalamtes.
Die Begründung, die der Durchsuchungsbefehl enthielt, lautete folgendermaßen: Einer der Bewohner werde beim BKA als „Kontaktperson zu terroristischen Personenkreisen" geführt. Gegen einen anderen „Verdächtigen" sei wegen „derselben Tätigkeit" bereits ermittelt worden. Die Genannten seien darüber hinaus dadurch aufgefallen, daß sie in ihrer Eigenschaft als Studenten sehr wenig an Vorlesungen teilnähmen, sich vielmehr vorwiegend in Elbenberg aufhielten.
Mit dieser Begründung ist gegen alle Mitglieder der Wohngemein meinschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachtes der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) eingeleitet worden.
Öffentlichkeitsaktionen haben in Kassel, vor allem an der Gesamthochschule, bereits begonnen."

Kontaktadresse: Rechtsanwälte B. Huesmann/K. Pfeiffer/H. Korte, Friedrich Ebert Str. 149, 35 Kassel; Tel. 0561/77865

RECHTSANWALT ELFFERDING VOM SCHMÜCKER-PROZESS AUSGESCHLOSSEN

WESTBERLIN
23.November

PRESSEMITTEILUNG

"Am 14.11.77 hat mich der Strafsenat 1a des Kammergerichts in Berlin von der Verteidigung meines Mandanten Wolfgang Strüken im sogenannten ‚Schmücker-Prozeß' ausgeschlossen.

Zur Begründung wurde ein gegen mich gerichtetes Strafverfahren herangezogen, in dem ich wegen „versuchter Anstiftung zum Meineid' angeklagt bin mit dem Vorwurf, versucht zu haben, einen Zeugen gegen den „geständigen" und seine Mitangeklagten belastenden Angeklagten im Schmückerprozeß,Jürgen Bodeux, zu gewinnen und diesen zu einer falschen Aussage zu überreden. In diesem Verfahren ist, soweit aus den Akten ersichtlich, niemals wegen „versuchter Strafvereitelung" er-

mittelt und schon gar nicht deswegen angeklagt worden. Nur dann, wenn gegen mich der Verdacht der Strafvereitelung bestanden hätte, könnte ich jedoch nach § 138 a StPO von der Verteidigung ausgeschlossen werden. Der Verdacht der Anstifung zum Meineid reicht dafür nicht aus. Die Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Vorwürfe selbst wird sich in der gegen mich gerichteten Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten am 23.11.77 erweisen. Im jetzigen Zeitpunkt kann als erwiesen nur gelten, daß die mit politischen Strafverfahren befaßten Richter und Staatsanwälte auch im ‚Schmückerprozeß' alles tun, was sie für erforderlich halten, um eine ‚ungestörte' Prozeßführung und Verurteilung der Angeklagten zu ermöglichen. Ihr besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet sein, einmal das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz,das in den Mordfall Schmücker zutiefst verwickelt erscheint, vor unangenehmen Aufklräungsversuchen im Prozeß zu schützen, zum zweiten ist der ehemalige Mitangeklagte Jürgen Bodeux gegenwärtig der Einzige, der wegen des Todes von Ulrich Schmücker rechtskräftig verurteilt ist. In dem im Januar 1978 beginnenden Prozeß, der erforderlich wurde, nachdem die Verteidiger der übrigen Angeklagten mit ihrer Revision gegen das erstinstanzliche Urteil des Landgericht Berlin erfolgreich waren, steht Jürgen Bodeux deshalb jetzt als Zeuge zur Verfügung und kann nicht mehr, wie er es in der ersten Verhandlung als Mitangeklagter noch durfte, zu den Fragen der Verteidigung schweigen. Damit wird seine ‚Glaubwürdigkeit' ganz erheblich in Gefahr geraten.

Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, hat die 9. Jugendstrafkammer des Landgerichts Berlin, vor welcher der neue Prozeß stattfinden wird, auf Antrag der Staatsanwaltschaft bereits am 12.9.1977 ihren Vorsitzenden, Herrn Poelchau,wegen „Besorgnis der Befangenheit" ausgeschlossen, mit dem Vorwand, Poelchau habe im ‚Spiegel' vom 8.3.1976 einen Leserbrief veröffentlichen lassen, in welchem er dem damaligen Generalbundesanwalt Buback vorwarf, die Unabhängigkeit der Gerichte durch eigenmächtige Strafmilderungszusagen an ‚Kronzeugen' anzugreifen. Über das Ablehnungsgesuch gegen Poelchau schrieb der Spiegel am 29.8.77, dessen Begründung sei so abwegig wie wohl nie zuvor ein Ablehnungsantrag gegen einen Richter von Seiten der Staatsanwaltschaft. Den eigentlichen Grund sah der ‚Spiegel' denn auch darin, „daß Poelchau wenig geneigt sein könnte, sich bei der Rechtsfindung von der Exekutive ins Richteramt pfuschen zu lassen" und „womöglich regelrecht Ernst mit seiner Unabhängigkeit von der Executive" machen würde. Nachdem dieser unbequeme Richter erfolgreich ‚ausgeschaltet' war, konnte es nicht mehr verwundern, daß auch mein Ausschluß von der Verteidigung in diesem Prozeß betrieben wurde. In einem Beschluß des Kammergerichts vom 31.1.77 ist festgehalten worden, daß mein Mitverteidiger, Rechtsanwalt Panka, und ich die „durch ihre Inanspruchnahme in der Hauptverhandlung am stärksten belasteten Pflichtverteidiger" waren. Die Ablehnungeines von mir gestellten Beweisantrages hatte auch zu der Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils in der Revision geführt. Zudem war den Beteiligten bekannt, daß gerade ich mich während des gesamten Prozesses stets speziell und intensiv um die „Glaubwürdigkeit" jenes Jürgen Bodeux gekümmert hatte. Ein weiterer unbequemer Faktor für den Wiederholungsprozeß war daher auszuschalten, und ich bin nicht sicher, ob dies der letzte Eingriff in die Rechte der Angeklagten dieses Verfahrens bleiben wird.

Sollte es bei meinem Ausschluß von der Verteidigung verbleiben, so habe ich jedoch volles Vertrauen darin, daß meine Mitverteidiger sehr wohl dennoch dafür sorgen werden, daß die Rechnung der politischen Justiz nicht aufgeht.

gez. Elfferding, Rechtsanwalt"

Die in der Pressemitteilung angekündigte Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten in West-Berlin hat inzwischen stattgefunden. Im Urteil kommt das Amtsgericht zu dem Schluß, daß Rechtsanwalt Elfferding von dem Vorwurf freizusprechen sei, eine „versuchte Anstiftung zum Meineid" begangen zu haben. Dieses Urteil kam auch mit der Zustimmung des Staatsanwaltes zustande.
Es wird nun versucht werden, mit Hilfe des Amtsgerichtsurteils den Beschluß des Kammergerichts anzufechten und den Ausschluß Rainer Elfferdings von der Verteidigung wieder rückgängig zu machen.

Kontakt: **Rainer Elfferding,Cuvrystr.33, 1000 Berlin 36**
Tel. 030 / 612 30 33

DER ERSTE PROZESS WEGEN § 88 a

BOCHUM
24.November

Aus einer Erklärung des politischen Buchladens Bochum veröffentlichen wir (aus Zeit- und Platzgründen) Auszüge:

Im August 76 durchsuchte der Staatsschutz in einer bundesweiten Aktion acht Buchhandlungen und eine Druckerei und beschlagnahmte die Zeitung "Revolutionärer Zorn Nr.3" und u.a. die Bücher "Der Kampf gegen die Vernichtungshaft", "Holger, der Kampf geht weiter" und den autobiographischen Roman "Wie alles anfing" von Bommi Baumann. Der Geschäftsführer der politischen Buchhandlungen in Bochum und Essen, Thomas K., war eine Woche lang in U-Haft in Karlsruhe. Gegen sechs Buchhandlungen, in denen die gleichen Schriften gefunden wurden, sind die Verfahren inzwischen eingestellt worden; die § 88a-Verfahren gegen die zwei übrigen stehen nun an: Nach der Vertagung des ersten § 88a-Prozesses in Köln wurde im Eilverfahren der Prozeßtermin gegen Thomas K. anberaumt. Am 2.12., 3.12. und 13.12. wird vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund (Kaiserstr. 24, 9 Uhr) der Beweis geführt werden, daß Thomas K. durch die Verbreitung des "Revolutionären Zorns" Straftaten in verfassungsfeindlicher Weise befürwortet (§ 88a in Verb. mit § 126 StGB) und damit gleichzeitig die herausgebende Gruppe, die "Revolutionären Zellen" unterstützt hat (§ 129 StGB). Die anklagende Staatsanwaltschaft will in der inkriminierten Flugschrift die Aufforderung zu Mord und Totschlag und zum Eingriff in den öffentlichen Straßenverkehr herausgelesen haben und versucht in diesem Prozeß, den § 88a, der am 1.5.1976 in Kraft trat, erstmals in der Rechtssprechung anzuwenden.

Während des Prozesses finden in Dortmund die folgenden Veranstaltungen statt:
Am 1.12. eine Informationsveranstaltung und ein Fest - der genaue Zeitpunkt ist in der Bücherstube zu erfragen. Am 2.12. um 8 Uhr 30 morgens Treffen an der Bücherstube, um gemeinsam zum Landgericht zu gehen. Am 6.12. ist um 12 Uhr 30 eine Demonstration vom Landgericht in die Innenstadt geplant, wo um 13 Uhr 30 eine Kundgebung gegen den § 88a abgehalten wird.
Kontakt für Schlafplätze usw.: Bücherstube, Große Heimstr. 62, 4600 Dortmund, Tel. 0231/103306

JOHANNES ROOS: EXHIBITIONISTISCHER POLIZISTENMÖRDER IN KRIMINELLER VEREINIGUNG?

FRANKFURT
15. November

Am 7.5. wurde im Sprendlinger Wald ein Polizist bei der Überprüfung eines Exhibionisten getötet. An der Tat sollen drei Männer beteiligt sein. Aufgrund eines österreichischen Passes am Tatort lag für die Polizei nahe, die Täter in "anarchistischen Kreisen" zu suchen.

Nachdem man es nacheinander mit Franz Pauli Jörger, Roland Mayer und Siegfried Haag als Täter versucht hatte, fanden sich Detlev Schulz (er sähe dem Paßphoto ähnlich) und Johannes Roos. Er war mit geklautem Auto, gefälschten Papieren und Waffe auf der Autobahn erwischt worden.
Der BKA-Computer hatte ihn unter Hausbesetzer, Sympathisant und Flugblattverteiler der Black Panther abgelegt.
Alles klar. —
Um Schwierigkeiten bei der Identifizierung vorzubeugen, zeigte man den Zeugen vorher Photos von J. Roos und ließ sie ihn beim Hofgang heimlich beobachten (aus ID 198).
Leute, die seinen Fall verfolgten, schickten uns folgenden Bericht:

"Bekanntlich sollen Detlev Schulz und Johannes Roos im Mai 76 in Sprendlingen einen Polizisten erschossen haben. Der bevorstehende Prozeß gegen die beiden wird von Staatsanwalt und Gericht immer als ganz 'normaler Mordprozeß' hingestellt. Trotzdem fielen beide unter die Kontaktsperre und die darauf folgenden Vergünstigungen für politische Gefangene:
"Mir geht es prima. In dem großen Haus, in dem ich zur Zeit bin, kümmert man sich ganz toll um mich. Jeden Tag schaut einer von dem Personal in meinem Zimmer nach, ob was ka-[illegible] ist oder ob jemand was Gefährliches bei mir versteckt hat. [illegible] kaputtes Fenster wurde innerhalb von zwei Stunden ausgewechselt — andere Leute müssen da immer tagelang warten. Damit ich mal ne Abwechslung hab, durfte ich in ein neues Zimmer umziehen. Dabei wurden meine Sachen alle vom Personal rübergebracht. Ich brauchte nix selber tragen. Das ist doch nett, gell? Ja, und außerdem werde ich immer vom Sanitäter untersucht, wenn mein Verteidiger da war. Ich könnte mich ja bei ihm angesteckt haben. Also die Gesundheitsfürsorge .ist hier vorbildlich.
Heute habe ich ein ganz neues Bett bekommen. Das hat eine Tischlerplatte als Unterlage. Und obendrauf ne ganz neue Schaumstoffmatratze. Da kann man toll drauf schlafen, ohne daß einem das Kreuz wehtut. Die anderen hier haben alle so durchgelegene Sprungrahmen. Die sind jetzt alle neidisch, weil ich so bevorzugt werde. Außerdem ist mir nie langweilig, ich werde immer vom Personal beschäftigt. Weil sie gesehen haben, daßes mir so gut geht, wollen die anderen Leute hier auch alle Terroristen werden. Das wird prima.
Heute abend wurden alle Radios im Haus eingesammelt. Jetzt werden die Leute nicht abgelenkt, und entwickeln eigene Phan-[illegible]. Das ist lustig. Überall im Haus wird gegen die Türen getrommelt oder Sachen aus dem Fenster geworfen. Das macht allen Spaß." (Brief von Johannes aus Preungesheim vom 28.10.)
..........und dann durfte er sogar noch nach Düsseldorf verreisen, wo alles noch viel besser wurde!

Endlich wurde er von Richter Joeres darüber aufgeklärt, daß er zusammen mit Enno Schwall und Gerd Alabartus einer terrorristischen Vereinigung angehören soll. Dieser Richter hatte sich schon in der Haftsache Enno und Gerd als Spezialist für selbstmordende Haftbedingungen profiliert. Sie waren auf seinen Beschluß hin 6 Moante lang total isoliert. Sein 24-Punkte- Programm für 'terroristische Gewaltverbrechen' zeichnet sich durch virtuose Mißachutng der StPO aus.
Die Zellen rechts, links und gegenüber Johannes' Zelle sind leer, vor dem fliegenvergitterten Fenster brennt dauernd eine Halogenlampe, das Licht in der Zelle ist Tag und Nacht an, tagsüber guckt ein Schließer alle 1/4 Stunde rein, nachts alle 1/2 Stunde und so weiter und so fort ....
Selbst in Stammheim wurde das Licht nicht rund um die Uhr angelassen, um die Gefangenen zu überwachen, denn 'Anstaltsarzt Henck hatte darauf verwiesen, daß eine solche Maßnahme den durch die Kontaktsperre bedingten psychischen Druck auf die Häftlinge nur noch verschärft hätte.
Wäre eine solche Überwachung bei den inhaftierten Terroristen einige Tage oder Wochen durchgeführt worden, so wäre unweigerlich — und nicht ganz ohne Grund der Vorwurf der Folterung und des Psychoterrors erhoben worden.' (Rupert Hauser, Sprecher des Stuttgarter Justizministeriums, Spiegel Nr. 46).

Wir sind auch weiterhin auf Spenden angewiesen!
Pschkto. Christiane Laser, Sonderkonto, Ktonr. 36 32 50 -604 (BLZ 500 100 60)."

NEUES VOM GEFANGENENRAT

FRANKFURT 22.November — *Das Informationsbüro Gefangenenratsprozeß – z.Zt. c/o* **Erlach, Hamburger Allee 72, 6 Frankfurt 90** *teilt mit:*

Am 18.November wurde der vorletzte der zehn im Zusammenhang mit dem Gefangenenrat Frankfurt vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt Angeklagten, Felix Peter Keblys, aus der Untersuchungshaft entlassen. In Untersuchungshaft befindet sich noch Herbert Henrich.

Der Prozeß gegen den Gefangenenrat ist, nachdem fast alle Mitglieder nach zum Teil 18-monatiger und zweijähriger Untersuchungshaft freigelassen worden sind, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Informationen über den Gefangenenrat Frankfurt:

1. Veröffentlichungen über den Gefangenenrat:

   Autorenkollektiv: Knastalltag am Beispiel Mannheim. Dokumentation. Erscheinungsjahr 1975,Ffm. Vertrieb: Verlag 2000, 605 Offenbach 4, Postfach 591,128 Seit.

   Justizgruppe/ AStA Universität Frankfurt, „Alles unter Verschluß". Dokumentation über den Gefangenenrat und die Aktion Hanischs in Butzbach.Ffm.1977. 130 Seiten. Zu beziehen bei AStA der Universität Ffm. Justizgruppe, Jügelstraße 1.

   Knut Engelhardt, „Neue Perspektiven der Gefangenenbewegung? " in: Kritische Justiz, Jahrgang 1975,4.Heft.

2. Veröffentlichungen des Gefangenenrats:

   „Drei Schritte der Gefangenenbewegung", in: Wetter/ Ortner, Gefängnis und Familie, 1975, Kramer Verlag Berlin.

   Stellungnahme zum Prozeß. Zu beziehen bei Informationsbüro Gefangenenratsprozeß. kopiert.

   „Graubuch", Protokolle zum Prozeß gegen den Gefangenenrat. In Arbeit. Bezug bei Informationsbüro Gefangenenratsprozeß.

HENRICH NACH SCHWALMSTADT VERLEGT

Der Verteidiger des Gefangenen Herbert Henrich, Horst Korte, schreibt in einer Presseerklärung:

„Über meinen Mandanten war während der Schleyer-Entführung eine Kontaktsperre verhängt worden. Mitgefangenen, die gleichwohl mit ihm durch Zurufe usw. Kontakt aufzunehmen versuchten, wurden mehrjährige Freiheitsstrafen wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angedroht.

Nach Aufhebung der Kontaktsperre wurde in der Zelle Herbert Henrichs — neben anderen ähnlichen Funken in der JVA Preungesheim/Frankfurt — ein Radiogerät gefunden.
Dies war offensichtlich der Anlaß dafür, daß seit dem 25.10. seine Zelle 3 — 5 mal täglich durchsucht, auf den Kopf gestellt wurde; dabei wurden sämtliche Unterlagen meines Mandanten durcheinandergeworfen, wodurch ihm jegliche Prozeßvorbereitung, jegliches Arbeiten, jede sinnvolle Beschäftigung unmöglich gemacht wurde.

Am 28.10. suchte ihn ein Staatsanwalt auf und wollte wissen, ob er Mitteilung über die Herkunft des Radiogerätes machen könnte. Darauf ging Herbert Henrich nicht ein. Wenige Stunden später befand er sich offiziell wieder in Totalisolation.

Am 7.11. erfährt er eine mündliche Begründung dafür: Sein Gesamtverhalten und: Wenn die Sache mit dem Radio geklärt wäre, wäre eine besondere Sicherungsmaßnahme überflüssig.

Am 10.11. werden ihm der ID und das Info-BUG auf Dauer zu beziehen verboten. Seine Zelle wird weniger häufig durchsucht.

Am 17.11. wird Herbert Henrich — beschützt von etwa 15 - 20 Polizeibeamten in 5 Fahrzeugen und von mehreren Maschinenpistolen von Frankfurt in die JVA Schwalmstadt verlegt.

Horst Korte, Friedrich-Ebert-Str.49, 35 Kassel

ZEUGEN SIND "UNGEEIGNETE BEWEISMITTEL"

FRANKFURT 16.11.77 Einem Gefangenen, der Strafanzeige gegen Polizeibeamte in Frankfurt/Main wegen Körperverletzung im Amt, Rechtsbeugung, NÖtigung zur erkennungsdienstlichen Behandlung, Verweigerung eines Rechtsbeistandes u.a. stellte wurde mitgeteilt, daß diesbezügliche Ermittlungen eingestellt werden, da seine Aussagen gegenüber den Aussagen der beschuldigten Polizeibediensteten "jedenfalls nicht glaubhafter" seien.

Eine Beschwerde des Gefangenen gegen diesen Beschluß wurde verworfen, da die Beschuldigten keine sie belastenden Angaben gemacht hätten und weil seiner Aussage kein grösserer Beweiswert zukäme als den Einlassungen der Beschuldigten. "Das gleiche würde für den Fall gelten, daß die im Polizeipräsidium in Frankfurt/M. zur Tatzeit anwesenden Zeugen, auf die sich der Beschwerdeführer berufen hat, die Richtigkeit der Bekundung des Beschwerdeführers bestätigen

würden... Weitere zur Überführung der Beschuldigten geeignete Beweismittel sind nicht vorhanden."

AUFRUF ZUR GRÜNDUNG EINER ÜBERREGIONALEN TAGESZEITUNG

BERLIN 16. Nov. *Auf dem letzten Alternativpressetreffen in Berlin wurde über die Notwendigkeit eines überregionalen aktuellen Mediums diskutiert (siehe ID 199). Dazu sollten sich Diskussionskreise bilden, die alle inhaltlichen Beiträge und Informationen an eine Kontaktadresse senden (siehe unten). Dort sollte das Material zusammengestellt werden, um für Mitte Dezember ein Wochenendseminar vorzubereiten, an dem alle Interessierten teilnehmen sollten. Wir veröffentlichen hier ein Papier des Berliner Diskussionskreises.*



Schuld war nur der Bossanova

Gründet die extreme Linke eine überregionale Tageszeitung? fragt die FAZ in einer Notiz vom 25.10.77.

Richtig ist daran eigentlich nur, daß es viele Kritiker der deutschen Presse gibt und einige überlegen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

" Herr Keuner begegnet dem Herrn Wirr, dem Kämpfer gegen die Zeitungen.
'Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen', sagte der Herr Wirr, 'ich will keine Zeitungen!'
Herr Keuner sagte: 'Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: ich will andere Zeitungen!' " (Brecht)

Wir diskutieren in Berlin seit einem Jahr über eine überregionale Tageszeitung. Ausgangspunkt für unsere Überlegungen ist die Tatsache, daß in der BRD kritische, faktenreiche, informative, verständliche Zeitungspresse nicht mehr existiert, daß sich vielmehr in den letzten Jahren eine Meinungspresse ausgebreitet hat, die wohl einmalig in Westeuropa ist. Sie betreibt eine Entmündigung derer, deren Interessen in den Parlamenten und Parteien nicht realisiert werden. Massenmedien, die politisch links von der Regierungskoalition stehen, gibt es nicht mehr.

Regierungssprecher Bölling hat kürzlich ausgeplaudert, wie in persönlichen Gesprächen mit Redakteuren und Verlegern die freiwillige Gleichschaltung der früher noch kritischen Medien und Presse erreicht wird, soweit auch solche Zeitungen nicht ohnehin nur das bringen, was der sozial-liberalen Koalition nicht schadet.

Wir wollen eine Zeitung, die sich aus einer Kritik an deutscher Meinungspresse an Minderheiten wendet. Sie unterstützt diese außerparlamentarischen Gruppen, in ihren Versuchen, sich zu artikulieren und ihre Interessen durchzusetzen, sie wendet sich an die vielen Linken — nicht eine bestimmte linke Scene — die Frauen, die Bürgerinitiativen, Mietergruppen, Randgruppen, Ausländer, Kinder u.v.m.

Also ein Informationsmittel, das möglichst täglich umfassend, unzensiert informiert aus dem politisch-wirtschaftlichen, kulturellen Leben, über soziale Bewegungen, Aktionen und Veranstaltungen im In- und Ausland.

Eine Zeitung, die Zusammenhänge deutlich macht, die in der Meinungspresse auseinandergerissen sind in Wirtschaft, Politik und Kultur. Eine Zeitung, deren Aktualität aber nicht nur von Bonn, sondern vor allem von den vielfältigen Interessen und Problemen der "Minderheiten" bestimmt ist. Wir wollen eine Zeitung machen, die auch Handlungsalternativen aufzeigt, sich im Alltag und Beruf durchzusetzen gegen die politische und soziale Entmündigung.
Eine Zeitung, die Hoffnung macht!!!

Die existierenden linken Blätter erfüllen diesen Anspruch nicht. Die Zeitungen der Parteigruppen informieren einseitig bis manchmal falsch. Das Interesse am Aufbau und der Stärkung der jeweiligen Organisation steht immer über der sachlichen Berichterstattung. Eine Diskussion findet nicht statt.

Die überregionalen Zeitschriften sind nicht aktuell. Sie sehen ihre Aufgabe auch gar nicht darin, umfassend zu informieren und können auch keine Tageszeitung ersetzen. Viele sind theoretisch und begreifen sich und ihre Aufgabe auch eher so, Analysen, Einschätzungen und Beiträge zur theoretischen Diskussion zu veröffentlichen.

Die Regional- und Alternativzeitungen haben nur einen örtlich und auf Arbeitsbereiche beschränkten Wirkungsbereich. Ihre Aktualität ist eine besondere, nämlich meist lokale.

Die linken Gruppen, Bürgerinitiativen und Alternativzeitungen sollten einen wichtigen Beitrag am Zustandekommen einer sol-

chen Zeitung leisten und ein alternatives Informationssystem zu den Nachrichtenagenturen entwickeln helfen.

Die Informationsbeschaffung aus dem Ausland scheint kaum ein Problem zu sein, da die linken Zeitungen dort ein aktives Interesse am Zustandekommen eines solchen Projektes haben.

Wir meinen, ein solches Projekt ist realisierbar. Das Bedürfnis, sich für ein solches Projekt zu engagieren, ist in zahlreicheen Diskussionen deutlich geworden.

Die Zeitung kann nur von einer selbständigen Redaktion professionell gemacht werden. Juristischer Träger könnte ein Zweckverband (Stiftung) sein, der die politische Ausrichtung kontrolliert.

Ein Redaktionsstatut muß mit der aus den Diskussionen der nächsten Zeit hervorgehenden Redaktion und dem Träger erarbeitet werden.

Die Finanzierung ist möglich, sowohl durch Unterstützung und Kampagnen in der BRD als auch aus dem Ausland.

Die Zeitung wird zunächst wöchentlich erscheinen und über den kommerziellen Zeitungsvertrieb an die Kioske gelangen. Gleichzeitig ist es wichtig, schon im voraus viele Abonnenten zu gewinnen.

Wir fordern alle, die an einer solchen Zeitung verbindlich mitarbeiten wollen, auf, eine Konzeption und konkrete Schritte an einem Wochenende im Dezember zu diskutieren und zu beschließen.

Danach sollte eine Informationskampagne mit Veranstaltungen darüber weiter diskutieren und das Projekt mithelfen zu realisieren.

Kontaktanschrift:
Büro RA Ströbele, 1 Berlin 15, Meierottostr. 1,
Tel.: 8838423 wochentags von 11 - 14 Uhr.



"DIREKTE AKTION" - EINE NEUE ZEITSCHRIFT UND CONRAD AHLERS' GAR NICHT KLAMMHEIMLICHE ERLEICHTERUNG ÜBER STAMMHEIM

HAMBURG
17. November

Die Initiative "Freie Arbeiter-Union", die sich als Schwesterorganisation der spanischen anarcho-syndikalistischen CNT begreift, gibt jetzt die Zeitschrift "direkte Aktion" heraus, die "möglichst monatlich" erscheinen soll (Preis DM 1,-).

Aus der ersten Nummer:
Hamburger Morgenpost-Extra vom 18.Oktober:

"**Ende des Alptraums**

Die Befreiung der deutschen Geiseln aus den Händen der arabischen Terroristen hat in der vergangenen Nacht eine Hochstimmung in der Bevölkerung hervorgerufen. Zum ersten Mal seit langer Zeit hat sich wieder ein patriotisches Gefühl gezeigt, ein echter Stolz auf unsere Fähigkeit, Landsleute aus ihrer gefährlichen Lage zu retten.

Nun ist am Morgen noch ein Gefühl der Erleichterung hinzugekommen, nachdem die Selbstmorde der in Stammheim inhaftierten Terroristen bekannt wurden. Dieses Gefühl der Erleichterung bezieht sich auf die Hoffnung, daß nun endlich der Anfang vom Ende des deutschen Terrorismus gekommen ist, daß nun auch die anderen Terroristen aufgeben werden, wie es die Regierung von ihnen schon gestern verlangt hat, und daß wir vielleicht auch Schleyer noch vor der Ermordung werden bewahren können. (....)

Conrad Ahlers"

I

Herr Conrad Ahlers gab schon wenige Stunden nach Bekanntwerden der Stammheimer Ereignisse seinem offenen "Gefühl der Erleichterung" über 100.000fach Ausdruck.

II

Herr Conrad Ahlers ist kein Göttinger "Mescalero", der begründetet, warum ihm die „klammheimliche Freude" über den Tod von Generalbundesanwalt Buback im Halse stecken blieb.

III

"Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden." Aus dem "Buback-Nachruf".

IV

Conrad Ahlers schrieb ohne zu zögern: "Selbstmord".

V

Das badenwürttembergische Justizministerium verhängte sofort nach Bekannwerden der Ereignisse in Stammheim eine Nachrichtensperre. (...)

Kontakt: Peter Teichert, Holstenstr. 196, 2000 Hamburg 50

ANKLAGE DER WAMPF-REDAKTEURE

KAISERSLAUTERN
November 77

Schon Anfang November ging uns folgende Meldung zu:

Liebe Leute,

wie ihr wißt oder auch nicht, hat die WAMPF, Studentenzeitung der Uni Kaiserslautern auch einen Prozeß wegen Buback zu erwarten. Wir hatten Ende Mai den Nachruf abgedruckt, Mitte Juni war Hausdurchsuchung mit anschließender Schlägerei, d.h. ungefähr 50 Leute wurden von den Bullen aus dem Flur vorm AStA-Büro rausgeprügelt und aus nächster Nähe mit Chemical Mace "behandelt"; Von denen, die verprügelt wurden, haben 2 Wochen danach 20 Leute eine Anzeige wegen Landfriedensbruch und zum Teil wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt gekriegt. Wir (4 Leute) von der WAMPF-Redaktion hatten zuerst ein Ermittlungsverfahren wegen § 88 a, wegen 130 (Volksverhetzung) und wegen § 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener - Leichenfledderei).

Nun haben wir am 27.10. bzw. am 28.10. aus Fernsehen und Presse erfahren, daß gegen uns Anklage erhoben wurde wegen Verunglimpfung des Staates in Tateinheit mit Volksverhetzung und Verstoß gegen das Pressegesetz. In einer Zeitung stand auch noch was von Beleidigung und Körperverletzung.

Wir selbst haben noch keine Anklageschrift gesehen, wissen auch nicht, was drin steht. Die Presse weiß durch einen Rundruf des Staatsanwalt Bescheid, wie wir vom Südwestfunk wissen.

Jetzt nun haben wir auch die Anklageschrift erhalten. Wir glauben, daß das Ding für sich selbst spricht. Daher einige Auszüge.

Zur Anklage der Volksverhetzung wird angeführt:

"Auf Seite 15 der 'WAMPF' wird von diesem Personenkreis (der WAMPF-Redaktion) erklärt, 'bei der herrschenden Macht' 'bei Richtern, Bullen, Werkschützern, AKW-Betreibern' liege

die Macht 'zu töten oder zu killen' ..'.' ... "Nach dem Gesamtinhalt und der Tendenz des Machwerks verleumden die Urheber und ihre Nachahmer denjenigen Bevölkerungsteil, der den Terrorismus zu bekämpfen hat, um das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern.

Den Repräsentanten dieses Teils der Bevölkerung wird gerade wegen der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe die Menschenwürde aberkannt, indem sie moralisch mit skrupellosen Mördern (Killern) auf eine Stufe gestellt werden. Sie werden damit im Kern ihrer Persönlichkeit getroffen: Ihnen wird die Eignung für eine wirksame Mitgestaltung des Lebens in der Gesellschaft abgesprochen; sie werden zu minderwertigen Gliedern der staatlichen Gemeinschaft gestempelt und dadurch beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Der Leser soll zum Haß gegen diesen Bevölkerungsteil aufgestachelt werden.

Der vorbezeichnete Angriff auf die Menschenwürde ist auch geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Er zielt geradezu darauf ab, indem er durch die Verunglimpfung der "Herrschenden" beim Leser den Eindruck erweckt werden soll, er lebe in einem Staat, in dem die Macht in den Händen skrupelloser Rechtsbrecher und Killer liege. Damit soll das Friedensgefühl der Bevölkerung, im Schutze der Rechtsordnung zu leben, gestört werden.

Zu der Verunglimpfung der BRD

"Durch den Inhalt des veröffentlichten Druckwerks wird auch der Tatbestand der Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung gemäß § 90 a, Abs. 1, Nr. 1 StGB verwirklicht. Die nachfolgend aufgezeigten Textstellen zeigen, in welch besonders verletzender Weise die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich repräsentative Demokratie mißachtet und böswillig verächtlich gemacht wid:

'Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörperte.'
oder
' Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen an der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofer, Schiess und Benda die dicksten Rechtsbrüche begehen.'

'Ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei der herrschenden Macht liegt, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern.' "

MEDIENSEMINAR DER JUGENDZENTREN DER REGION FRANKEN–HOHENLOHE

WERTHEIM/ BAD MERGENTHEIM 20. November

Zugesandt von der Aktion Jugendhaus Wertheim:

20 Jugendzentrumsinitiativen trafen sich vom 11. bis 13. November in Bad Mergentheim zu einem Medienseminar.

Die organisatorische und inhaltliche Gestaltung wurde von den Jugendzentrumsinitiativen selbst übernommen. Mit über 100 Teilnehmern war dieses Seminar das bisher größte und von seiner Zielsetzung her - die Jugendzentrumsinitiativen sollten ihre Erfahrungen in Medienarbeit untereinander vermitteln - ein neuer Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Jugendzentren untereinander und zur Bereicherung des Alltags in den Jugendzentren. Diesem Seminar vorausgegangen waren zwei Vorbereitungstreffen in Buchen (am 25. Juni) und in Marktheidenfeld (am 1. Oktober), auf denen die Struktur und der Ablauf des Seminars festgelegt wurden.

Organisatorisch getragen wurde das ganze Seminar durch die drei bestehenden Jugendzentrumszusammenschlüsse: Franken-Hohenlohe, Unterfranken Arbeitskreis und Dachverband Heidelberg. Als Gruppen aus Jugendzentren waren Jugendliche aus Amorbach, Mosbach, Wertheim, Marktheidenfeld, Bad Mergentheim, Weikersheim, Crailsheim, Gerolzhofen, Lohr, Schweinfurt, Kitzingen, Aschaffenburg, Walldorf, Leimen, Neckarsgemünd, Edingen, Nußloch und Jugendliche vom Dachverband der Jugendzentren Rems-Murr-Kreis sowie aus Dietzenbach und Schwäbisch-Gmünd vertreten.

Die über 100 Teilnehmer aus diesen Gruppen verteilten sich auf fünf angebotene Arbeitsgruppen: Zusammen mit der Kreisbildstelle in Bad Mergentheim wurde ein Kurs zum Erwerb des Filmvorführscheins durchgeführt, den 16 Jugendlichen erwarben. In der Video-Gruppe wurden neben der Vermittlung von Grundkenntnissen zwei Filme gedreht: einen selbst enwickelten 'action-Film' und ein Dokumentationsfilm über den Ablauf des Seminars. In einer Fotogruppe wurde der ganze Prozeß des Fotografierens nachvollzogen: Umgang mit der Kamera, Motivwahl, Negativentwicklung des Films, Positiventwicklung auf Papier. Im Anschluß daran wurden die Bilder ausgestellt und eine Wandzeitung über die Technik des Fotografierens zusammengestellt. Die Siebdruckgruppe produzierte zwei Veranstaltungsplakate für Jugendzentren und einen Aufkleber, der sofort vergriffen war. Außerdem stellte auch diese Gruppe ein kurzes Papier über die Siebdrucktechniken zusammen und verteilte dies unter die Seminarteilnehmer.
In der fünften Arbeitsgruppe, der Zeitungs-AG konnte man die Techniken des lay-outs erlernen, Phantasie und Schreibmaschine in Bewegung bringen. Die Zeitungsgruppe führte Interviews unter den Seminarteilnehmern durch und stellte Selbstdarstellungen über die Arbeit in den einzelnen Jugendzentren zusammen. Ihr Produkt, die "Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe" mit dem Titel TRAUMLAND, wird noch im November gedruckt vorliegen.

Trotz der großen Teilnehmerzahl in den einzelnen Arbeitsgruppen wurden in anbetracht der improvisierten Vorbereitung und der mangelnden Ausstattung des Jugendhauses, in dem die Mehrzahl der Arbeitsgruppen tagte, gute Ergebnisse erzielt und sinnvolle Qualifikationen und Anregungen vermittelt, die sich sicher positiv auf die Jugendzentrumsarbeit vor Ort auswirken werden. Bei diesem Medienseminar ging es darum,nicht nur Wissen auszutauschen (was bei den bisherigen Seminaren immer im Mittelpunkt gestanden hatte), sondern vor allem konkrete Kenntnisse und Techniken sich gegenseitig beizubringen, die in der Alltagsarbeit der Jugendzentren zur Gründung von Arbeitsgruppen anregen können. Über den Arbeitsprozeß hinaus war das Medienseminar auch ein Bereich des gegenseitigen Kennenlernens, des Erfahrungsaustausches über Probleme in den Jugendzentren und ein Stück selbstorganisierte Freizeit. So z.B. wurde zusammen Musik gemacht, Theater gespielt, die Video-Filme vorgeführt, Bücher und Zeitschriften getauscht und der Film "Mensch Biermann", der durch seine Jährung an Aktualität gewann und in keinem Kino der Region zu sehen ist, gezeigt. Zu einem nächsten Treffen werden sich die Jugendzentren aus der Region Franken-Hohenlohe Mitte Dezember in Amorbach zusammenfinden.

Kontakt:
Rainer Moritz, Mühlerstr. 63, 6980 Wertheim 1
Dort ist auch die Zeitung TRAUMLAND für 1 Mark zu beziehen.

OPEL BOCHUM: ARBEITSHETZE UND EIN "BETRIEBSUNFALL"

BOCHUM
15. November

Von der "Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall" wurde am 2.11. dieses Flugblatt verteilt:

ABTEILUNG 2983: STRAFBATAILLON "RUMMSBUDE"

Überall im Betrieb wird über die Arbeitshetze geflucht. Nehmen wir als Beispiel die Abteilung 2983 (Achsen-Teile– in Werk II, genannt "Rummsbude": schon von weitem hört man das Getöse. Die Kollegen müssen mit beiden Händen die schweren Teile vom Förderer abheben und in Blechkisten donnern. Drei Kollegen heben pro Schicht über 14.000 Teile ab, die noch heiß aus dem Lackbad kommen und nach Ni tro stinken. In engen Schweißkabinen sitzen andere Kollegen allein und schweißen im Akkord inzwischen 445 mal pro Schicht Achsteile zusammen, jedesmal mit 7 Schweißstellen. Dabei gibt es unfallgefährdenden Funkenflugaufgrund des billigen, aus Österreich importierten Materials, was die Firma heute benutzt. Der Kollege am Achsenschenkelband muß pro Schicht 4.700mal je zwei Achsschenkel aus einer Kiste nehmen, aufhängen und fertig lackierte Achschenkel wieder abnehmen und in den Blechbehälter werfen!

Für diese Knochenschinderei gibt es meistens die Lohngruppe 06 - 3, etwa 11,45 DM (bei 100%), rund 1.400,-- DM netto im Monat. So ein Lohn ist für einen Dr. Schlotfeldt vom Opel-Vorstand mit seinen rund 28.000,-- DM im Monat (laut Bilanz 1976) ein lächerliches Taschengeld!

Jeder der etwa 160 Kolleginnen und Kollegen in dieser Abteilung – egal ob Frau oder Mann, ob deutscher oder ausländischer Kollege, ob Inspektion oder Produktion –, kann bestätigen: die Arbeitdhetze ist immer schlimmer geworden; die Arbeit ist tierisch und macht einen gesundheitlich kaputt!

Wer sich gegen diese Ausbeutung wehrt, kriegt es in der Abteilung 2983 mit folgender Antreibermannschaft zu tun: Hauptabteilungsleiter Reinheimer, Abteilungsleiter Ludowig, Obermeister Schäfer und Puszalowski, – diese gutbezahlten Schreibtischtäter lassen die Dreckarbeit durch die Meister Stodt (A-Schicht) und Minter (B) machen. Beide sind dafür bekannt, daß sie Kollegen, die krank waren, SU hatten oder aufgemuckt haben, zur Strafe gern an die schlimmsten Arbeitsplätze schikken (ans Lackband, Achsschenkelband oder Waschmaschine)! Meister Minter drohte einem Kollegen mit Meldung an die Personalabteilung, als er nach einem Arbeitsunfall wegen einer Handverletzung nicht weiterarbeiten wollte und einfach nicht mehr konnte. Die B-Schicht hat außerdem noch einen verhinderten Meister als Kolonnenführer, Franz Dieter Kaminski, der sich für seine ,8 Groschen mehr Lohn dafür hergibt, die Kollegen anzutreiben und beim Meister anzuscheißen, wenn sie auch nur eine Minute zu früh am Pausenplatz sind. Der Typ wird "Bello" genannt, und wenn er durch die Abteilung geht, wird aus allen Ecken gekläfft...

In das Bild dieser Opel-Abteilung paßt auch der Vorfall vom 19.10.: in der Pause bricht ein Kollege am Pausenplatz zusammen. Einzelne Kollegen machen sofort Mund-zu-Mund-Beatmung, andere laufen zum Telefon. Doch der Krankenwagen kommt nicht durch: in der Abteilung stehen die Behälter und Gitterboxen so eng, daß die Fahrwege ständig zugestellt sind. Erst mußte mit Stapler und Ameise (kleiner Elektrokarren) der Weg freigemacht werden, ehe der Kollege ins Krankenhaus abgefahren werden konnte!

"Betriebsrat holen!" sagten einige. Gut, aber kann der allein die Probleme lösen? Wenn Euch die Mehrheit des Betriebsrates erklärt "Ja, wir leiten die Beschwerde weiter, wir stellen einen Antrag..." dann wird die falsche Hoffnung geweckt, als könnte der Betriebsrat an Eurer Stelle Eure Forderungen durchsetzen. Solche Betriebsräte handeln im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes, und damit im Sinne von Opel: Beschwerden werden weitergeleitet, die Kollegen werden vertröstet und abgewiegelt, damit ja nicht Unruhe aufkommt und der "Betriebsfrieden" gestört wird. Ein ehrlicher Betriebsrat, der den konsequenten gewerkschaftlichen Kampf führen will, muß erklären: "Ich gebe Eure Forderung weiter. Aber entscheidend ist, was wir gemeinsam machen. Die Vorgesetzten reagieren erst dann sofort, wenn sie Angst kriegen, daß wir ständig Theater machen und die Stückzahl ins Wackeln bringen!"

Ob in der „Rummsbude" Werk II oder in den anderen Abteilungen: wir müssen uns untereinander absprechen, auch mit der Gegenschicht, wie wir die Stückzahl drücken können (z.B. "Dienst nach Vorschrift" mit genauester Einhaltung der Unfall-Vorschriften, oder z.B. gemeinsame Verweigerung von Mehrarbeit). Zusammen müssen wir uns gegen die Antreiber,Methoden wehren. Wennes nicht mehr geht, müssen wir eben zum Sani, möglichst zu mehreren. – Die Angst, sich zu wehren, die jeder von uns in den Knochen hat, wird von Opel immer brutaler ausgenutzt. Dagegen können und müssen wir gemeinsam angehen!

Akkord ist Mord!
Runter mit dem Arbeitstempo!

Um die Knochenmühle zeitlich zu verkürzen, ist und bleibt eine der dringendsten Forderungen: 7-Stunden-Tag, und als 1. Schritt dazu 6 - 14, 14 - 22 Uhr mit bezahlter Pause!

Das Flugblatt schlug im Betrieb wie eine Bombe ein, war neben Fußballspiel vom Vorabend Hauptgesprächsthema unter den Kollegen. Die GOG führt diesen Erfolg auf die sehr genaue Erforschung von Daten, Fakten und Namen zurück. Die Kollegen in der "Rummsbude" fanden ihre Situation genau und richtig beschrieben.

Der "Bello" genannte Kolonnenführer wurde schon morgens in der Kaue (Wasch-, Umzieh-, Frühstücksräume) mit allgemeinem Gekläffe begrüßt. Mut und Solidarität der Kollegen gegen die Antreiber waern stark gewachsen.

Auch die Polizei reagierte. Von den Flugblattverteilern wurden die Personalien festgestellt, und zwar mit zwei unterschiedlichen Begründungen:
1. es seien Beleidigungen im Flugblatt enthalten;
2. man habe Anweisung, alle größeren Flugblattaktionen vor Betrieben zu beobachten!

Nur einen Tag nach diesem Flugblatt wurde ein 18-jähriger Kollege Opfer dieser Arbeitshetze. Dazu ein Flugblatt vom 9.11.:

ZUM TODE DES KOLLEGEN HEIKO ORTMAN

Am Donnerstag, 3.11.77 um 12 Uhr 40 fährt der Kollege Heiko Ortmann mit einem Industrie-Schlepper und vier leeren Dollies die Rampe von der Fertigmontage zum Wareneingang D4 hinunter. Eine dicke Ölspur bringt sein Fahrzeug (2280 kg) ins Rutschen. Nach 50 m vergeblichem Bremsversuch gerät er gegen die rechet Leitplanke, Dadurch wird der Schlepper herumgeschleudert und kippt um. Der stählerne Dachrahmen trifft Heiko Ortmann tödlich am Kopf.

Heiko Ortmann wäre am 24.11.77 19 Jahre alt geworden. Seit Februar war er bei Opel; erst seit etwa fünf Wochen arbeitete er als Fahrer in der Transportabteilung. Dies war der 2. tödliche Unfall bei Opel seit den letzten Werksferien: am 25.8. war der Kollege Radtkowski im Rohbau D4 von einem Elektrokarren angefahren und tödlich verletzt worden.

FRAGEN WIR NACH DEN URSACHEN

Die meisten Schlepper- und Staplerfahrer werden euch bestätigen: durch die hochgeschraubten Stückzahlen in der Produktion nimmt auch die Arbeitshetze in den angegliederten

"unproduktiven" Bereichen wie z.B. der Transportabteilung zu. Die gewachsenen Anforderungen lassen ein unfallsicheres, konzentriertes Arbeiten einfach nicht mehr zu. So müssen im Wareneingang D4 die LKW's in kürzester Zeit entladen und das Material abgefahren werden. 1o Minuten Erholpause für die Transportfahrer (wie im Akkordbereich üblich) wurden kürzlich von Opel abgelehnt!! Seit 4 Wochen ist außerdem noch die Standard-Abteilung (Methoden-Gruppe) dabei, durch Abstoppen der Arbeitsgänge der Transportfahrer die Leistung noch weiter hochzutreiben!
Als weiteres Beispiel für die dauernde Unfallgefahr braucht sich jeder nur die zugestellten Fahrwege in seiner Abteilung anzusehen! Auf diesem Hintergrund, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir den Todes-Unfall von Heiko Ortmann sehen! Nachweislich ist besonders in den letzten zwei Jahren die Unfallziffer mit der hochgetriebenen Produktion gestiegen!

Im letzten Flugblatt haben wir über die unmenschlichen Zustände in der Abteilung 2983 "Rummsbude" Werk II berichtet. Die dort verantwortlichen Obermeister, Abteilungs- und Hauptabteilungsmeister haben wir als „gutbezahlte" Schreibtischtäter angegriffen. Was typisch ist für die Überlegungen dieser Leute, zeigte Betriebsleiter Hatzold (Transportabteilung Werk I) in der Besprechung zwei Stunden nach dem Unfall-Tod von H. Ortmann: auf den Hinweis des Vertreters der Gewerbeaufsicht, man müsse in Zukunft den schweren Batteriekasten der Transportfahrzeuge befestigen (diese hatte H. Ortmann unter den Dachrahmen gedrückt), fragte Hatzold: "Wie lange soll denn dann wohl das Wechseln der Batterien dauern? " Diese Herren haben nichts als Opels Stückzahlen, also Opels Höchstprofit im Sinn. Je mehr sie uns antreiben, desto besser können sie Karriere machen... Weil wir diese Wahrheit schon im letzten Flugblatt verbreitet hatten, spannte Opel die Kripo ein und ließ die Personalien der Flugblattverteiler (innen) feststellen!

Kolleginnen und Kollegen! Was können wir gegen die wachsende Arbeitshetze und die damit verbundenen Unfall-Gefahren tun? Als erstes: konsequentes Einhalten der Unfall-Verhütungsvorschriften! Uns muß die Stückzahl egal sein! Und wenn wir uns gemeinsam auf der Grundlage der alten gewerkschaftlichen Losung "Akkord ist Mord" wehren, dann braucht auch keiner Angst zu haben.

Als konkrete Aktion zum Tode von H. Ortmann haben viele Kollegen den Vorschlag gemacht: Am Tage seiner Beerdigung, Mittwoch, 9.11.77. 3 Gedenkminuten von 11 Uhr bis 11 Uhr 3 . Dieses werksweit zu organisieren wäre im Grund die Aufgabe des gewerkschaftlichen Vertrauens-Körpers. Schließen wir uns alle dem Vorschlag der 3 Gedenkminuten an!

Zwei weitere Neuigkeiten von Opel Bochum (aus dem Flugblatt der GOG vom 2.11.):

FRAUEN WEHREN SICH

Abt. 3471 Lackiererei. Dort gibt es einen Arbeitsplatz, an dem bis vor kurzem hauptsächlich Frauen beschäftigt waren. Sie mußten unter schwerster körperlicher Arbeit schalldämpfende Isolierungspappen in jeden Wagen einlegen.

Die Folgen Davon: Überlastung der Arme, des Rückens, der Bandscheibe brachte den Frauen häufige Fehlzeiten ein; eine Kollegin wurde bei weiteren Fehlzeiten mit der Kündigung bedroht. Nach fast täglichen Auseinandersetzungen und Beschwerden erzwangen die Frauen schließlich eine Umsetzung an einen für Frauen geeigneteren Arbeitsplatz.

Dieser Erfolg war nur durch ihr gemeinsames Vorgehen möglich!

NEUE GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE GEPLANT (über die alten s. ID 64, 130)

Die Vertrauenskörperleitung hat auf ihrer Sitzung am 12.9. hinter dem Rücken der Belegschaft erneut einen Rausschmiß aus der IG Metall gegen 2 Betriebsräte sowie einen Ersatzbetriebsrat der Liste 2 vorbereitet.

Im Protokoll der VK-Leitung Nr. 16 heißt es:
"Die Vertrauenskörperleitung ist der Auffassung, daß die Kollegen Schemel, Warda und Vierhaus weiterhin der Gruppe der Oppositionellen angehören, diese unterstützen und sich in Flugblättern mit ihrer Unterschrift zu ihr bekennen. Die Vertrauenskörperleitung wird mit den IG Metall-Betriebsräten klären, ob sie sich dieser Meinung anschließen. Ein Antrag nach § 11 der Satzung der IGM vom 1.1.75 zwecks Einleitung eines Untersuchungsverfahrens zur Feststellung von gewerkschaftschädigendem Verhalten wird zur nächsten Ortsverwaltungssitzung eingereicht. "

In das gleiche Bild von sogenannter "Gewerkschaftsbürokratie", wie sie diese "fortschrittlichen" Kollegen aus der VK-Leitung verstehen, paßt auch, daß auf der letzten Info-Stunde am 25.10. ein aktiver und kritischer Vertrauensmann massiv als Sympathisant der Liste 2 verhetzt wurde und mit einem Gewerkschaftsverfahren bedroht wurde.

Kontakt zur GOG über Opel-Solidaritätskomitee c/o ESG, 4630 Bochum, Postfach 520229, Tel. 0234/ 70 14 65

"JEDER IB-POPEL FÄHRT 'NEN OPEL" UND WEITERHIN ÄRGER IM JUGENDSOZIALWERK

FRANKFURT 17. November *Und wieder einmal macht der Internationale Bund für Sozialarbeit Jugendsozialwerk e. V. (kurz: IB) auf sich aufmerksam: Zu den schon berichteten Kündigungen (ID 167 und 188/189) ist eine neuerliche Kündigung hinzugekommen, über die der Betriebsrat — wie gewöhnlich — die Kollegen nicht informierte, so daß sie dies in einem öffentlichen Brief (hier gekürzt) selbst taten:*

Liebe Kollegen,

der IB hat wieder einmal eine unseres Erachtens ungerechtfertigte Kündigung ausgesprochen.

Kündigung der Kollegin C. Brand in Rüsselsheim

Auf den letzten Betriebsversammlungen war mehrfach von Rüsselsheimer Kollegen von den unhaltbaren Zuständen in den vom Jugendsozialwerk verwalteten Opel-Wohnheimen berichtet worden. Diese Enthüllungen hatten für die betreffenden Kollegen massive Diszipolinierungen von Seiten des Arbeitgebers zur Folge. Nun hat am 26.10.77 die Rüsselsheimer Kollegin C. Brand die außerordentliche Kündigung erhalten.

Mit allen Mitteln will der IB verhindern, daß die einträgliche Zusammenarbeit mit den Opelwerken durch gewerkschaftliche Betätigung der Kollegen gestört wird, wobei seine Methoden an Dreistigkeit inzwischen kaum noch überboten werden können. Die Führung betriebsgebundener Wohnheime stellt für den IB ein gutes Geschäft dar; sie hat nach der Bilanz von 1975 insgesamt 11.308.000,-- DM Umsatz eingebracht. Von dieser Summe stammt ein erheblicher Teil aus Rüsselsheim. Solange der IB Einnahmen und Ausgaben von den Wohnheimen nicht aufdeckt, muß man vermuten, daß er auf Kosten der Heimbewohner und Sozialbetreuer versucht, durch Einsparungen und Rationalisierungen noch mehr Profite aus den Opelwohnhei-

men raus zu wirtschaften. In den letzten Monaten hat sich die ohnehin mangelhafte Versorgung der Heimbewohner weiter verschlechtert. So wurden Tageszeitungen abbestellt und das Telefonnetz in unvertretbarer Weise eingeschränkt.

Die in den Heimen angestellten Sozialbetreuer – zumeist Ausländer –, leisten ihre Arbeit bei niedrigster Bezahlung (der Durchschnittslohn liegt bei 1.250 DM, dies entspricht der Gehaltsstufe II/8). Einerseits wird vom IB gegenüber den Sozialbetreuern argumentiert, sie hätten keine sozialpädagogische Ausbildung, andererseits werden sie der Fa. Opel gegenüber als qualifizierte Sozialbetreuer angeboten. Man muß annehmen, daß die Fa. Opel dem IB somit auch für qualifizierte Kräfte gut bezahlt. Davon merken die Sozialbetreuer aber nichts!

Alles läuft darauf hinaus, daß der geringstmögliche Aufwand betrieben werden soll, um den Arbeitsauftrag zu erfüllen. Dieser besteht darin, die Heimbewohner von den Problemen am Arbeitsplatz abzulenken. In einvernehmlicher Zusammenarbeit mit seinem 'Partner' erwartet der IB von den Kollegen 'Loyalität' auch gegenüber den Opelwerken. Die Sozialbetreuer sollen keine Stellung nehmen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Opelarbeiter.

All das hat in Rüsselsheim ein unerträgliches Klima von Unterdrückung und politischer Bespitzelung erzeugt. Kündigungsdrohungen, Zwangsversetzungen (ein Kollege wurde in einem Jahr viermal versetzt), sind dafür deutliche Beispiele. Im letzten halben Jahr hat der Widerstand gegen diese Zustände in den Opelwohnheimen zugenommen. Es wurde eine ÖTV-Betriebsgruppe gegründet trotz massiver Versuche der Gesamtleitung, diese Initiative zu spalten.

Die Rüsselsheimer Betriebsgruppe hat inzwischen erfolgreich durchgesetzt, daß ihre Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen bis III/8 von der Betriebsversammlung verabschiedet wurde und sogar vom Gesamtbetriebsrat übernommen werden mußte.

Parallel hierzu haben sich Heimbewohner zu einer Initiative zusammengeschlossen und Forderungen nach mehr Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, besserer Reinigung und freier Gestaltung der Zimmer, regulären Mietverträgen und Kontrolle der Wohnheime durch den Opel-Betriebsrat aufgestellt.

Der IB hat einerseits versucht, die Aktivitäten der Heimbewohner zu verhindern, indem er eine von den Bewohnern einberufene Heimversammlung zu verbieten versuchte und die Aushänge hierzu entfernte. Andererseits versucht er, die zunehmende gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen zu unterbinden, indem er nun die Kollegin Brand, die sich besonders aktiv für die Interessen der Kollegen wie auch der Heimbewohner eingesetzt hat, als 'Unruhestifterin' herauswerfen will.

Kurz vor Ende ihrer Probezeit war C. Brand in erpresserischer Weise gezwungen worden, einen befristeten Arbeitsvertrag über ein Jahr zu unterschreiben, anderenfalls drohe ihr die sofortige Kündigung. Die Kündigung ist inzwischen zum 30.10. 77 erfolgt. Der IB verlieh seinem Vorhaben Nachdruck, indem er zusätzlich eine fristlose Kündigung aussprach, mit der Begründung, daß sie für die Einberufung der nicht genehmigten Heimversammlung verantwortlich sei. Dies stimmt nachweislich nicht. Was sollten die Opel-Arbeiter für eine Veranlassung haben, die Einberufung an einen Sozialbetreuer zu delegieren geschweige denn die Erlaubnis einzuholen, wenn sie ihr selbstverständliches Recht, sich zu versammeln, wahrnehmen wollen?

Am 17.10. fand nun ein Arbeitsgerichtsprozeß statt, wo Kollegin Brand gegen den IB für ihre Weiterbeschäftigung Klage erhoben hat. Die Zuschauer bei diesem Prozeß werden dieses Lehrstück an arbeitnehmerfeindlicher Politik von seiten des Internationalen Bundes für Sozialarbeit so bald nicht vergessen:

Die Kündigung von C. Brand wurde vom Arbeitgeber zunächst so begründet, daß man ihr bisheriges Gehalt (Lohngruppe III/8) nicht weiter bezahlen wolle, da dies im Betrieb 'Probleme' bezüglich ungleicher Bezahlung aufwerfe (sprich den 'Betriebsfrieden' stören) würde. Umgekehrt sei es nicht möglich, das Gehalt der übrigen Kollegen auf III/8 anzuheben, daher habe man sich zur Befristung des Arbeitsverhältnisses entschlossen. Als jedoch draufhin vom Gericht als alle Probleme lösender Vergleich vorgeschlagen wurde, Kollegin Brand dann doch wie die anderen Kollegen in der Gruppe II/8 weiterzubeschäftigen (womit sich C. Brand einverstanden erklärte), mußten die IB-Vertreter die Katze aus dem Sack lassen.

Die IB-Vertreter bezweifelten (zu Recht!), daß die Kollegin Brand mit dem niedrigen Gehalt zufrieden geben würde; sie müßten davon ausgehen, daß sie sich auch in Zukunft mit ihren Kollegen für die Streichung der unteren Lohngruppen bis III/8 einsetzen würde. Deshalb wäre Kollgin Brand für den IB nicht zumutbar! Es ging hier also nicht darum, ein formaljuristisches Problem von Arbeitsverträgen und Eingruppierungen zu lösen, sondern eine mißliebige Kollegin, die aktiv den Lohnkampf geführt hat, loszuwerden!

Dem Gericht schien soviel Dreistigkeit auch lange nicht mehr untergekommen zu sein. Der IB mußte sich belehren lassen, daß die Kollegen im Lohnkampf lediglich ihre selbstverständlichen gewerkschaftlichen Rechte und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen würden. Der dringenden Empfehlung, C. Brand weiterzubeschäftigen, setzten die IB-Vertreter dennoch ihre beharrlichste Weigerung entgegen.

Schließlich, als letzten Versuch, brachten die IB-Vertreter die Begründung, daß Frau Brand das gute Verhältnis zum Vertragspartner gefährden würde, weil sie in Flugblättern die Verantowrtlichen als 'Opel-Kapitalisten' titulieren würde. Dies konnte das Gericht auch nicht beeindrucken, da 'Kapitalist' ihres Erachtens in unserer Gesellschaftsordnung ein gebräuchlicher, durchaus neutraler Begriff sei.

Der IB wird auch weiterhin versuchen, Kollegin Brand als 'Störenfried' zu beseitigen. Dabei ist offensichtlich, daß die Behauptungen, das Verhältnis unter den Kollegen und Heimbewohnern würde durch sie beeinträchtigt, nichts als erfunden ist. Das zeigen die Resolutionen von Heimbewohnern, die auch auf der Betriebsversammlung der Opel-Arbeiter eingebracht worden ist, sowie der ÖTV-Betriebsgruppe Rüsselsheim, die sich allesamt für die Weiterbeschäftigung der Kollegin einsetzen, weil sie wissen, daß sich C. Brand für ihre Interessen winsetzt.

Der IB konnte ihr bezüglich ihrer praktischen Arbeit auch nichts Negatives vorwerfen, ganz im Gegenteil, sie hat ein ausgezeichnetes Zeugnis erhalten.
Gestört – und entlarvt – werden hier lediglich die finsteren Geschäfte des IB. Dem will der Ib nun wieder durch Statuierung eines Exempels, durch die Disziplinierung einer Einzelnen, einen Riegel vorschieben, um die restlichen Kollegen davon abzuhalten, sich politisch und gewerkschaftlich zu betätigen. Dies geschieht in Einigkeit mit den Opel-Kapitalisten – und, man beachte, auch mit der Gewerkschaftsführung, die gegen C. Brand wegen angeblicher KBW-Mitgliedschaft ein Ausschlußverfahren eingeleitet hat.

Trotz der Kritik an dem Vorgehen des IB stimmte das Arbeit beitsgericht nach zweiwöchiger (!) Denkpause der Kündigung zu; die Klage auf Weiterbeschäftigung wurde abgelehnt! Eine Urteilsbegründung liegt noch nicht vor, Kollegin Brand wird gegen dieses Urteil in die Berufung gehen.
Wir protestieren gegen die fristlose Kündigung der Kollegin Brand und fordern ihre sofortige Weiterbeschäftigung! Die in diesem Zusammenhang nachweislich von einer Interessengruppe der Arbeiter im Wohnheim eingerufene Versammlung wurde drei Stunden vor Beginn von dem Referatsleiter der Hauptgeschäftsführung des IB (kurz HGF) und dem Gesamtleiter der

Opel-Wohnheime verboten! Gleichzeitig bekam C. Brand Hausverbot mit der Begründung, sie habe kompetenzwidrig diese Heimversammlugn einberufen. Nicht Nela Brand, sondern die Mißstände in den Opel-Wohnheimen sind die Ursachen für den Zusammenschluß der Arbeiter.
Das Auftreten der Vertreter der HGF vor Gericht, die vorgebrachten Gründe zur außerordentlichen Kündigung und das Verhalten der HGF gegenüber den Arbeitern im Wohnheim macht uns deutlich:
– der HGF geht es darum, das einträgliche Geschäft mit der Fa. Opel nicht zu gefährden. Deswegen ist die HGF jederzeit bereit, Unruhen unter den Arbeitern und Sozialbetreuern in den Wohnheimen zu unterdrücken. Dies ist letztlich die Grundlage des "partnerschaftlichen Verhältnisses" zwischen der Fa. Opel und dem IB.
– der HGF geht es darum, unseren Zusammenschluß für bessere Arbeitsbedingungen und ausreichenden Lohn zu behindern; angeklagte Kollegen werden eingeschüchtert, diszipliniert und wenn das nicht ausreicht, gekündigt.

Es sit die Aufgabe der Gewerkschaft, den oben beschriebene nen Kampf zu unterstützenund jeden Kollegen gegen jegliche Angriffe des Arbeitgebers mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Das Gegenteil ist hier jedoch der Fall. Die Gewerkschaftsführung hat auf Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Kollegein Brand wegen angeblicher Unterstützung des KBW ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet. Damit boykottiert sie unsere gewerkschaftliche Arbeit und unterstützt stattdessen die Interessen des Arbeitgebers.
Wir fordern:
Einstellung des ÖTV Gewerkschaftdauschlußverfahrens gegen die Kollegin Brand! Die Gewerkschaftsführung muß auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung noch in diesem Jahr zu ihrem Verhalten Stellung beziehen!
Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse!

Auch der Betriebsrat (der die Interessen der Arbeitnehmer vertreten soll), hat bisher nichts für die Weiterbeschäftigung der Kollegin Brand unternommen. Wie in 15 anderen Fällen hat der Betriebsrat weder die Kollegen informiert, noch zu erkennen gegeben, ob er – und wenn ja welche –, Maßnahmen er ergreifen wird.
Wir fordern den Betriebsrat auf bis zur nächsten Betriebsversammlung:
1. Alles zu unternehmen, damit die Kollegin Brnad weiterbeschäftigt wird, und alle Kollegen schriftlich über die Kündigungsgründe der Kollegin Brand zu informieren. Der Betriebsrat muß sein Verhalten und die gefaßten Beschlüsse offenlegen und begründen.
Der Betriebsrat muß Stellung nehmen zu unserer Forderung: Sofortige Information und Offenlegung der eingeleiteten Schritte des Betriebsrats bei jedem Angriff auf Kollegen!
Die schriftliche Resolution der Rüsselsheimer Betriebsgruppe , die sich gegen die Kündigungsbabsicht der Kollegin Brand richtete, wurde auf der letzten Betriebsversammlung dem Betriebsratsvorsitzenden Wißdorf zur Kenntnisnahme weitergeleitet. Sie ist offensichtlich ignoriert worden! ...

Frankfurt, den 12.11.77 — Vertrauensleute Rüsselsheim
ÖTV-Betriebsgruppe Frankfurt

Neben den aktuellen Konflikten, die wir hier aufgezeigt haben, werden wir weiterhin Material sammeln, was als Information über den IB veröffentlicht werden soll (siehe ID 167). Das Material bitten wir an den ID (nicht IB!) zu schicken, es wird dann weitergeleitet werden.

NACH DEM FRÜHSTÜCK DER ZAPFENSTREICH

MITTENWALD
16. November

Aus der Mittenwalder Soldatenzeitung "Schlagbolzen" Nr. 18 veröffentlichen wir den folgenden Bericht. Das es keinen Einzelfall darstellt, obgleich man sonst wenig darüber erfährt wenn man nicht in der Bundeswehr ist, nur am Rande.

"Folgende wahre Begebenheit hat sich heuer in der Edelweißkaserne (4./221) ereignet, eine Geschichte, die momentan zum Schmunzeln Anlaß geben mag, jedoch das traurige Bild widerspiegelt, das die Erziehungsmaßnahmen des Chefs abgeben:

Um wieder einmal zu zeigen, um was es bei der Bundeswehr geht, befahl der Chef eine verschärfte Kontrolle des Weckvorgangs durch den Feldwebel vom Wochendienst, wobei es laut Vorschrift darum geht, wie eine Feder aus dem Bett zu springen, was allentscheidend für den geordneten Verlauf des Tages ist. Dieser führte den Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen durch und hatte schon kurz nach dem "Kompanie aufstehen" eine "Sünderliste" fertig, mit der er sich beim Chef sehen lassen konnte. Dies fiel ihm auch nicht schwer, denn er brauchte bei den allerersten Buden nur pauschal die Zimmernummer aufzuschreiben, da die dort Inhaftierten gar keine Möglichkeit hatten, der Jagd zu entkommen. Beim Dienstappell erklärte der über die große Zahl von Namen (35 Mann) in Zorn geratene Chef neben einer Bankrotterklärung seinerseits, er lasse sich die allgemeine Disziplinlosigkeit nicht bieten und werde ausschlagen, indem er die Schlaftäter dort packe, wo es weh tut, nämlich in der Freizeit. Statt einer Gehörübung, die den Kern des Problems wenigstens getroffen hätte, jedoch in der ZDV noch nicht festgesetzt ist, hing folgender Dienstplan für den darauffolgenden Samstag am Schwarzen Brett: Wecken zur üblichen Zeit, Antreten mit Vollzähligkeitsappell im Kampfanzug Sommer, Zapfenstreich, ein halbes Stünchen Schlaf bis zum Wecken, Antreten mit Vollzähligkeitsappell im KA Winter, obligatorisches Frühstück, Zapfenstreich, ein halbes Stündchen "Schlaf", Wecken, Antreten mit Vollzähligkeitsappell im Sportanzug (damit es nicht langweilig wird), Dienstschluß; eine rundum wirklich lehrreiche und erziehungspsychologisch effektive Übung, die für die Schule der Nation spricht. Es ging zumindest ein Wunschtraum der Soldaten in Erfüllung, nämlich nach dem Frühstück wieder ins Bett gehen zu dürfen. Der Gag wäre sicherlich nicht so groß geworden, wenn den meisten dieser Soldaten nicht das Wochenende vermiest worden wäre. Die beiden darauffolgenden Wochenenden waren sowieso zum Scheitern auf dem Truppenübungsplatz Hohenfels verurteilt."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

BEIRAT DES ID:
Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

AN DIE § 218-BERATUNGSGRUPPEN DER FRAUENZENTREN

HAMBURG
November 77

Von den Medizinerfrauen aus Hamburg bekamen wir diese Aufforderung:

Liebe Frauen,

Wir sind eine Gruppe von Medizinstudentinnen und beschäftigen uns seit einiger Zeit mit der Anwendung von Prostaglandinen* bei Schwangerschaftsabbrüchen. Wir möchten jetzt noch viele Informationen sammeln, um uns ein möglichst umfassendes Bild machen zu können.

Deshalb würde es uns sehr nützen, wenn Ihr auf unsere Fragen antworten könntet:
Inwieweit ist Euch etwas über die Anwendung von Prostaglandinen in Eurer Stadt bekannt (z.B. die Art der Anwendung, die Häufigkeit, werden auch Privat-Patientinnen damit behandelt)? Außerdem legen wir sehr großen Wert auf Erfahrungsberichte von Frauen. Was mußten sie unterschreiben bei der Aufnahme ins Krankenhaus? Inwieweit wurden sie vor dem Abbruch über Prostaglandine aufgeklärt? Welche Wirkungen, vor allem Nebenwirkungen spürten die Frauen? Wie reagierte das Krankenhauspersonal darauf? Welche Medikamente erhielten die Frauen gegen die Nebenwirkungen? Welche Gefühle hatten die Frauen während der Behandlung und ging das Personal darauf ein? Wurden sie noch abgesaugt oder ausgeschabt?

Zum Schluß noch die Frage, ob Ihr vielleicht auch Aktionen gegen diese Anwendung der Prostaglandine plant oder schon gemacht habt. Vielleicht könnten wir da etwas zusammen unternehmen.

Mit feministischen Grüßen
Medizinsoziologie Frauengruppe
Universität Hamburg

Bitte schickt Eure Antworten an:
Wiebke Schleiff
Bartelsstraße 49
2000 Hamburg 6

*Prostaglandine sind zyklische Fettsäuren, die in nahezu jedem Körperteil vorkommen. Sie werden seit '74 von einer schwedischen Firma hergestellt. P. werden in späten Schwangerschaftsstadium zur Abtreibung durch Einspritzen in die Gebärmutter angewendet. Sie lösen äußerst schmerzhafte Blutungen aus! Die Nebenwirkungen sind bis heute nicht erforscht.

UNI-VOLLVERSAMMLUNG BESCHLIESST STREIK

FRANKFURT
23.November

Nahezu einstimmig wurde auf einer Uni-Vollversammlung in Frankfurt in einer Urabstimmung ein Streik gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG) beschlossen. Etwa 1500 Leute waren auf der VV. Streikbeginn ist der 5.Dezember. Nach einer Woche wird eine erneute Vollversammlung über die Fortsetzung des Streiks entscheiden.

AStA NEUWAHLEN AN DER TH AACHEN

TERROR-URABSTIMMUNG

Die folgenden beiden Berichte erhielten wir telefonisch vom Pressereferat des Aachener AStAs:

Seit Montag, den 21.November gibt es einen vollständig neu gewählten AStA an der TH Aachen. Die Studentenparlamentswahlen im Sommersemester hatten eine klare linke Mehrheit im SB ergeben (36:24). Die Basisgruppen stellen die stärkste Fraktion. Schwierig wurde es dann mit den Koalitionsverhandlungen zwischen Basisgruppen und Jusos/SHB, vor allen Dingen in den Punkten: Beteiligung bereits arbeitender Gruppen (z.B. AKW-Nee-Gruppe) am AStA als selbstständige Projekte(Ökologie-Projekt, autonomes Frauenprojekt, Einigungszwang, Außenvertretung, Gewerkschaftsausschlüsse, Personalfragen. Die Koalitionsverhandlungen zogen sich bis Oktober hin. Auf den letzten beiden Studentenparlamentssitzungen wurden die AStA-Vorsitzende und der Ausländerreferent
bereits seit längerem gewählt von der Ausländervollversammlung — im Amt bestätigt. Erfreuliche Neuerungen gegenüber letztes Jahr sind: 1. daß 3 der 6 AStA-Referenten Frauen sind (bei einer Verteilung Frauen — Männer an der TH Aachen von ungefähr 1 : 4), 2. daß die Möglichkeit besteht, über die Verteilung der Referate hinaus, AStA-Projekte einzurichten (Repression, Lehrer, Ökologie, Technologie, Wohnen, Medien, Planung, Psycho-Bereich)und damit die ganze Arbeit auf breitere Füße gestellt wird. Wir werden sehen!

DISKUSSION MIT "EUROKOMMUNISTEN"

STUTTGART
17. November

Vom 2.-4. Dezember 1977 wird in Stuttgart eine Arbeitstagung über Probleme des Sozialismus in West- und Südeuropa" stattfinden. Veranstalter ist das Sozialistische Zentrum, unterstützt vom Sozialistischen Büro Offenbach, und eine Studiengruppe Sozialistenkongreß. Die Tagung will vor allem authentische Diskussionsmöglichkeiten mit Vertretern eurokommunistischer Parteien anbieten. Zugesagt haben Vertreter der KPI und KP Spaniens, außerdem Mitglieder des Ceres (Centre d'Etudes, Recherches et Education Socialistes), von Manifesto, Lotta Continua, der franz. PSU, der span. Volkssozialisten (PSP) u.a.

Außer der eigentlichen Konferenz sind ein Internationales Fest und eine 'Manifestation der Internationalen Solidarität' geplant. Die Teilnehmergebühr (25 DM) enthält umfangreiche Kongreßunterlagen und einen Solidaritätsbeitrag für die Ausländer.
Auskunft:
Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart,
Tel. 0711/26 43 45



ID - BIBLIOPHILIE - ID - BIBLIOGRAPHOLOGIE

Verlag Klaus Wagenbach, Berlin

* Fanal; Erich Mühsam. Aufsätze und Gedichte 1905 - 1932. Hrsg. von Kurt Kreiler. 8,50. Der Anarchist mit dem freien Kopf würde von Herbert Wehner gelinkt, von den Kommunisten geächtet von den Nazis umgebracht - und seine Ermordung im KZ wurde in der Presse so dargestellt: Ein Anarchist richtet sich selbst !!! Die vorliegende Auswahl von Mühsam Texten wurde dem deutschen Politspießer gewidmet.
* Baudelaire 1848: Gedichte der Revolution. Hrsg. und kommentiert von Oskar Stahlberg ne Sahlberg. Die'Blumen des Bösen' und die Geburt der Phantasie aus der Politik. 8,00
* Kurze Geschichte der Französischen Revolution, Albert Soboul.7,50 Ereignisse, Ursachen und Folgen in knapper Darstellung. Man stelle sich vor: die damaligen Bürger wendeten tatsächlich **Gewalt** an, um die bestehende Gesellschaftsordnung zu überwinden.
* Jetzt schlägts 13. Deutsche Literatur aus dreizehn Jahren. Hrsg. von Klaus Wagenbach. Tatsächlich, eine Anthologie. Für 7,00 Mack
* Die bunten Getüme. Neue Gedichte von Erich Fried. Quartheft 90
* Kreuz des Südens, schwarzer Brand. Gedichte und Prosa von Breyten Breytenbach. Quartheft 89. Übersetzt aus dem Afrikaans und dem Niederländischen. Der Autor ist weißer Südafrikaner. Er schreibt über das Leben der Weißen auf den Schultern der Schwarzen
* Arme und Irre; Ernst Köhler; die liberale Fürsorgepolitik des Bürgertums; 12,90. 'Soziale Sicherheit' als Fortsetzung der Armenpolitik des 19. Jhdts. Der öffentliche Skandal des Elends wurde privatisiert, die Elenden erst aus ihren sozialen Zusammenhängen gerissen und dann der Öffentlichkeit als abschreckende Exempel zurückerstattet, als gescheiterte Existenzen und Verrückte.
* Zweite Rückkehr aus China. C. und J. Broyelle, Eveline Tschirhart. Ein neuer Bericht über den chinesischen Alltag,nach über zwei Jahren Aufenthalt; 14,50

Attica Verlag, Hamburg

Ist ein Neuling in der Welt des Schriftums und wird schwerpunktmäßig Bücher über Strafjustiz, Strafverteidigung, Staatsrecht und Politikwissenschaft herausgeben.Es ist insbesondere an Übersetzungen klassischer Bücher aus dem amerikanischen Sprachraum gedacht, wozu es dort eine große Tradition von Veröffentlichungen gibt. Verlagsanschrift: Osterstr. 120, 2 Hamburg 19. Bisher erschienen :

* Staatsschutz und Berufsverbote in der BRD. Von Bakker-Schut, Enzensberger, Ferron, Groenewold, Hasbroek, Wielek, 9,00. Erschien zurst in Holland und dient dort zur Grundlage für die Information über das Modell Deutschland
* Politische Justiz 1918 - 1933; Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover - Drück. Mit Beiträgen von Fritz Bauer und Richard Schmid, Zeichnungen von George Grosz; 18,00. Neuherausgabe des 1966 zuerst veröffentlichten Buches.

Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

* Planungsbegriffe. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Planersprache von: Abbruch bis: Zweckentfremdung. 335 Begriffe aus dem Bereich Planen - Bauen - Wohnen - Stadt; 10,00. Für den Papierkrieg von BIs und Stadtteilgruppen ein hilfreiches Lexikon.

*** Politikon Nr. 57, Göttingen**

In der Novembernummer: Zur politischen Disziplinierung von Intellektuellen. Kommentare und Berichte zur Suspendierung Brückners, zum Konflikt um die Herausgabe der 'Buback - Dokumentation' und zur Suspendierung des Göttinger Asta.. Artikel und Interviews zur Akademikerarbeitslosigkeit.

Peru - Komitee / Lateinamerika Nachrichten, Berlin

* Peru - Der lange Weg vom 'Dritten Weg' in die Sackgasse. Beschreibung und Analyse, Information. 6,80 Pschkt. 380343-103 Berlin, Angelika Kopecny. Stichwort: Broschüre.

DEMONSTRATION GEGEN DIE ABSCHIEBUNG CROISSANTS

PARIS 19.November

Die Tageszeitung Liberation kommentiert die zum Teil gewalttätig verlaufene Demonstration vom Freitag, den 18.November:

„Mindestens 10 000 Personen nahmen an der Demonstration gegen die Abschiebung Klaus Croissants teil. Für viele der Teilnehmer war es einfach nur wichtig, dabei zu sein. Denn nach der überstürzten Abschiebung Croissants nach Deutschland mußte der Bitterkeit Ausdruck gegeben werden.

Das war die einzige Möglichkeit von Solidarität mit Croissant in Stammheim. Zugleich war es Ausdruck des Protestes gegen die Regierung, die sich vor Helmut Schmidt gebeugt hat.

Die Demonstration verlief wie vorgesehen. Man erwartete Zwischenfälle und sie trafen ein. Banken wurden systematisch angegriffen, Geschäfte zerstört, Molotow-Cocktails geworfen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß heute bei jeder größeren Demonstration ein paar hundert junge ‚Radikale' dabei sind, die auf den Putz hauen wollen.

Man kann es beklagen oder bedauern — wie viele der Teilnehmer der gestrigen Demonstration — daß diese ‚Radikalen' eine Gewalt aufdrängen, die die meisten sich nicht ausgesucht haben. Es kann als sicher gelten, daß viele der Demonstranten gestern abend nach den ersten Angriffen auf die Banken frustriert waren, weil sie es so nicht wollten, selbst wenn sie dafür Verständnis haben können. Es bleibt nun die Möglichkeit, daß man entsprechend seinen Intentionen solche Zwischenfälle hervorhebt oder sie an den Platz rückt, wo sie hingehören. Die heutigen Zeitungen heben die Zerstörungen hervor, um die Bandbreite des Terrorismus auszudehnen und vergessen dabei ganz Croissant — eingekerkert im Keller von Stammheim. Wir nicht."

DEMONSTRATIONEN IN FRANKREICH GEGEN DIE ABSCHIEBUNG KLAUS CROISSANTS:

Abgesehen von der Demonstration in Paris (Schätzungen zwischen 10 000 und 18 000 Teilnehmern) fanden laut der Tageszeitung ‚Rouge' folgende andere Demonstrationen statt:

Montpellier: 500 Personen. Nächste Woche wird hier ein Meeting zu Klaus Croissant stattfinden.

Pau: 120 Personen.

Straßburg: Nach der verbotenen Demonstration am Donnerstag den 17.November gab es hier nur Vorbereitungen zu weiteren Demonstrationen.

Rennes: 500 Personen.

Caen: Ohne irgendwelche großen Aufrufe kamen 1500 Leute zusammen.

Rouen: 1200 Teilnehmer.

Marseille: 40 Anwälte demonstrierten vor dem Justizgebäude.

Amiens: 200 Teilnehmer an einer Demonstration, zu der sogar die KPF (große Ausnahme) aufrief.

Clermont-Ferrand: 700 Teilnehmer einer Demonstration.

Toulouse: 1000 Personen.

Lyon: 1000 Personen.

(Erwähnenswert bleibt die immens große Bandbreite an Organisationen, die sich an den Demonstrationen beteiligte.)

OFFENER BRIEF VON 94 ITALIENISCHEN WISSENSCHAFTLERN AN IHRE DEUTSCHEN KOLLEGEN

Cosenza 15.11.77

An die Forscher und Mitarbeiter der Universitäten und Forschungsinstitutionen in der BRD:

Zu einem Zeitpunkt, in dem die Situation in der BRD im Mittelpunkt der Diskussionen der internationalen Öffentlichkeit steht, wollen die Unterzeichner dieses offenen Briefes - Bürger Italiens, die im Bereich der Kultur und insbesondere der wissenschaftlichen Forschung arbeiten und an-

läßlich eines von der Universität von Kalabrien einberufenen Kongresses zum Thema "Analyse der Wissenschaftsstruktur und deren soziale Funktionen" zusammengekommen sind,- eine Einschätzung dieser Situation geben und diese ihren deutschen Kollegen mitteilen.

Wir versuchen dabei, nicht nur eine abstrakte, auf einer von außen durchgeführten Analyse der deutschen Situation beruhende Einschätzung abzugeben, sondern wir gehen von dem Bewußtsein aus, daß die objektiv mit der italienischen Situation bestehenden Analogien eine gemeinsame Anstrengung zur Klärung erfordern.

Beide Länder werden von einer Repressionswelle überflutet, die die Grundlagen und die Inhalte selbst derjenigen demokratischen Freiheiten bedroht, die wir oftmals einfach als selbstverständlich ansehen.

Für Italien können wir als Beispiele nennen: die Gesetzte zur öffentlichen Sicherheit, die der Polizei größere Rechte als der Rechtsprechung zubilligt(die Todesstrafe existiert zwar nicht, aber die Polizei darf Todesschüsse abgeben und tut es auch) und die Einschüchterungsversuche und die Repressionen seites der Gerichte und der Sicherheitskräfte gegen die Anwälte der Roten Hilfe und gegen die demokratische Richtervereinigung; die Beispiele reichen bis zur Errichtung von speziellen Gefängnissen, die sich explizit am deutschen Modell orientieren.

In Deutschland wurde die Kriminalisierung der Opposition gegen den Staat ("der Dissidenten"), die vor einigen Jahren von den Massenmedien begonnen wurde, mit den Gesetzen zum Berufsverbot fortgesetzt und verstärkt und schließlich zu Maßnahmen wie der Errichtung von speziellen Gefängnissen und der physischen und psychischen Vernichtung der politischen Gefangenen und der Verfolgung ihrer Anwälte geführt (der letzte Fall ist der der unbegründeten Verfolgung der Anwälte Müller, Newerla,Haag und Croissant); auf der anderen Seite steht das Anwachsen des individuellen Terrors, der seine Stärke gerade aus der Unterdrückung jeglichen friedlichen Dissenses gründet und der angesichts der Institutionalisierung eines staatliches Terrorismus sich als einzig mögliche Form des Widerstandes präsentieren kann. Die bezeichnendsten Beispiele scheinen uns hier der Fall der 47 demokratischen Hochschullehrer - unter ihnen J.Agnoli,P.Brückner,U.K.Preuß - zu sein, die angeklagt werden, Sympathisanten der Terroristen zu sein, und zwar nur weil sie gegen eine gegen die Mescaleros gerichtete Presse- und Justizkampagne protestiert haben; oder die politische und moralische Lynchjustiz an Intellektuellen, Schriftstellern und Kulturschaffenden wie H.Böll, G.Grass und H.M.Enzensberger. Als bisher letztes Beispiel für den grenzenlosen Terror des Staates ist die Ermordung von H.Meins, U.Meinhof,J.C.Raspe,A.Baader,G.Ensslin und der Angriff auf I.Möller anzusehen. Wir schenken in der Tat den von der deutschen Regierung gegebenen offiziellen Versionen keinen Glauben, genauso, wie wir den offziellen Versionen der italienischen Regierung über den Tod von Pinelli keinen Glauben geschenkt haben.

Diese jüngsten Morde setzen zudem ein Zeichen für die Regierungen anderer Länder, die es ebenfalls mit Oppositionsgruppen zu tun haben, die sich nicht mehr in den institutionellen Rahmen intergrieren lassen. Die Bedeutung dieser exemplarischen Aktion der Bundesregierung hängt eng mit der Führungsrolle zusammen, die die BRD auf der Grundlage ihrer ökonomischen Kraft in Westeuropa zu spielen versucht. Es ist kein Zufall, daß die BRD in Straßburg die anderen Länder dazu gezwungen hat, das von ihr vorgeschlagene Abkommen, das die Auslieferung der sog. politischen Kriminellen vorsieht, zu akzeptieren.

...

Wir sind der Überzeugung, daß die einzige effektive Garantie für die Meinungsfreiheit und die Freiheit von Forschung und Lehre und die einzige Möglichkeit, die gegenwärtigen reaktionären Tendenzen in diesem Bereich aufzuhalten, nicht in der Fähigkeit der "Gemeinschaft der Wissenschaftler", sich selbst zu verteidigen, besteht, sondern darin, auf nationaler und internationaler Ebene eine demokratische Kontrolle ihrer Arbeit auf Massenebene durchzusetzen und die gesellschaftlichen Ziele ihrer Arbeit permanent in Frage und zur Diskussion zu stellen.

Wir fordern alle Wissenschaftler und Mitarbeiter an den Universitäten und Forschungsinstituten, alle im Erziehungsbereich tätigen Intellektuellen und alle Kulturschaffenden dazu auf, diesen Brief zu unterschreiben.

Diesen Brief haben bislang 94 Intellektuelle unterschrieben, unter anderen: Alfred Sohn-Rethel, Franco Piperno, Romano Alquati.

DEMONSTRATION TOTGESCHWIEGEN

BELGIEN
November 77

Von der deutschen Presse totgeschwiegen wurde eine Demonstration gegen das AKW Doel an der Scheldemündung. Am 1.10. demonstrierten 10.000 Belgier (bei der Größe des Landes beachtlich) in Antwerpen, ohne daß die Polizei eingriff. Unter Demonstrationsrecht wird in Belgien noch etwas anderes verstanden als in der BRD!

aus: Atom-Expreß Nr. 5

... UND DEN DRECK IN DIE WÜSTE

WIEN
Oktober 77

Eine Meldung aus dem "Wirtschaftsdienst":

Eine österreichische Expertengruppe der Elektrizitätswirtschaft verhandelt gegenwärtig in Teheran mit persichen Spezialisten und Regierungsvertretern über die Möglichkeit, künftig österreichischen Atommüll in den Wüstengebieten des Irans zu lagern. Das Problem der Endlagerung werde sich allerdings erst in den 90er Jahren konkret stellen, betonte Prof. Dipl. Ing. Wilhelm Erbacher.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen mit der französischen Compagnie Generale de Matieres Nucleaires (Paris) über eine österreichische finanzielle Beteiligung vorangetrieben, um eine Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente in Frankreich zu ermöglichen. Wenn die angestrebten Verträge zustandekommen, wäre sichergestellt, daß die Brennelemente nach ihrer Nutzung das Kernkraftwerk in Österreich verlassen könnten und das Problem einer Zwischenlagerung erst gar nicht akut wird.

RUDOLFO WALSH LEBT!

BUENOS AIRES / BONN
8. November

Der bekannte argentinische Journalist und Schriftsteller Rudolfo Walsh lebt und wird in einer Militärkaserne in Buenos Aires gefangengehalten. Dies geht aus einem kürzlichen Brief von Frau Walsh an den amerikanischen Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Terence Todman, hervor.

Walsh, u.a. Mitgründer der Nachrichtenagentur Prensa Latina und Herausgeber der gewerkschaftlichen Wochenzeitung "CGT de los Argentinos", war am 25. März 1977 von bewaffneten 'Zivilisten' aus seiner Wohnung verschleppt worden, nachdem er 24 Stunden zuvor einen offenen Brief an die Oberbefehlshaber gerichtet und eine Kopie davon an US-Präsident Carter gesandt hatte.

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

3

000

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir; ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nr. 205

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 11. November

Auch die INFORMATIONSSTELLE LATEINAMERIKA (Buschstr. 20, 5300 Bonn) hatte am 6.4.77 durch ein "ila - info - extra" zu einer Solidaritätsaktion für Rudolfo Walsh aufgerufen. Es scheint, daß die sofort einsetzende Solidarität Walsh das Leben gerettet hat.

Daher bitten wir einmal um die Veröffentlichung der Nachricht, daß Rudolfo Walsh lebt; zum andern bitten wir um die Unterstützung der Forderung nach seiner Freilassung.

Telegramme sind zu richten an:

Exmo Sr Presidente
General Jorge Rafael Videla
Casa de Gobierno
Balcarce 50
BUENOS AIRES C.F.
ARGENTINIEN

63 ERMORDETE BEI DEN DEMONSTRATIONEN DER LETZTEN WOCHE

TEHERAN
21. November

Die Conförderation Iranischer Studenten (CISNU) veröffentlichte heute folgende Erklärung (Auszug):

"Der Schah-Besuch in den USA war überschattet von Demonstrationen im In- und Ausland. Bei einer Demonstration in Teheran am Mittwoch, dem 16.11.77 an der über 10.000 Personen teilnahmen, und bei darauffolgenden Protesten gegen den Henker des iranischen Volkes wurden 16 - 20 Personen ermordet. Polizeieinheiten und "Zivile Garden" griffen die Demonstranten brutal an. Dabie wurden einige Hundert Personen verhaftet und in Lastwagen abtransportiert.
Direkter Anlaß für diese Proteste war eine für Dienstag abend (15.11.77) vorgesehene Dichterlesung in der Technischen Universität , bei der der fortschrittliche Dichter Said Soltanpour einen Vortrag halten sollte. Als zu den ca. 2.000 im Saal versammelten Personen weitere 2.000 dazukommen wollten, sperrte die Polizei das Tor ab.
"Zivile Garden" stürmten die Wohnungen bekannter Oppositioneller und knüppelten sie krankenhausreif.
Die fortschrittlichen Schriftsteller Homa Nategh und M. Azarm wurden, als sie sich auf dem Weg ins Polizeipräsidium befanden, um Anzeige gegen die Prügler zu erstatten, von als Taxi-Fahrer getarnter "Ziviler Garde" entführt und an einem weit abgelegenen Ort niedergeschlagen. Die beiden Schriftsteller — besonders M. Azarm — befinden sich jetzt in akuter Lebensgefahr.
Am Sonntag, dem 20.11.77., dauerten die Demonstrationen, bei denen die Polizei und "Zivile Garden" mit brutaler Härte vorgingen, an.
Wie die CISNU erfuhr, dauerten die Proteste auch gestern, am Montag, den 21.11.77 an. An diesem Tag wurden 47 Personen ermordet."

Kontaktadresse: CISNU, Postfach 16247, 6 Frankfurt

MAROKKANISCHER STUDENTENFÜHRER AUS FRANKREICH AUSGEFLOGEN

BERLIN
10. November

Said Smidi, ehemaliger Generalsekretär der - in Marokko verbotenen - marokkanischen Studentenvereinigung (Union Nationale des Etudients Marocains) wurde morgens um 6 Uhr am 29. Oktober 1977 verhaftet. Smidi lebt seit Jahren in Frankreich und hat sich aktiv für das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes eingesetzt. Er wurde daran gehindert, seine Angehörigen und seinen Rechtsanwalt zu verständigen. Die französische Polizei brachte ihn unmittelbar zum Flugzeug, wo er vor die Entscheidung gestellt wurde, entweder nach Marokko oder nach Algerien zu fliegen. Erst in Algier konnte Smidi gegen diesen Akt politischer Willkür protestieren. Smidi fordert seine Rückkehr nach Frankreich.

Said Smidi ist in Marokko im Prozeß von Casablanca im Januar/Februar 1977 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ihm wird vorgeworfen, als Generalsekretär der 1972 in Marokko verbotenen und verfolgten Studentenvereinigung politisch gegen das herrschende Regime gearbeitet zu haben. Weil er für das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes eingetreten ist und damit gegen eine "großmarokkanische Lösung", ist das marokkanische Regime daran interessiert, ihn zum Schweigen zu bringen.

Die Blitzaktion wendet sich nicht nur gegen einen führenden marokkanischen Oppositionellen im Exil, sondern steht in engem Zusammenhang mit der Stationierung von weiteren 2000 französischen Soldaten im Senegal und der Ausweisung weiterer 8 Nordafrikaner, die beschuldigt werden, Mitglieder der Befreiungsbewegung in der Westsahara zu sein (F.POLI–SARIO). Die französische Wirtschaft hat in Marokko und in Mauretanien starke Interessen und deshalb versucht, die franz. Regierung eine öffentliche Diskussion des West-Sahara-Problems zu verhindern.

Informationen von:

Multi Media Team Maghreb, Bayernallee 43, 1 Berlin 19

